

DER KAMPF

Jahrgang 2

1. April 1909

7. Heft

Heinrich Weber: Das südslawische Problem

Von den Karnischen Alpen bis zu den Gestaden des Schwarzen Meeres erstreckt sich das Siedlungsgebiet der Südslawen. Deutsche, Magyaren und Rumänen trennen sie von den verwandten Stämmen im Norden. Die Stürme gewaltiger Völkerwanderungen, die Qualen Jahrhunderte währender Fremdherrschaft, die Schrecken zahlloser blutiger Kriege und Aufstände haben sie erlebt. Aber der Bauer, festgewurzelt in seiner Scholle, treu der überlieferten Art und Sitte, fern allem Verkehr, der der Völker Eigenart verwischt, hat von der Gail bis zur Donaumündung der Ahnen völkisches Wesen bewahrt. Seine Sprache und Sitte, seine Lebensgewohnheiten und seine Vorstellungen bezeugen seine Abstammung von jenen nahe verwandten slawischen Stämmen, die einst aus der sarmatischen Ebene über die Karpathen nach dem Süden gezogen sind.

Aber seit jener grossen Wanderung, deren Geschichte die Mühen der Historiker noch nicht zu entwirren vermochten, sind viele Jahrhunderte vergangen. In dieser langen Zeit haben sich die südslawischen Bauern überall ihren besonderen Daseinsbedingungen angepasst. Tragen sie alle noch die Merkmale der gemeinsamen Ahnen, so hat doch die spätere Geschichte sie scharf unterschieden. Bewohner der Alpen und des Karstes, der Balkangebirge und der Ebene; Katholiken, Orthodoxe und Mohammedaner; Hintersassen deutscher, italienischer, kroatischer, magyarischer, türkischer Herren; Mischlinge, in deren Adern türkisches, bulgarisches, walachisches, griechisches, albanisches, magyarisches, italienisches, deutsches Blut rollt und die im jahrhundertelangen Verkehr mit allen diesen Völkern verschiedene fremde Kulturelemente aufgenommen haben — so hat die Verschiedenheit des Schicksals die slawischen Stämme in zahllose Völkchen gespalten, die uralten gemeinsamen Kulturelemente durch die verschiedenen Errungenschaften jüngerer Kulturentwicklung verdeckt. So sind die südslawischen Bauern von Gau zu Gau, von Tal zu Tal verschieden, die weit umfassende Stammesgemeinschaft ist in zahllose kleine örtliche Gemeinschaften zersetzt. Mit hundert Namen bezeichnen sich diese kleinen Nationssplitter. Sie nennen sich Slowenen, Tschitschen, Uskokken, Morlakken, Kroaten, Schokazen, Bunjewazen, Bosnier, Herzegowzen, Zrnagorzen, Serben, Pomaken, Bulgaren u. s. w.

Diese Differenzierung uralter nationaler Gemeinschaften haben die bäuerlichen Volksmassen aller Nationen erlebt, solange der moderne Verkehr die Schranken enger örtlicher Kreise noch nicht niedergerissen hatte. Der Bauer der vorkapitalistischen Zeit hat wohl überall die Elemente uralter nationaler Kultur bewahrt, aber er hat auch überall die einst einheitliche nationale Kultur in unzählige engere Gemeinschaften zersetzt. Aber diese Entwicklung war der kulturellen Einheit der Nation nicht gefährlich, wo über den Bauern eine volksgleiche (oder doch der Nationalität der bäuerlichen Massen assimilierte) Herrenklasse sass, die, weit weniger als die Bauern örtlich gebunden, weit enger als sie in das Netz des Austausches der Kulturgüter einbezogen, die Einheit der nationalen Kultur und das Bewusstsein dieser Einheit herübergerettet hat in ein Zeitalter, in dem eine gewaltige Umwälzung der Produktivkräfte auch die Schranken, die die engen örtlichen Kreise der bäuerlichen Massen so lange voneinander geschieden, niedergerissen und die Volksmassen selbst wieder zu einer nationalen Kulturgemeinschaft vereinigt hat. Den Südslawen aber hat die Geschichte dieses Band versagt, das die auseinanderfallenden Glieder der nationalen Gemeinschaft bei anderen Völkern zusammenhielt. Sie standen unter der Herrschaft fremder Herren. Jahrhundertlang beherrschte den slawischen Bauern

in den Alpenländern und in Krain der deutsche Edelmann, an der Meeresküste der italienische Kaufherr, in der Ebene der magyarische Magnat, auf der Balkanhalbinsel der türkische Grundherr und der griechische Priester. So war der Differenzierungsprozess nicht durch die Einheit höherer nationaler Kultur, deren Trägerin im Zeitalter der Grundherrschaft nur eine nationale Herrenklasse sein konnte, gehemmt.

Erst im neunzehnten Jahrhundert haben sich die südslawischen Stämme von der Herrschaft fremder Herren befreit. Mit der Gründung des Napoleonischen Illyrien, mit der Revolution der Serben gegen die türkische, mit dem Aufstande der Kroaten gegen die magyarische Herrschaft, mit dem grossen Kampfe der Bulgaren für eine nationale Kirche begann dieser Befreiungsprozess. So ist allmählich aus den bäuerlichen Massen eine Schicht von Gebildeten aufgestiegen, die nun nicht mehr, wie es ehemals gewesen, deutsch, italienisch, magyarisch, griechisch oder türkisch wurde — eine Schicht von Gebildeten, die sich doch den Volksmassen zugehörig, den fremden Herrennationen feind fühlte und in der Volkssprache dachte, sprach und schrieb. Nun erst war wieder nach langem kulturellen Schlafe die Möglichkeit gegeben, den Südslawen Schriftsprache und Schrifttum zu schaffen und durch Predigt und Zeitung, durch das Buch und die Schule die engen örtlichen Kreise zu höherer nationaler Gemeinschaft zusammenzufassen.

Aber der Differenzierungsprozess in den Jahrhunderten der Knechtschaft war zu tief gegangen, als dass alle südslawischen Stämme zu einer nationalen Gemeinschaft hätten verbunden werden können. Im Westen, wo der deutschen Herren Einfluss auf die bäuerlichen Volksmassen gewirkt und eine deutsche Herrenklasse sie einem deutschen Staatswesen angegliedert hatte, wurden die kleinen slawischen Stammesteile zu der slowenischen Nation verbunden. Im Osten, wo einst das turanische Herrenvolk der Bulgaren die slawischen Bauern unterjocht hatte, um später in ihnen aufzugehen, wo dann viele fremde Völker über den slawischen Boden hinübergeflutet waren und seine Sprache und Sitte sich in furchtbaren Stürmen am weitesten von dem gemeinsamen Ursprung entfernt hatte, löste sich das Volk der Bulgaren aus dem südslawischen Volkskörper. Nur im Zentrum ward aus den bäuerlichen Mundarten für Kroaten und Serben eine gemeinsame Schriftsprache geschaffen und damit die Möglichkeit, in gemeinsamer kultureller Neubildung die differenzierten Stammesteile zu vereinen. Solche Scheidung von verwandten Nationen ist freilich nicht ohne Willkür möglich. Nicht ohne Willkür kann man entscheiden, ob die Bauern eines Dorfes noch den Slowenen oder schon den Kroaten zuzurechnen sind, ob die Schulkinder die slowenische oder die serbokroatische Schriftsprache erlernen sollen. Und in Mazedonien wird seit Jahren in blutigem Kampfe darum gestritten, wo zwischen Bulgaren und Serben die Grenzlinie zu ziehen ist. Mundarten und Sitten gehen im ganzen südslawischen Sprachgebiet allmählich ineinander über; nicht das Gezänk der Philologen um die Sprache, sondern die Sprache der realen Macht entscheidet darüber, welche Grenzgebiete den kompakten Massen der Slowenen, Serbokroaten und Bulgaren noch angegliedert werden können. Aber so fließend die Grenzen sind, sind doch wohl die zentralen Massen der drei Nationen durch die differenzierende Macht verschiedenen Erlebens zu scharf voneinander geschieden worden, als dass sie noch zu einer Nation sich vereinigen könnten.

Aber auch im Zentrum des südslawischen Gebietes ist die Vereinigung der kleinen Nationssplitter zu einer einheitlichen und ihrer Einheit sich bewussten Nation modernen Gepräges noch nicht vollzogen. Trotz der gemeinsamen Schriftsprache, trotz manchen gemeinsamen Kulturbesitzes stehen einander Serben und Kroaten noch feindlich gegenüber. Nachkommen zweier nahe verwandter Stämme, sind sie zwar durch die Wanderungen, die der Einbruch der Türken zur Folge hatte, so vermengt worden, dass sie nach Abstammung und Sprache nun ein Volk bilden; unschwer konnte über ihren Mundarten eine gemeinsame serbischkroatische Schriftsprache aufgebaut werden. Trotzdem sind sie einander immer noch todfeind. Seit einem Jahrtausend hat die Kirchenspaltung sie zerrissen; im Gegensatz der griechischen und der römischen Kirche barg sich hier der Gegensatz morgenländischen und abendländischen Kultureinflusses. Während die Serben vier Jahrhunderte lang unter fremden Herren das traurige Dasein einer geschichtslosen Nation führten, haben die Kroaten allein von allen südslawischen Nationen sich eine eigene Herrenklasse und ein eigenes, freilich zwischen der habsburgischen Zentral-

macht und der magyarischen Adelsklasse schliesslich zerriebenes Staatsgebilde bewahrt. Diese Spaltung wird wohl überwunden werden, wenn die Bedeutung des konfessionellen Einflusses auf die Kulturentwicklung sinkt und wenn an Stelle der kroatischen Herren die kroatischen und serbischen Bauern die Führung der Nation übernehmen. Heute aber ist das Bewusstsein des alten Gegensatzes in Kroatien, Slawonien, Bosnien und der Herzegowina immer noch lebendig.

Die kulturelle Spaltung der Südslawen wird aber noch von ihrer staatlichen Zerrissenheit übertroffen. Keine der drei südslawischen Nationen ist in einem selbständigen Staate vereinigt. Am schlimmsten aber ist es den Serbokroaten ergangen. In Oesterreich, Ungarn, Kroatien und Slawonien, Bosnien und der Herzegowina, Serbien, Montenegro und der Türkei leben die Angehörigen dieser kulturell in zwei feindliche Teile gespaltenen Nation unter der Herrschaft von vier Monarchen und sieben Regierungen.

Diese staatliche Zerrissenheit wird von der Nation als ein unerträgliches Hemmnis ihrer Entwicklung empfunden. Alle Teile dieser zerrissenen Nation leiden unter den ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Hilfsaktion der Regierung Beck für Dalmatien war ein beredtes Geständnis, wie die wirtschaftlichen Interessen dieses serbisch-kroatischen Landes von Oesterreich vernachlässigt worden sind. Ueber die wirtschaftliche Bedrängnis Kroatiens hat in dieser Zeitschrift Genosse Demetrović berichtet. Wie unfähig sich die österreichisch-ungarische Verwaltung zur Lösung der bosnischen Agrarfrage erwiesen hat, hat Genosse Slepánek unseren Lesern, Genosse Renner dem österreichischen Abgeordnetenhaus erzählt. Noch schlimmer aber ergeht es den beiden politisch selbständigen serbischen Staaten. Sie sind auf den Warenaustausch mit Oesterreich angewiesen. Grünberg hat gezeigt, wie abhängig sie dank der Ungunst ihrer geographischen Lage von der Wirtschaftspolitik der Monarchie sind, und Schüller hat gerade mit Hinweis auf Serbien mit Recht hervorgehoben, dass ein kleines Wirtschaftsgebiet bei den Vertragsverhandlungen mit einem grösseren immer dadurch benachteiligt sei, dass ein absolut gleiches Quantum der auszutauschenden Waren doch relativ, im Vergleich zur gesamten Ein- und Ausfuhr und zur gesamten inländischen Produktion für die kleinere Volkswirtschaft eine unvergleichlich grössere Bedeutung hat als für die wirtschaftliche Grossmacht.* Darum hat Serbien unter der agrarischen Wirtschaftspolitik der Monarchie so schwer gelitten; und man muss sich nur erinnern, wie die österreichische Regierung von Serbien die Bestellung von Kanonen bei den Skoda-Werken erpressen wollte, um zu erkennen, dass auch der industrielle Kapitalismus Oesterreichs und die Wiener Banken Serbien stets als ein koloniales Ausbeutungsgebiet behandelt haben. Ist es wunderbar, dass Serben und Kroaten ihre Vereinigung in einem grösseren selbständigen Gemeinwesen als die Voraussetzung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung erscheint?

Den wirtschaftlichen Schäden der staatlichen Zerrissenheit folgen die politischen. Wohl haben die Serben und Kroaten in Dalmatien die Fremdherrschaft des italienischen Bürgertums gebrochen. Aber in Ungarn stehen sie immer noch unter der Herrschaft der Magyaren, in Kroatien und Slawonien herrscht die magyarische Willkürherrschaft, in Bosnien und der Herzegowina dauert der militärische Absolutismus fort. Serbien und Montenegro aber sind kleine Staaten, die in Europa nur gelten, wenn sie sich in die Gefolgschaft einer der europäischen Grossmächte begeben. Die Vereinigung aller Serben und Kroaten in einem nationalen Gemeinwesen erscheint der Nation als eine Voraussetzung nationaler Freiheit und nationaler Macht, der Grundlagen selbständigen nationalen Daseins.

So erscheint Kroaten und Serben die Vereinigung in einem nationalen Staat als ein zwingendes Gebot ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung. Das grosse Beispiel der Kämpfe um die deutsche, italienische, polnische Einheit mahnt sie zur Nacheiferung. Aber über den Weg zum Ziele bestehen auch innerhalb der Nation verschiedene Meinungen. Die kulturelle Spaltung der Nation führt zum politischen Gegensatz in der Frage der nationalen Einigung.

Den Kroaten erscheint das Königreich Kroatien, das älteste von allen bestehenden süd-

* Vergl. Schüller, Schutzzoll und Freihandel. Wien 1905. S. 170 ff.

slawischen Gemeinwesen, als das natürliche Kristallisationszentrum eines kroatisch-serbischen Staates. Das grosskroatische Programm fordert die Angliederung Dalmatiens, Bosniens und der Herzegowina an Kroatien und Slawonien. So würde schon die Mehrheit der serbisch-kroatischen Nation in einem Staate vereinigt, der neben Oesterreich und Ungarn als Dritter im Bunde stünde. Dieser Staat würde, so hoffen die Vertreter des grosskroatischen Gedankens, auch die Serben, die heute noch ausserhalb der Monarchie leben, anziehen; böte er ihnen doch die Vereinigung voller nationaler Selbständigkeit mit den Vorteilen eines grossen Wirtschaftsgebietes. Der Plan, Serbien an die Donaumonarchie anzugliedern, scheint ja leichter durchführbar als die Losreissung der Serben und Kroaten von Oesterreich-Ungarn. Hat nicht Bismarck selbst gesagt, die deutsche Reichsverfassung biete das Beispiel, wie Serbien selbst bei Schonung dynastischer Rechte an das Habsburgerreich angegliedert werden könnte? Hat nicht selbst der Serbenkönig Milan diesen Gedanken ernsthaft erwogen? Und kann dieser Gedanke nicht die Hilfe der starken bewaffneten Macht der Donaumonarchie erhoffen?

Diesem grosskroatischen Gedanken steht das grossserbische Programm gegenüber. Oesterreich-Ungarn erscheint den Wortführern dieser Richtung als der Bedrucker der serbischen Nation. In Serbien und Montenegro aber führt diese Nation ihr selbständiges nationales Dasein. Weist nicht — so fragen die Grossserben — das Beispiel Piemonts den Weg, den Serbien oder Montenegro gehen muss? Wird nicht das Königreich Serbien, dieses Ziel zu erreichen, die Gegensätze zwischen Oesterreich-Ungarn auf der einen, Russland und Italien auf der anderen Seite ebenso ausnützen können, wie einst das Haus Savoyen die Gegensätze zwischen Oesterreich und Frankreich, Oesterreich und Preussen ausgenützt hat?

Der Gegensatz zwischen dem grosskroatischen und dem grossserbischen Gedanken ist ein Gegensatz innerhalb einer Nation, die noch den Weg zu ihrer Einigung sucht. Aber dieser so lange Zeit latente Gegensatz ist durch die Annexion Bosniens akut geworden. In Bosnien leben Serben und Kroaten; ob die beiden Länder an Kroatien oder an Serbien angegliedert werden, entscheidet darüber, welcher der beiden Staaten das zahlenmässige Uebergewicht, den Einfluss auf den mohammedanischen Teil der Nation, die Führung auf dem Wege zur nationalen Einheit erhält. Die Erklärung Oesterreich-Ungarns, dass Bosnien mit der Monarchie dauernd verbunden bleiben solle, musste den kroatischen und serbischen Politikern als eine Ermutigung der grosskroatischen, als eine Gefährdung der grossserbischen Richtung erscheinen. Die Grosskroaten jubelten der Annexion zu, die ihnen als der erste Schritt zur Ausdehnung des kroatischen Staates über seinen alten Boden erscheint. Die Grossserben wurden durch die Annexion furchtbar erbittert, da die Monarchie, die sie als den Feind, als den Bedrucker ihrer Nation, den Gegner ihrer Einheit und Freiheit betrachteten, das Zentrum des serbischen Siedlungsgebietes für ihren dauernden Besitz erklärte. Die Hoffnungen der einen, die Wut der anderen musste in den breiten Volksmassen lauten Widerhall finden: jeder Blick in eine Sammlung serbischer Volkslieder beweist, dass die teuersten Erinnerungen der serbischen Nation mit Bosnien, dem Lande der Rebellionen der Begs und der Aufstände der furchtbar geknechteten Rajah, unlösbar verknüpft sind.

Aber indem der Gegensatz zwischen der grosskroatischen und der grossserbischen Idee zum Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn auf der einen, Serbien und Montenegro auf der anderen Seite wurde, hat er seinen Charakter völlig verändert. Nun sehen wir vor uns nicht mehr einen Gegensatz innerhalb einer Nation, nicht mehr den Streit um den Weg zur Einigung der Serbokroaten, sondern den Machtkampf der europäischen Grossmächte.

Hätte Oesterreich-Ungarn mit der Annexion Bosniens gleichzeitig auch die Vereinigung aller von der Monarchie beherrschten Serben und Kroaten zu einem Staate vollzogen, der neben Oesterreich und Ungarn als gleichberechtigter Dritter träte, dann wäre es in der Tat als Vollstrecker einer nationalen Notwendigkeit erschienen.* Baron Aehrenthal hat aber die Annexion vollzogen, ohne dass die politische und wirtschaftliche Stellung der serbokroatischen Nation in beiden Reichsteilen und in den annek-

* Natürlich wäre auch der Trialismus nur ein Surrogat des nationalen Föderalismus innerhalb des ganzen Donaureiches. Jener könnte die Vorstufe dieses sein.

tierten Provinzen auch nur im geringsten verändert worden wäre. Die Grosskroaten, denen die Annexion nur als erster Schritt zur Bildung eines südslawischen Staates unter Habsburgs Szepter erscheint, mögen Aehrenthal zujubeln — Europa aber erscheint die Annexion als ein rein dynastischer Akt ohne nationalen Inhalt, demgegenüber der Protest der Serben den Anspruch der Nation zu vertreten scheint. Das lebendige Recht der Nation gegen den Herrschaftstitel der Hausmacht — so mag es nicht sein, da die Vereinigung der Serbokroaten Oesterreichs, Ungarns und Bosniens vielleicht mehr als die blosse Hoffnung eines Volkes, da sie vielleicht schon erkennbare Entwicklungstendenz ist; aber so muss es erscheinen, da die Annexion ohne Not vollzogen ward, ehe noch die Zeit für jene Staatsbildung reif geworden. Da Aehrenthal die Annexion vollzogen hat, ohne zur Verwirklichung der grosskroatischen Idee, die wohl ihre notwendige Konsequenz sein wird, einen Schritt zu tun, erscheint Europa die grossserbische Idee als das einzig denkbare nationale Programm der Serbokroaten, Serbien als der Sachwalter der ganzen serbischen Nation. Dadurch gerät in den Augen der europäischen Demokratie Oesterreich den Serben gegenüber in dieselbe Lage, in der es vor fünfzig Jahren den Italienern gegenüber war. Wer begreifen will, warum die Politik Aehrenthals so lautem Widerspruch in der gesamten europäischen Demokratie begegnet, zu deren teuersten Erinnerungen ja die grossen Kämpfe um die Verwirklichung des Nationalitätsprinzips zählen, erinnere sich der Sätze, die Ferdinand Lassalle während des österreichisch-italienischen Krieges vor einem halben Jahrhundert geschrieben hat: „Das Prinzip der Demokratie hat seinen Boden und Lebensquell an dem Prinzip der freien Nationalitäten. Oesterreich ist ein reaktionäres Prinzip.“

Aber wenn Oesterreich im Kampfe gegen die grossserbische Idee den Völkern Europas als eine Macht der Reaktion erscheint, so ist Serbien im Kampfe gegen die Annexion nur scheinbar in besserer Lage. Serbiens Macht ist zu klein, als dass es aus eigener Kraft sein Ziel erreichen könnte. Darum sucht es Hilfe bei Russland. Von allen Sünden der österreichisch-ungarischen Politik des letzten Jahres ist es die schwerste, dass sie der Regierung der russischen Gegenrevolution, der Regierung der Kriegsgerichte, der Galgen, der Azews, eine Gelegenheit zu gewaltiger Steigerung ihrer Macht geboten hat. In Sophia und Belgrad gebietet heute die zarische Regierung, der Erbfeind der europäischen Demokratie, der Mörder der russischen Arbeiter und Bauern, der Unterdrücker Polens und der Ukraina. Was immer die Absichten der Lenker des serbischen Staates sein mögen, die Wirkungen ihrer Politik machen sie zu Agenten des Zarismus. Serbiens Volksheer ist zum Werkzeug des Zarismus geworden. Wieder ist's, wie es im Jahre 1859 war, als der Befreiungskampf des italienischen Volkes zum Machtwerkzeug Louis Napoleons wurde — damals, als Friedrich Engels und Karl Marx die deutsche Demokratie warnten, aus Liebe zur nationalen Revolution Italiens der bonapartistischen Gegenrevolution Helfersdienste zu leisten. Die legitime Gegenrevolution des Zaren benützt heute die nationalen Bestrebungen der Serben, wie die illegitime Gegenrevolution Louis Napoleons vor fünfzig Jahren die nationalen Bestrebungen der Italiener ausgenützt hat.

So baut sich auf dem inneren Kampf zwischen Kroaten und Serben der Gegensatz zwischen zwei waffenstarrenden Grossmächten, zwei Mächten der Reaktion auf. Die Sympathien der europäischen Demokratie gebühren der einen so wenig wie der anderen — weder Aehrenthal noch Iswolsky.

Und dennoch ist ganz Europa an dem Kampf beteiligt. Den Verbündeten des deutschen Nebenbuhlers zu strafen, haben sich Frankreich und England auf Seite Russlands gestellt; den einzigen mächtigen Freund sich zu erhalten, steht das Deutsche Reich der Donaumonarchie zur Seite. Der Gegensatz zwischen dem britischen und dem deutschen Imperialismus, der das kapitalistische Europa in zwei feindliche Lager gespalten hat, bauscht den inneren Kampf der serbokroatischen Nation zum Weltproblem auf. Der Streit zwischen Belgrad und Agram, zum Kampf zwischen Petersburg und Wien geworden, wird zum Streitobjekt zwischen London und Berlin.

Aber gerade dadurch wird jede Hoffnung verscheucht, dass das nationale Problem der Serbokroaten friedlich oder auch nur in einem örtlich begrenzten Krieg seine Lösung finden könnte. Dem grosskroatischen Plan in seinen letzten Konsequenzen steht der Einspruch des mit England und Frankreich verbündeten Russland, dem grossserbischen Plan

die bewaffnete Macht der mit dem Deutschen Reich verbündeten Donaumonarchie entgegen. Diese und jene Lösung wäre nur möglich im blutigen Weltkrieg. Aber wenn der Imperialismus Deutsche und Franzosen, Briten und Russen auf blutiger Wahlstatt zusammenführen wollte um eines kleinen, ihnen fremden Streitobjektes willen, dann würde ein solcher Krieg Folgeerscheinungen zeitigen, die noch ganz anderer nationaler Probleme Lösung bringen würden als des serbischen, noch ganz anderer Probleme Lösung als der nationalen. Das kapitalistische Staatensystem, das überall auf wirtschaftlicher Ausbeutung, politischer Unterdrückung, nationaler Fremdherrschaft gegründet ist, steht nicht so fest, dass nicht dem ganzen Gefüge Gefahr drohen müsste, wenn einer der Grundsteine ins Wanken gerät.

Auf dem Balkan zündelt ein Feuer. Noch wissen wir nicht, ob es dank der militärischen Schwäche Russlands der Kunst der Diplomaten diesmal noch gelingen wird, den Brand zu ersticken oder wenigstens seine Ausdehnung zu hindern. Aber was immer geschehen mag: auch das serbische Problem, unlösbar ohne blutigen Weltkrieg und doch nach Lösung schreiend, wird eine der vielen Gefahren bleiben, die dem ganzen kapitalistischen Staatensystem Europas den Zusammenbruch verkünden — eines der Feuerzeichen, die den grossen Umwälzungen der Zukunft, die keineswegs nur nationale Umwälzungen sein werden, drohend vorhergehen.

Die Internationale trägt keine Verantwortung für die blutigen Schrecken drohender Kriege. Sie hat nichts zu schaffen mit Aehrenthal, nichts zu schaffen mit Iswolsky und seinen Belgrader Agenten; sie fordert von beiden im Namen der Arbeitermassen den Frieden. Aber wenn die bürgerliche Welt keines der ungelösten Probleme ohne die furchtbaren, die Volksmassen aufrüttelnden Greuel eines Weltkrieges völlig zu lösen vermag, wird's unser Schaden nicht sein. Mag es nicht mehr ganze Wahrheit sein, so ist's doch immer noch ein grosser Teil der Wahrheit: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Josef Strasser: Zum Internationalismus

Im Abgeordnetenhaus haben am 21. Jänner, und zwar nicht zum erstenmal, Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten gestimmt. Es handelte sich um die Dringlichkeitsanträge wegen der Stationsaufschriften. Die deutschen Sozialdemokraten stimmten gegen die dringliche Behandlung der Anträge Buřival und Neumann und verliessen vor der Abstimmung über den Antrag Kindermann den Saal; unsere tschechischen Genossen dagegen fanden die tschechischen Anträge dringlich, nicht aber den deutschen Antrag. Der Vorfall blieb unbeachtet, aber er ist nicht harmlos.* Denn wenn schon solche Lappalien die Einheit unserer Aktion zu stören imstande sind, wie soll es erst werden, wenn das Parlament einmal die wirklichen, ernstesten nationalen Fragen verhandelt?

Dass bürgerliche Parteien die Abstimmung selbst über wichtige Angelegenheiten freigeben, ist eine alltägliche und bei dem demagogischen Charakter dieser Parteien selbstverständliche Erscheinung. Keine bürgerliche Partei vertritt bloss eine einzige Klasse; jede will mehrere oder alle unter einen Hut bringen. Das Rezept dazu ist sehr einfach: einer Klasse dient man, die anderen foppt man. Immer geht's aber mit dem Foppen nicht, manchesmal muss man doch auch für die Wählerschichten, die sonst mit Versprechungen abgespeist werden, etwas tun und dann wird, wenn kein Kompromiss gelingt, die Abstimmung freigegeben. Das geschieht um so häufiger, je weiter die Zerklüftung des Bürgertums in gegensätzlich interessierte Gruppen und Grüppchen fortschreitet. In der freigegebenen Abstimmung wird der Widerspruch offenbar zwischen Einheitsbedürfnis und Neigung zur Spaltung, zwischen dem gemeinsamen Interesse und den vielen, immer stärker werdenden Sonderinteressen.

* Genosse Strasser knüpft hier an einen Vorfall an, der heute wohl schon fast vergessen ist — leider war es uns nicht möglich, seinen Aufsatz früher zu veröffentlichen. Wir tragen dies nun nach, da wir es für sehr nützlich halten, dass diese Kritik in dem Diskussionsorgan der Partei zu Worte kommt.
Die Redaktion.

So steht's im bürgerlichen Lager. Anders im Proletariat. Wenn Sozialdemokraten verschieden stimmen, so unmöglich deshalb, weil sie gegensätzliche Interessen vertreten. Die Sozialdemokratie ist eine reine Klassenpartei. Sie kann und will nur das Proletariat vertreten und andere Klassen vertritt sie nur, soweit deren Interessen mit denen des Proletariats zusammenfallen. Sie ist also ihrem Wesen nach einheitlich. Aber ist auch die Tendenz zur Einheit in der Arbeiterbewegung überall von Anfang an vorhanden, so setzt sie sich doch nur allmählich, oft in erbitterten Bruderkämpfen, durch. Wir müssen uns die Einheit mühsam erarbeiten. Das Proletariat wird freilich durch die Verhältnisse überall in dieselben Bahnen gedrängt, es treibt überall demselben Ziele zu, aber seine Meinungen über Ziel und Weg sind nicht immer und überall dieselben. Unsere Erkenntnis wird zwar beständig berichtigt, aber nicht durch Predigten, auch nicht durch die zwingendsten logischen Deduktionen, sondern einzig und allein durch Erfolge und Niederlagen; erst sie disponieren uns für Argumente. Unser Intellekt hat wohl seine Eigenbewegung, aber er ist doch dem Willen untertan — vergleichbar dem Pudel, der seinem Herrn apportiert, was dieser verlangt. Unsere geistige Entwicklung geht also einigermassen umständlich vor sich: wir lernen nie von anderen Geistern, sondern nur von den Dingen; fremder Geist kann da nur verdeutlichend und beschleunigend wirken, er kann uns aber keine Entwicklungsstufe überspringen lassen. Auch die geistige Ontogenie ist eine Wiederholung der Phylogenie. Die verschiedenen Phasen der geistigen Entwicklung, die das Proletariat durchlaufen muss, kommen darum nicht nur nacheinander, sondern, in verschiedenen Schichten des Proletariats, auch nebeneinander vor. Das heisst aber: im Proletariat müssen Meinungsverschiedenheiten entstehen — Meinungsverschiedenheiten, die sich, je nachdem, sehr verschieden äussern: in der Bildung mehrerer proletarischer Parteien, wie in mehr oder minder heftigen Kämpfen in derselben Partei; in den abstraktesten Auseinandersetzungen über das Ding an sich so gut, wie in den konkretesten Wirtshausschlägereien; in der Fronde einzelner Personen und ganzer Gruppen u. s. w. Aber während im Bürgertum die zentrifugalen Tendenzen immer stärker werden, macht sich im Proletariat immer energischer die Tendenz zur Einheit geltend, weil es sich da eben nur scheinbar um Interessengegensätze handeln kann, in Wirklichkeit also stets um Meinungsverschiedenheiten zwischen Gleichinteressierten handelt, die nicht aus dem Willen, sondern aus dem Intellekt entspringen und früher oder später ausgeglichen werden müssen, weil die Jungen älter, die Unreifen reifer werden. Die geschichtliche Entwicklung wirkt auf das Bürgertum wie Sprengpulver, auf das Proletariat wie Kitt.

Das kann uns nun freilich nicht mit der Tatsache versöhnen, dass die Arbeiterschaft noch in vielen Ländern in mehrere Parteien zerfällt und dass auch bei uns die Uebereinstimmung nicht so vollkommen ist, dass sie die Einheit der Aktion verbürgen würde. Die Uneinigkeit ist eine Vorstufe der Einigkeit, aber eine halsbrecherische. Sie führt zur Einigkeit, aber nur durch die verheerenden Wirkungen, die sie auf das Proletariat ausübt. Solange die Arbeiterklasse eines Landes in mehrere Fraktionen zerschlagen ist, hebt sie einen Teil ihrer Kraft durch den anderen auf. Sie verurteilt sich selber zur Ohnmacht. Wenn, was in Frankreich eine Zeitlang auf der Tagesordnung war, von den sozialistischen Abgeordneten bei einer Abstimmung die eine Hälfte ja, die andere nein sagt, so ist der Effekt derselbe, als ob überhaupt kein Sozialist im Parlament sässe. Die Einheit ist das höchste Gut der Partei.

Man könnte einwenden:

Das alles ist im allgemeinen ganz richtig, nur gerade in dem besonderen Fall, von dem wir ausgegangen, stimmt es nicht und kann es gar nicht stimmen. Denn die Arbeiterklassen verschiedener Nationen haben bei aller sonstigen Interessengemeinschaft verschiedene nationale Interessen und es ist darum nur natürlich, dass ihre Vertreter bei Abstimmungen über nationale Fragen gegeneinander stimmen. Es ist auch kein Unglück, denn die Einheit der Partei wird dadurch nicht angetastet.

Darauf wäre zu erwidern:

Deutsche und tschechische Arbeiter haben, das lässt sich nicht leugnen, verschiedene nationale Interessen. Aber diese Verschiedenheit ist keine Gegensätzlichkeit und es muss auch in nationalen Fragen eine vollkommene (das heisst: ein

gemeinsames Vorgehen, eine einheitliche Aktion ermöglichende) Uebereinstimmung zwischen deutschen und tschechischen Sozialisten herzustellen sein. Freilich kann sich die Arbeiterklasse einer Nation zu der einer anderen in Gegensatz stellen. Aber das ist dann ein Gegensatz, wie der zwischen den alten Tradeunionisten und der übrigen Arbeiterschaft: er ist nur möglich, weil und so weit eine oder mehrere oder alle Schichten des Proletariats noch nicht proletarisch-sozialistisch denken. Also nicht die Verschiedenheit der nationalen Interessen ruft solche Gegensätze hervor, sondern der Mangel der Erkenntnis, dass die Interessen der Arbeiterklassen verschiedener Nationen identisch sind oder — wo das, wie in den nationalen Dingen, nicht der Fall ist — doch miteinander harmonieren. Nicht weil sie gute Deutsche und gute Tschechen sind, können deutsche und tschechische Arbeiter miteinander uneinig werden, sondern weil sie noch nicht so gute Sozialisten sind, wie sie sein wollen und werden müssen.

Diese Behauptungen stehen in Widerspruch mit einer Theorie, die in unseren Reihen, wenn sie auch noch keinen Theoretiker gefunden hat, doch viele, meist unbewusste Anhänger zählt und nicht ohne Einfluss auf unsere Praxis geblieben ist. Nach dieser Theorie ist der Mensch eine Art Amphibium. Er gehört einmal zu einer Klasse und einmal zu einer Nation. Er ist ein Bourgeois oder ein Proletarier oder ein Kleinbauer etc. und er ist ein Deutscher oder ein Tscheche oder ein Engländer u. s. w. Diese beiden Wesen, die jeder in sich vereinigt, haben miteinander gar nichts zu schaffen. Man hat als Proletarier dieselben Interessen wie alle anderen Proletarier und als Deutscher dieselben Interessen wie alle anderen Deutschen. In nationalen Fragen stimmt man mit den Volksgenossen aus den anderen Klassen überein, wie in sozialen Fragen mit den Klassengenossen anderer Nationalität.

Diese Zweiseelentheorie ist falsch. Allerdings können Bourgeoisie und Proletariat einer Nation unter bestimmten historischen Umständen dasselbe nationale Interesse haben (zum Beispiel gemeinsam die Abschüttlung einer Fremdherrschaft anstreben) — genau so, wie Kapitalisten und Arbeiter gelegentlich auch in einer wirtschaftlichen oder politischen Frage denselben Standpunkt einnehmen können. Aber dass die verschiedenen Klassen, in die eine Nation zerfällt, immer oder auch nur in der Regel dieselben nationalen Interessen haben, ist nicht richtig. Man nenne uns doch ein einziges nationales Interesse, das die Kapitalisten, Proletarier, Bauern, Grossgrundbesitzer, Intellektuellen, Kleinbürger einer Nation dauernd verbände. Welches Interesse haben alle Deutschen als Deutsche? Kein einziges. Nicht einmal an der Erlernung ihrer Muttersprache sind alle Deutschen in gleicher Weise interessiert. Man denke an das schauerliche Bürokratendeutsch, man denke an die äh-äh-Grafen; es hat noch keinem geschadet, dass er nicht deutsch kann — sogar der verfassungstreue Stil des Stürgkh konnte sich durchsetzen. Und selbst wenn jede Klasse ein Interesse an der vollkommenen Beherrschung ihrer Muttersprache hätte, so würde den deutschen Fabrikanten noch lange nichts daran liegen, dass auch ihre proletarischen Volksgenossen ordentlich deutsch lernen. Verschiedene Klassen haben verschiedene nationale Interessen.

Es ist darum auch ein Irrtum, dass Klasseninteresse und nationales Interesse in keinem Zusammenhang miteinander stehen. Die Klasse prägt ihren Stempel dem ganzen Menschen auf, die Zugehörigkeit eines Individuums zu einer bestimmten Klasse kommt in allen seinen Beziehungen und Verhältnissen zum Ausdruck. Sein Klasseninteresse ist die Summe seiner sämtlichen Interessen, es schliesst auch sein nationales Interesse ein. Und der Klassengegner des Proletariats ist darum auch sein nationaler Gegner, selbst wenn beide derselben Nation angehören. Nicht die tschechische Nation hindert die nationale Entwicklung des deutschen Proletariats, sondern die deutsche Kapitalistenklasse.

Es ist des weiteren, wie bereits gesagt, nicht wahr, dass die Arbeiter verschiedener Nationen gegensätzliche nationale Interessen haben. Die gibt es nur im Bürgertum; da sind sogar Interessenkonflikte der verschiedensten Art möglich. Der Gegensatz zwischen den Bourgeoisien Deutschlands und Englands hat andere Gründe als der zwischen unserem deutschen und tschechischen Bürgertum. Jener entspringt der Konkurrenz auf dem Weltmarkt und steht mit der Nationalität nur in einem sehr losen Zusammenhang. Dieser dagegen entspringt der Konkurrenz der Spracharbeiter, das heisst jener Leute,

in deren Arbeitsprozess die Sprache die Rolle eines Arbeitsmittels spielt; er hängt also mit der Nationalität aufs engste zusammen. Genosse Renner hat neulich im Parlament gesagt: Man kann von der Sprache nicht leben. Die Spracharbeiter sind anderer Meinung: gerade von der Sprache wollen sie leben. Und sie leben auch wirklich von ihr, wie der Weber vom Weben. Da sie aber nicht, wie die „gewöhnlichen“ Arbeiter, proletarisch, sondern bürgerlich, sogar kleinbürgerlich-zünftlerisch denken, so führen sie auch den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage ganz anders als andere Arbeiter. Sie verlangen ein sprachliches Bannrecht, dessen Gebiet sie immer erweitern möchten, zum mindesten aber nicht schmälern lassen wollen. Das ist vom Standpunkt der kleinbürgerlichen Denkweise sehr natürlich. Je grösser das Geltungsbereich zum Beispiel der deutschen Sprache, desto mehr Deutsche haben Aussicht, als Lehrer, Beamte, Richter etc. eine Existenz zu finden. Das Sprachgebiet hat seine wirtschaftliche Bedeutung — so gut wie das Zollgebiet — und das deutsche Bürgertum verlangt für die deutsche, das tschechische für die tschechische Sprache eine möglichst grosse Domäne. Ihre sprachwirtschaftlichen Interessen kollidieren miteinander, der Nationalitätenstreit kann sich in seiner ganzen Kľofáč-Wolfschen Lieblichkeit entfalten.*

Für das Proletariat ist die Spracharbeiterfrage natürlich nicht gleichgültig, aber es steht ganz anders zu ihr als das Bürgertum und es lässt sich an ihr deutlich zeigen, dass im Proletariat nur Interessenverschiedenheit, nicht Interessengegensätzlichkeit bestehen kann. Die Nationalisten stellen das Verhältnis zwischen Volk und Beamtschaft auf den Kopf. Sie verlangen „für ihre Nation“ so viele Beamtenstellen, als in ihrer Nation Anwärter auf solche Stellen vorhanden sind — ohne jede Rücksicht auf die andere Nation. Die Arbeiter dagegen stehen auf dem Standpunkt, dass die Parteien nicht für die Beamten, sondern die Beamten für die Parteien da sind, und sie verlangen so viele deutsch- und so viele tschechischsprechende Beamte, als das deutsche und das tschechische Volk brauchen. Die deutschen und die tschechischen Arbeiter haben da nicht gegensätzliche, sondern nur verschiedene, aber miteinander in Einklang zu bringende Interessen. Und so steht es für das Proletariat in allen nationalen Fragen.

Besonderheit der Interessen kommt übrigens im Proletariat auch sonst vor. Die Frauen haben gewisse besondere Interessen und wir verlangen für sie besondere Schutzgesetze, weil der Schutz ihrer Besonderheit im Interesse der Allgemeinheit liegt. Das gilt auch von den nationalen Besonderheiten. Es ist für den deutschen Arbeiter nicht nur nicht schädlich, sondern nicht einmal gleichgültig, dass die nationalen Forderungen der tschechischen Arbeiter befriedigt werden. Der deutsche Arbeiter hat ein Interesse daran, dass das tschechische Proletariatskind eine tschechische Schule besucht. Die Einheit des Proletariats ist nicht durch die Identität der Proletariatsinteressen bedingt, sondern durch ihre Vereinbarkeit, ihre Harmonie.

Ist das Gesagte richtig, so gilt von den nationalen Differenzen in der Partei genau dasselbe wie von der Uneinigkeit in politischen und wirtschaftlichen Fragen. Sie sind der Partei nicht weniger schädlich und deren nationale Fraktionen müssen früher oder später auch zu jener Uebereinstimmung in nationalen Fragen kommen, durch die die praktische Einheit der Partei, die Einheit ihrer Aktion möglich wird. Bei uns hat es allerdings eine geraume Zeit hindurch nicht darnach ausgesehen, als ob wir auf dem Wege zu dieser Uebereinstimmung wären. In Oesterreich ist nur die deutsche Arbeiterschaft von der bürgerlich-nationalen Ideologie fast unberührt geblieben, die nichtdeutschen Arbeiter dagegen sind mehr oder weniger unter den Einfluss des bürgerlichen Nationalismus geraten. Das hat seine triftigen historischen Gründe. Dem naiven tschechischen Arbeiter stellte sich der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wie auch der Gegensatz zwischen Staat und Volk als Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen dar. Sein Klasseninstinkt äusserte sich darum zunächst als Nationalgefühl und so konnten unproletarische Anschauungen den Weg in die Köpfe der tschechischen Arbeiter finden und theoretisch und praktisch auf die tschechische Partei desorientierend wirken. Aber: „Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze

* Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es fällt mir selbstverständlich nicht ein, die nationale Frage mit der Spracharbeiterfrage zu identifizieren. Ich sage nur, dass die nationale Demagogie die nationale Frage auf die Spracharbeiterfrage reduzieren möchte.

Proletariat als Ziel sich einstweilen vorstellt. Es handelt sich darum, was es ist und was es diesem Sein gemäss geschichtlich zu tun gezwungen sein wird.“ Für die Wahrheit dieses Marx'schen Satzes haben die letzten Vorgänge in der tschechischen Politik eine neue Bestätigung geliefert. Die Sprengung des Parlaments durch die von den Radikalen ins Schlepptau genommenen Tschechischbürgerlichen war für das tschechische Proletariat ein viel eindringlicheres Plaidoyer gegen den Nationalismus als die schönsten Leitartikel und Versammlungsreden. Wer den Prager Parteitag der deutschböhmisches Sozialdemokratie miterlebt hat, muss unter dem Eindruck stehen, dass der frivole Angriff auf das Parlament die Gegensätze zwischen dem tschechischen Proletariat und dem tschechischen Bürgertum verschärft und den Einfluss der nationalen Ideologie auf die tschechischen Arbeiter geschwächt hat. Das bedeutet natürlich noch nicht, dass wir nun in unserem Lager die Uebereinstimmung in nationalen Fragen im Handumdrehen werden herstellen können, aber es bedeutet gewiss, dass wir auf dem Weg von den nationalen Differenzen zur internationalen Einheit mit einem Ruck ein gutes Stück weitergekommen sind.

Das ist um so erfreulicher, als die nationalen Neigungen der nichtdeutschen Genossen auf den Internationalismus der deutschen nicht eben günstig gewirkt haben. Sehen wir uns die Abstimmung über die früher erwähnten Dringlichkeitsanträge an. Wie immer man über den Inhalt dieser Anträge denken mag, niemand wird sagen können, dass sie für das Proletariat dringlich waren. Dennoch glaubten die tschechischen Genossen, für die tschechischen Anträge stimmen zu müssen — was wohl ihre Stellung gegenüber der tschechischbürgerlichen Demagogie nicht verbessert hat, die Stellung der deutschen Sozialdemokraten gegenüber der deutschbürgerlichen Demagogie aber zu verschlechtern geeignet war. Unsere deutschen Abgeordneten stimmten trotzdem nicht für den Antrag Kindermann, aber sie lehnten ihn auch nicht ab. Sie leisteten also der deutschen Demagogie nicht so schroff Widerstand wie der tschechischen, obwohl die eine für das Proletariat genau so viel bedeutet, wie die andere. Auch sonst hat sich in der deutschen Sozialdemokratie, wenn auch nur schüchtern, die Tendenz bemerkbar gemacht, dem Nationalismus Konzessionen zu machen, sei es auch nur in der Terminologie. Wir bekommen jetzt des öfteren zu lesen und zu hören, dass wir „gute Deutsche“ sind. Natürlich meinen unsere Wortführer mit dieser Redensart etwas anderes als die Nationalen, aber das wird erstens nicht immer mit der erforderlichen Deutlichkeit festgestellt und zweitens bleibt es unter allen Umständen eine missliche Sache, aus dem Schlagwörtertschatz einer gegnerischen Partei zu schöpfen; man macht da Akquisitionen von sehr zweifelhaftem Wert. Wie es zum Beispiel mit den „guten Deutschen“ steht, hat Otto Bauer in seinem Buch gezeigt. Uebrigens ist dieses Wort durch die Nationalen zum Glück so heillos kompromittiert, dass es — ich habe das zu wiederholtenmalen beobachtet — in Versammlungen gar keinen oder nur einen sehr schwachen Widerhall weckt, selbst wenn es aus dem Munde der populärsten Genossen kommt — während die Konfrontierung der nationalistischen Phrase mit der nationalistischen Praxis, die Aufdeckung des demagogischen Charakters der nationalen Parteien und die Betonung des proletarischen Internationalismus mit stürmischem Beifall aufgenommen werden. Ich sage: Das ist zum Glück so. Denn wäre es anders, so entstünde die Gefahr, dass mit der von den Nationalen übernommenen Phrase auch nationalistische Stimmungen und Gedankengänge ihren Weg in die Masse finden. Die Masse der deutschen Genossen hat sich nun bisher weder durch den Chauvinismus der Deutschbürgerlichen noch durch die von den Einflüssen des bürgerlichen Nationalismus nicht völlig freie Politik der tschechischen Genossen in ihrem Internationalismus auch nur im geringsten beirren lassen. Aber weniger widerstandsfähig haben sich die vorne stehenden Genossen gezeigt, was sich ja aus ihrer unvergleichlich komplizierteren und schwierigeren Situation sehr einfach erklärt. Ist es aber auch erklärlich, so kann es uns doch keineswegs erwünscht sein, mit Freuden müssen wir es darum begrüssen, dass das tschechische Proletariat im Begriff steht, sich von der nationalen Ideologie, die es bisher mitgeschleppt hat wie eine Kugel am Fuss, zu befreien. Stehen die tschechischen Arbeiter einmal zum Nationalismus, wie die deutschen seit jeher zu ihm gestanden sind, so werden wir in Böhmen die Chauvinisten beider Nationen mit Leichtigkeit an die Wand drücken. Was das für die Reichspolitik bedeuten würde, bedarf wohl keiner Erörterung.

Matthias Eldersch: Die deutschmährische Parteiorganisation

Zu Ostern werden sich die Delegierten der deutschmährischen Parteiorganisationen in Olmütz auf einem Landesparteitag zusammenfinden. Er hat sich vornehmlich mit der Lösung organisatorischer Fragen zu beschäftigen, obwohl auch andere politische Tagesfragen zur Diskussion gestellt sind. Eine zweckmässige Lösung des organisatorischen Problems tut in Mähren dringend not, sie gehört zu den wichtigsten, aber auch zu den schwierigsten Aufgaben der deutschmährischen Genossen.

Wir haben wohl einen grossen Stock alter bewährter Organisationen, die sich in allen politischen Kämpfen als uneinnehmbare Festungen bewährt haben, aber die letzten Reichsratswahlen haben gezeigt, dass wir überall im Lande Anhang haben und dass es ein Gebot der Notwendigkeit ist, die agitatorischen Erfolge der letzten Reichsratswahlen in organisatorischer Beziehung zu vervollständigen. Wir haben bei diesen Wahlen für unsere Kandidaten 41.515 Stimmen aufgebracht, ein Fünftel der deutschen Wählerschaft hat für uns gestimmt. Den koalitierten bürgerlichen Gegnern ist es nur durch die Anwendung der verwerflichsten Mittel der Wahlkorruption gelungen, uns Mandate abzujagen, die zu unserem unanfechtbaren Besitzstande gezählt werden konnten, wie die Mandate der Städtewahlbezirke Mährisch-Schönberg und Mährisch-Ostrau. Wir haben von 19 deutschen Mandaten nur drei erobert, waren jedoch an sechs Stichwahlen an erster oder zweiter Stelle beteiligt und bei drei Stichwahlen hatten wir eine entscheidende Stellung inne. Wir hatten Erfolge zu verzeichnen, die wir uns nie hätten träumen lassen, Erfolge in Wahlbezirken, für die vorher in agitatorischer Beziehung wenig oder gar nichts geleistet werden konnte. Auch während der Wahlbewegung hatten wir empfindlichen Mangel an agitatorischen Kräften und noch mehr an finanziellen Mitteln. Es war erstaunlich, was die Rührigkeit und der Arbeitseifer der Parteigenossen ohne besonderen Kostenaufwand zustande gebracht hatten in Orten, die wir für verlorene Posten hielten. Dabei sind unsere Genossen in Mähren in jedem Wahlkampf auf sich allein angewiesen, sie haben von keiner Schichte der bürgerlichen Wähler, aber auch von keiner nationalen Minorität Hilfe zu erwarten, wie dies in anderen Ländern, zum Beispiel in Böhmen und Schlesien vielfach der Fall ist.

Das Zustandekommen der neuen Landesordnung, der Landtagswahlordnung und der sogenannten Lex Perek, die eine Regelung der Volksschulverhältnisse zum Gegenstand hat, wurde als ein nationales Friedenswerk gepriesen und auch in Parteikreisen einige Zeit dafür gehalten. Nach kaum dreijährigem Bestande dieser Landesgesetze hat es sich gezeigt, dass die Landtagswahlordnung lediglich den Zweck hat, dem Bürgertum die Möglichkeit zu geben, die Arbeiterschaft im Wahlkampf zu vergewaltigen. Die bürgerlichen Parteien sind durch den nationalen Kataster, der die Grundlage für die Wählerlisten bildet, von ihren nationalen Gegnern befreit und können daher mit vereinten Kräften den Kampf gegen die Arbeiterschaft ihrer Nation aufnehmen. Dadurch, dass das nationale Moment aus dem Wahlkampf ausgeschieden wurde, repräsentiert nunmehr der Wahlkampf ein Stück Klassenkampf. Die Niedertracht der mährischen Landtagswahlordnung veranschaulichen nachstehende Ziffern: Von 114.779 abgegebenen Stimmen haben die sozialdemokratischen Kandidaten 50.980 Stimmen erhalten und nur ein Mandat erstritten. Die bürgerlichen Parteien haben bei der Wahl der IV. Kurie 63.799 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, verfügen im Landtag aber über 65 Abgeordnete in allen vier Kurien.

Der nationale Frieden ist aber in Mähren trotz dieser „Friedensgesetze“ nicht eingekehrt. Die Landesordnung und die Lex Perek haben nur neue Reibungsflächen geschaffen, über die Interpretation und Handhabung dieser Gesetze herrscht zwischen den Vertretern der beiden Nationen beständig Streit, der jeden Moment in hellen Flammen aufzulodern und den mährischen Privilegienlandtag zu verwüsten droht. Das Opfer, das die mährische Arbeiterschaft gebracht hat, war demnach nutzlos, der nationale Friede wurde damit nicht erkaufte, vielmehr die politische Vorherrschaft der Bourgeoisie gefestigt.

Deshalb ist es unumgänglich notwendig, die Widerstandskraft des mährischen Proletariats durch einen zweckmässigen Ausbau der Parteiorganisation zu stärken und alle Parteiorganisationen in einer einheitlich verwalteten Landesorganisation zusammenzufassen. Die letzten Reichsratswahlen haben gezeigt, dass wir nicht nur in industriellen Zentren, sondern auch überall auf dem Lande unter der deutschen Bevölkerung zahlreichen Anhang haben. Das vom mährischen Landtage zum Schutze der Bürgerlichen gegen die Sozialdemokraten beschlossene Wahlpflichtgesetz hat nach dieser Richtung gute Aufklärungsarbeit verrichtet. Wir dürfen unsere Parteiorganisation nicht lediglich als eine Organisation für Wahlzwecke betrachten, wir haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass unsere Parteigrundsätze unter der gesamten deutschen Bevölkerung an Ausbreitung gewinnen, wir müssen darauf bedacht sein, proletarische Minoritäten zu schützen, sie widerstandsfähig zu machen und der grossen Kette der Parteiorganisationen im Lande anzugliedern. Dieser Aufgabe bereiten nun die sozialen und nationalen Siedelungsverhältnisse in Mähren ernstliche, wenn auch nicht unüberwindliche Schwierigkeiten. Die deutsche Arbeiterschaft findet sich vorwiegend in Nordmähren, während unter der Bevölkerung in Mittel- und Südmähren die tschechische Arbeiterschaft überwiegt, die Industrie in diesen Gebieten aber auch nicht übermässig entwickelt ist. Trotzdem haben wir in Mittel- und Südmähren genug deutsche Arbeiter, die, wenn auch über ein grosses Territorium verstreut, für unsere Partei gewonnen werden können. Nun entsteht die Frage, von welchem Zentrum aus die Agitation in diesen Gebieten geleitet werden soll. Es unterliegt keinem Zweifel, dass sich als Agitationszentrum für Mittel- und Südmähren Brünn vorzüglich eignet, weil wir dort über eine Reihe bewusster agitatorischer Kräfte verfügen und weil von Brünn aus die Agitation auch mit geringerem Kostenaufwand geführt werden kann. Diese Frage kann wohl für alle Konferenzteilnehmer keine strittige sein, von der Notwendigkeit und Zweckmässigkeit einer agitatorischen Zentrale für Süd- und Mittelmähren in Brünn sind alle mährischen Genossen überzeugt. Uebrigens haben auch nordmährische Bezirke agitatorische Aushilfe nötig, denn unsere Kommunikationsverhältnisse in Nordmähren sind so ungenügend, dass man in manche Orte eher von Brünn und Wien gelangt als von einem anderen Orte Nordmährens. Ich sehe ganz davon ab, damit zu operieren, dass sich Brünn schon als Sitz der Landesbehörden zur mährischen Parteizentrale eignet.

Viel wichtiger ist die Frage, wie die Mittel für die Agitation in Mittel- und Südmähren beschafft werden sollen. Bisher war leider zu beobachten, dass die Organisationen in Nordmähren alle aufgebrauchten Mittel zur Stärkung und zum Ausbau ihrer eigenen Organisationen verwendet haben, für die Agitation in anderen rückständigeren Bezirken Mährens aber wenig oder gar nichts übrig hatten. Es mag wohl dieser Egoismus für die betreffenden Bezirke seine Vorzüge gehabt haben, es mag diese Einseitigkeit mit Rücksicht auf die elenden Löhne der nordmährischen Weber begreiflich erscheinen, im Interesse der Partei muss jedoch mit diesem Zustande gebrochen werden; die organisatorisch vorgeschrittenen Bezirke haben die Pflicht, wenigstens zum Teile die Mittel bereitzustellen, die erforderlich sind, um in rückständigeren Bezirken mit der Agitation einzusetzen und in diesen Bezirken lebensfähige Organisationen zu schaffen.

Der Landesparteitag wird demnach in erster Linie in dieser Hinsicht Wandel schaffen müssen. Wir haben in Mähren eine Landesorganisation seit dem Jahre 1892. In diesem Jahre hat der erste Landesparteitag in Mährisch-Schönberg stattgefunden. Seither wurde stets an dem Ausbau der Landesorganisation gearbeitet, der Erfolg war aber kein durchschlagender, weil die Einhebung der Landesparteisteuer immer grossen Schwierigkeiten begegnet ist. Wurde auf den einzelnen Landesparteitagen von der Landesparteivertretung über die geringen Eingänge an Landespartei Steuern geklagt, so hatten die Vertreter der Organisationen, die sich durch diese Bemängelung getroffen fühlten, immer den Vorwurf bereit, dass die Landesparteivertretung keine umfangreiche Tätigkeit entwickle. Aber gerade der Mangel an finanziellen Mitteln war die Ursache, dass die Landesparteivertretung auf eine intensive agitatorische Tätigkeit verzichten musste. In den letzten Jahren ist in diesen Verhältnissen eine Besserung eingetreten, obwohl sie sich noch immer nicht befriedigend gestaltet haben. Durch die Opferwilligkeit der Brüner Genossen und durch die Unterstützung der Parteivertretung ist die Schaffung eines

Landespartei sekretariates ermöglicht worden, die nützliche Wirkung des Bestandes dieser Institution ist im mährischen Parteileben deutlich wahrzunehmen. Allerdings werden organisatorisch stark entwickelte Bezirke von der Tätigkeit der Landesparteivertretung weniger Nutzen verspüren als Bezirke mit schwachen Ansätzen einer Parteiorganisation. Hier muss eine Zentralkörperschaft vor allem nach dem Rechten sehen, aufmunternd, anfeuernd wirken und materielle Beihilfe leisten. Schädlich wirkt auf dem Gebiete der Landesorganisation auch der Umstand, dass wir in Mähren, soweit die deutsche Bevölkerung in Frage kommt, für das geistige, politische und ökonomische Leben keinen Mittelpunkt haben. Südmähren gravitiert nach Znaim, Nordmähren nach Schönberg und Mährisch-Ostrau, kurz, jedes Gebiet hat eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit erlangt, wodurch das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der sogenannten Landes-solidarität stark gemindert wird. Diese Erscheinung, die auf das Parteileben der bürgerlichen Parteien nahezu zersetzend wirkt, übt auch auf unser Parteileben eine un-günstige Einwirkung.

Die mährische Parteiorganisation ist staffelförmig aufgebaut, die Lokalorganisationen fassen hauptsächlich noch auf dem § 2 des Versammlungsgesetzes, die Bezirksorganisationen sind der Gerichtsorganisation angepasst. Für die Zeit des Wahlkampfes sind Wahlkreisorganisationen vorgesehen, die die Lokalorganisationen eines Landtags- oder Reichsratswahlkreises umfassen.

Da die Einteilung unserer Parteiorganisation in ruhigeren Zeiten der künstlich ausgeklügelten Wahlkreiseinteilung nicht folgen kann, wurden auf dem letzten Landespartei-tag in Mährisch-Ostrau sechs Agitationsgaue geschaffen, um eine intensivere Propaganda für unsere Partei zu ermöglichen, den Ausbau der Organisationen zu überwachen und zu fördern sowie für eine planmässige Verbreitung unserer Parteiblätter zu sorgen. Alle mährischen Parteiorganisationen sind zu einer Landesorganisation vereinigt, deren Leitung der Landesparteivertretung obliegt. Die Landesparteivertretung besteht aus einer Exekutive, deren Mitglieder am Sitz der Landesorganisation wohnen müssen, und den sechs Vertrauensmännern. Als Beitrag für die Erhaltung des Landessekretariats und als Landesparteisteuer ist der Betrag von 4 Hellern monatlich bestimmt. Da die Einhebung der Parteibeiträge nicht auf Grund einheitlicher, von der Landesexekutive ausgegebener Quittungsmarken erfolgt, ist die Landesparteivertretung auf die freiwilligen Beiträge der Organisationen angewiesen.

Mit der sogenannten § 2-Organisation soll jetzt gründlich aufgeräumt werden. Die Parteizugehörigkeit ist bei dieser Art der Organisation von der Zahlung eines minimalen Beitrages abhängig, dessen Einhebung oft den grössten Schwierigkeiten begegnet. Die Nichtzahlung der Beiträge hat für die säumigen Zahler nicht die geringsten Konsequenzen, sie besitzen oder massen sich alle Rechte vollwertiger Parteigenossen an. Unsere Organisation war also mit einem Taubenschlag zu vergleichen, was auf die Parteiverhältnisse nicht sonderlich fördernd wirkte. Politische Vereine existierten wohl schon früher, sie hatten aber lediglich die Aufgabe, für agitatorische Möglichkeiten Vorsorge zu treffen, bornierten Bezirkshauptleuten das Verbot von Versammlungen zu erschweren oder unmöglich zu machen. Als organisatorische Hilfsmittel kamen diese politischen Vereine nicht in Betracht. Das soll jetzt anders werden. Schon im Vorjahre wurde an der Umgestaltung der Parteiorganisation fleissig gearbeitet, mehrere politische Vereine wurden gegründet, die als Grundlage unserer Parteiorganisation in Verwendung kommen sollen. Die Klippen unseres Vereinsgesetzes sind in unserem Kronland durch die Aufnahme einer Bestimmung in das Vereinsstatut umgangen worden, nach der dem Verein auch jene Personen als „Förderer“ beitreten können, welchen das reaktionäre Vereinsgesetz die Mitgliedschaft an politischen Vereinen untersagt. Die Parteigenossen werden diesen „Förderern“ wohl so viel Kollegialität entgegenbringen, dass sie ihre statutarisch minderwertige Eigenschaft bald vergessen und sich als vollberechtigte Vereinszugehörige fühlen werden.

Dem Landespartei-tag fällt nun die Aufgabe zu, den mährischen Parteigenossen die durchaus zweckmässige Organisationsform auf Grundlage der politischen Vereine noch eindringlicher zur Pflicht zu machen, als dies bisher der Fall gewesen ist, und in der Frage der Aufbringung der Mittel entscheidende Beschlüsse zu fassen. Soll die mährische Landesorganisation endlich festen Boden unter den Füssen bekommen, soll sie unserer

Partei zu immer grösserer Ausbreitung verhelfen, soll sie die politische Kraft des mährischen Proletariats sammeln und im geeigneten Zeitpunkt bei Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten in die Wagschale werfen, dann müssen die mährischen Genossen die Opferwilligkeit aufbringen, ihr die Mittel zu einer intensiven Agitations- und Organisationstätigkeit zu verschaffen. Wir hoffen zuversichtlich, dass die mährische Landeskonferenz der Entwicklungsmöglichkeit der deutschmährischen Parteiorganisation Rechnung tragen und für deren Ausgestaltung und Schlagfertigkeit im Interesse des mährischen Proletariats entsprechend Vorsorge treffen wird.

Josef Diner-Dénes (Budapest): Die Agrarfrage in Ungarn

Ueberall ist die Agrarfrage verwuzt und verputzt. Will man sie entwirren, muss man den einzelnen Fäden nachgehen bis Olym's Zeiten, und will man sie reinmachen, dann heisst es wegschaffen all den Verputz und Verzier, mit dem seit Jahrhunderten schon die grossen Agrarherren ihre eigenen Interessen zu Volks-, Vaterlands- und Staatsinteressen aufzubauschen verstanden.

Nun erst in Ungarn. Hier ist die Agrarfrage ebenso verwuzt und verputzt wie in Oesterreich, Deutschland oder sonstwo im Westen, und noch dazu im wesentlichen gerade verkehrt. Denn dort ist das Agrariertum nur ein Pfropfreis auf dem bourgeois-kapitalistischen Staat, das denselben mit mittelalterlich-feudalen Säften zu verdorren sucht, bei uns aber ist der Bourgeois-kapitalismus das Pfropfreis auf dem mittelalterlich-feudalen Agrarstaat und bisher ein ganz vergebliches Pfropfreis. Hierzu kommt noch, dass auch „mittelalterlich-feudal“ in Ungarn so ziemlich anderes bedeutet denn im übrigen Europa, dass sogar der Bourgeois-kapitalismus hier eine starke Umbiegung ins Agrarische bekommen hat, und man mag sich das Wirrwarr-Bukett vorstellen, das in Ungarn den Titel „Agrarfrage“ führt.

Drum ist's auch nicht meine Absicht, hier die Agrarfrage in Ungarn systematisch und gründlich zu erörtern, sondern ich will nur einige Guckfensterl öffnen, damit auch die nicht ungarländischen Genossen einige amüsan-traurige Ausblicke in dieses Labyrinth des ungarischen Globus gewinnen, das uns, die wir hier leben müssen, mit unentrinnbarer Macht Geist und Körper umfängt und umdunkelt.

Und selbstverständlich will ich nur solche Ausblicke bieten, die uns in sozialistischer Hinsicht interessieren.

*

Erst der Sturm des Jahres 1848 hat in Ungarn die Hörigkeit weggefegt. Also so ziemlich zuspätest in ganz Europa. Und doch gab es wohl in keinem Lande Europas so früh schon ein landbebauendes Lohnproletariat: nämlich schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Das kam aber so:

Als die Türken zu Beginn des 18. Jahrhunderts das Land endgültig räumen mussten, fiel der Herrenklasse ein Riesengebiet zu. Aus demselben nach althergebrachter Weise, mit Hörigenwirtschaft, ein Erträgnis herauszubeuten, war unmöglich. Es fehlte am Wichtigsten: an Hörigenmaterial. Wohl flüchteten einige hundert Hörige aus der Sklaverei der oberländischen Herren hinunter ins Tiefland, weil die Sage ging, dass dieses Neuland auch ein Freiland. Ja es kam sogar vor, dass Besitzer aus dem Tiefland, unbekümmert um die Klassensolidarität, Hörige von den Hochlandgütern zu sich herüberlockten; aber diesem Wandern wurde bald Halt geboten. Die Reichstage, auf denen die oberländischen Herren in Uebersahl waren, verschärfen die Schollenzugehörigkeit ihrer Leute, machten jeden Abzug derselben unmöglich. Die tiefländischen Herren mussten nachgeben. Statt oberländischer Höriger riefen sie fremdländische zu sich, Deutsche, Serben, Rumänen, die ihnen nicht hörig waren, sondern denen sie Verträge gewähren mussten und die man auch demgemäss „Kontraktleute“ nannte.

Das war der erste Durchbruch der Hörigkeitsinstitution in Ungarn, der erste Ansatz für einen freien Bauernstand. Weiter ging's aber noch zufolge der eigenartigen Betriebsverhältnisse des Tieflandes.

Das von den Türken zurückgewonnene Neuland konnte nicht sofort für den Ackerbau eingestellt werden. Nicht etwa, weil es lauter Sumpf und Wüstenei war, wie unsere „vaterländischen“ Geschichtsfälscher in oft wissentlicher Unwissenheit gern behaupten. Gab es dort auch genug Sumpf und Wüstenei, gab es doch auch viel türkisch gewesenes Gebiet, nach dem Zeugnis gleichzeitiger Chronisten, das mehr Kultur hatte denn das alleweil ungarisch gebliebene Gebiet. Aber das kultivierte türkische Gebiet war eben nur in geringem Ausmass dem reinen Ackerbau gewidmet. Der Hauptbetrieb war Viehzucht. (Nicht so sehr der Kriegszustand bewog die Türken, der Viehzucht den Vorzug zu geben, als vielmehr ihre noch nomadische Steuerpolitik, welche den sesshaften Ackerbau unverhältnismässig mehr belastete als die rasch bewegliche Viehzucht.)

Da Menschen und Geld äusserst rar waren, konnten die Gutsherren, welche den Türken folgten, nichts Besseres tun, als dass sie mit deren Gütern auch deren Betriebsweise übernahmen. So wurde denn im Neuland Viehzucht getrieben, und zwar im grossen, also kapitalistisch und, wie sich bei kapitalistischem Betrieb von selbst versteht, mit „freien“ Lohnarbeitern. Als später mit dem Anwachsen des Kapitalsreichtums und der Vermehrung der Menschen die Grossbesitzer im Neuland zum Ackerbau übergingen, wurde auch dieser zum grossen Teil mit „freien“ Lohnarbeitern, den Nachkommen der einstigen Viehknechte, betrieben, und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, noch in der Vollblütezeit der Hörigkeitsinstitution, finden wir in jenem Gebiet schon grosse, an einzelnen Punkten zusammengehäufte Massen von landbebauenden Lohnarbeitern. An diesen Punkten entwickelten sich die grossen tiefländischen Bauernproletariatsemporien, wie Orosháza, Békescsaba u. s. w. An diesen Punkten brach zuerst, schon in den Achtzigerjahren des vorigen Säkulums der sogenannte Bauernsozialismus durch und von dorthier rekrutieren sich auch heute noch die Kerntuppen unserer landbebauenden Sozialdemokratie.*

*

Eine hervorstechende Eigentümlichkeit Ungarns, des tausendjährigen Agrarstaates, in dem Handel und Gewerbe fleiss niemals eine entscheidende Rolle gespielt, sondern der Grundbesitz und die Landwirtschaft stets die bewegenden Kräfte waren und noch sind, ist die Unsicherheit des Grundbesitzes oder, wie dies ein ungarischer Historiker einmal ausdrückte, „der Besitzer ist nie mit seinem Grund und Boden verwachsen“.

Diese Eigentümlichkeit geht sehr weit zurück.

Schon unter König Matthias Hunyadi, von dem die Lügenlegende geht, dass er aus dem adeligen Mittel- und Kleinbesitz, der sogenannten „Gentry“, das Rückgrat des ungarischen Staates gemacht habe, gab's ein ergötzliches *chassez-croisez* im ungarischen Grundbesitz. Er, den jene „Gentry“ auf den Schild gehoben, schuf sich rasch als Gegengewicht gegen sie einen neuen höfischen Magnaten-, also Grossgrundbesitzerstand, der dann, als Dank hierfür, seiner Nachfolgerschaft jenes Bein gestellt, über das die Familie Hunyadi vom Throne stolperte und dabei ihre Güter verlor. Und als nach der Schlacht von Mohács vom Osten die Türken hereinkamen und vom Westen die Habsburger, da hörte erst recht die Sicherheit des Grundbesitzes auf.

Wenn die Türken das eroberte Gebiet für sich beschlagnahmten und nur in Ausnahmefällen ihnen politisch genehmen Ungarn unter ihrer Oberhoheit Güter beliessen oder überliessen, so haben es auch die Habsburger verstanden, ähnliche Grundbesitzverteilungspolitik zu betreiben.

Formale Handhabe hierzu bot ihnen das sogenannte Avitizitätsgesetz vom Jahre 1351, das bis zum Jahre 1848 ungeschmälert zu Recht bestand, seine tatsächliche Wirksamkeit aber erst durch ein kaiserliches Patent vom Ende des Jahres 1852 verlor. Dieses Gesetz, das der mächtigste Erwerb, aber auch der grösste Verderb des ungarischen Adels

* Aus jenem alten ungarischen landbebauenden Lohnproletariat rekrutieren sich auch jene ungarischen Erdarbeiter, die man „Kubikusche“ nennt, die in den Siebziger-, Achtziger- und Neunzigerjahren bei keinem Eisenbahnbau in der Monarchie fehlten, in jüngerer Zeit aber in immer grösserer Zahl über das grosse Wasser wandern.

war, bestimmte im wesentlichen zweierlei: erstens, dass jeder adelige Besitz von der heiligen Krone her stammt und bei Hochverrat oder Aussterben des Geschlechtes wieder an die heilige Krone zurückfällt, und zweitens, dass kein solch avitischer Besitz ohne Einwilligung der Erbberechtigten veräußert werden darf, und so es doch geschehen sollte, die Veräußerung rechtsungültig ist.

Die zweite Bestimmung machte natürlich jeden geschäftsmässigen Grundbesitzverkehr durch Kauf oder ähnliches fast unmöglich. Erbberechtigt war ja das ganze Geschlecht, die alle unter einen Hut zu bringen war aber schwer, so dass jeder Gutskauf oder Tausch mit der Gefahr eines späteren, oft erst nach Jahrzehnten kommenden Prozesses ging. Solcher Prozesse gab es denn auch die tolle Menge, besonders in späteren, friedlicheren Zeiten, da die Habsburger als Inhaber der heiligen Krone keine Güter mehr an Günstlinge zu verschenken hatten und der neuerwachte Geldverkehr auch mehr Lockung zum Gutsverkehr gab. Und diese Verhältnisse haben auch viel dazu beigetragen, den ungarischen Adel von schneidigen Kampfesrittern zu haarspalterischen Prozessrittern umzuwandeln.

Wollte einer sich Güter schaffen, so blieb ihm kaum anderes übrig, als die Gunst der Habsburger zu gewinnen, die alleweil in Ungarn Güter zu verschenken hatten. Hatten sie aber mal keine, so sorgten schon ihre Getreuen dafür, dass zur rechten Zeit irgend ein reichbegütertes Geschlecht aussterbe oder einem Grossgrundbesitzer ein kleiner Hochverrat auf den Hals diktiert werde. Da es überdies ohne Unterlass Magnatempörungen gab, wurden jeden Augenblick die schwere Menge Güter konfisziert und wieder neuverteilt, so dass es höchstens einigen überhöfischen Familien gelang, mehrere Generationen hindurch denselben Grundbesitz sich zu erhalten. 1690 wurde sogar unter Kollonics eine direkte Konfiszierungskommission eingerichtet, die berüchtigte „*commissio neoacquistica*“. Zur wahren Orgie aber wurde diese Beuteeinheimsung und Beuteverteilung, um nicht zu sagen Beutelschneiderei, als mit der endgültigen Vertreibung der Türken und dem Niederwerfen der Rákoczyaner nicht nur das ungeheure bisherige türkische Besetzungsgebiet, sondern auch die immensen Besitzungen Rákoczys und vieler seiner Anhänger zur Verteilung frei wurden.

Ein köstliches Satyrspiel war es, wie damals nicht nur getreue habsburgische Generäle und Beamte, sondern auch viele, sehr viele rebellische Kuruczen sich plötzlich allerlei Verdienste ersonnen, um nur bei der grossen Verteilung mit dabei sein zu können. Es war das das Vorbild des nationalen Widerstandes und der Aussöhnung der letzten Jahre, nur dass die Epigonen das köstliche Satyrspiel von einst zur widerlichen Clownkomödie verhunzt haben.

Damals erst, in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, wurden etwa neun Zehntel des heutigen feudalen Grossgrundbesitzes geschaffen und stabilisiert. (Man denke: In einer Zeit, da die Engländer schon ihre „*glorious revolution*“ hinter sich hatten, die Franzosen ihrer „*grande revolution*“ mit Riesenschritten zueilten, schuf man in Ungarn erst neuen feudalen Grundbesitz, und man urteile, wie weit zurück wir in der Entwicklung sein müssen.)

Das uns interessierende Resultat dieser Jahrhunderte währenden Unsicherheit des Besitzes aber war, dass sich auch zwischen den Grundbesitzern und ihren Hörigen kein ständiges, also kein patriarchalisches Verhältnis entwickeln konnte.

Je öfter die Herren wechselten und in je ärgerer Bedrängnis sie durch die ewigen Revolten und Türkenbedrohung waren, desto böser wurde der Hörige bedrückt, der immer für die anderweitigen Verluste der Herren mit seiner Arbeit, seinem Geld, seinem Leib erhalten musste. Aber der ewige Wechsel der Herren und ihre nimmer endenwollende Bedrängnis boten auch unaufhörlich dem Hörigen Gelegenheit, sich gegen seine missetäterischen Ausbeuter zu stemmen, sie zu umgehen, ihnen zu entlaufen. Und so hatte denn der ungarische Adel vergeblich dem Georg Dózsa, dem Führer des gewaltigen Bauernaufstandes zu Beginn des 16. Jahrhunderts, die glühende Dornenkrone aufs Haupt gesetzt. Sie hat seinen Geist nicht vernichtet, sondern ihm nur neuerliche Flammen entlockt, die unausgesetzt die Bauernbevölkerung Ungarns in Erregung hielten.

Und als sich im 18. Jahrhundert die Grundbesitzverhältnisse endlich stabilisierten, war es schon zu spät, aus dem ungarischen Bauer ein widerspruchslos gefügiges Acker-

tier zu machen. Er wurde wohl geschunden wie nur irgendwo, aber er wehrte sich, wo er nur konnte, zumal er unerwartete Hilfe von Wien her bekam. Maria Theresia und alle ihre Nachfolger bis zum Jahre 1836 drängten auf eine Verbesserung der Lage der Hörigen. Dies schuf den Hörigen Mut, während der Adel geradewegs ein staatsrechtliches Gravamen daraus machte, dass sich Wien in diese Verhältnisse einmengte und dem Bauern den Gedanken beibrachte, dass der Adelige nicht sein einziger und allmächtiger Herr sei. Ein förmliches Geraunze ging durch alle Adelsschlösser, als 1765 Maria Theresia das neue Urbarium dekretierte, und einer der damaligen adeligen Dichter, ein Herr v. Barcsay, sang in einem ebenso gräulich unrhythmischen wie unpoetischen Vers:

Während des Urbariums Verkündigung
Weinten wir beim Tanze über des Vaterlands Erniedrigung.

Da überdies auch noch die etwas freieren Vertragsbauern und die „freien“ Lohnbauern im Tieflande die Hörigen in ihrer Störrigkeit bestärkten, konnte man nie und nimmer aus dem ungarischen Bauern ein gutmütig patriarchalisches Bäuerlein machen. Er blieb stramm und störrig gegen seinen „Herrn“, und anstatt demutsvoller Ergebenheit wurde bei dem ungarischen Bauern der Herrenhass, der Hass und Trotz gegen jedermann, der nicht den Bauernrock trägt, traditionell.

Und daran hat das Jahr 1848 nichts geändert. Damals wurde wohl Ludwig Kossuth, der Halbgoth der ungarischen Bauern, die ihm ihre Befreiung zuschrieben, aber der Herrenhass blieb weiter bestehen. Eine Zeitlang vermochten wohl die Herren, wenn sie als Kossuth-Anbeter unter die Bauern gingen, durch die Gemeinsamkeit des Kossuth-Kultus trotz des weiterdauernden Herrenhasses (warum derselbe weiterdauerte, werden wir noch hören) die Stimmen der Bauern zu gewinnen, aber auch das hört allmählich auf. Der Kossuth-Kultus vergeht, der Herrenhass aber besteht, und so können unsere Agrarier nicht jene sichere Grundlage gewinnen, die überall anderswo das Agrariertum stützt, die Bauernschaft. Unser Agrariertum stützt sich nur auf den feudalen Grossgrundbesitz, die adelige Bureaukratie und, da diese nicht mehr genügend tragfähig sind, auf die brutale Gewalt: Polizei, Gendarmerie und Militär.

Der magyarische Bauer konnte bisher durch keinerlei der bekannten agrarischen Reizmittel zu einer Stütze der Herrenklasse gewonnen werden. Würde nicht seine unaufhaltsame Proletarisierung ihn unwiderstehlich dem Sozialismus in die Arme treiben, so müsste es schon sein noch ungebrochener Herrenhass tun, wie sich denn ja auch tatsächlich aus der magyarischen Bauernschaft und zum grossen Teil sogar aus der noch nicht proletarischen magyarischen Bauernschaft die Kerntruppe unserer landbebauenden Sozialdemokratie rekrutiert.

*

34·39 Prozent des Grundes und Bodens in Ungarn ist gebundener Besitz. 32·3 Prozent des Grundes und Bodens in Ungarn Latifundienbesitz, das heisst Besitz von über 1000 Joch Ausdehnung. Nimmt man hierzu die Güter von 500 bis 1000 Joch Grösse, die 6·1 Prozent des gesamten Grund und Bodens ausmachen, so wird man auch ohne tiefsinnige Erläuterung sofort unser agrarisches nicht bloss, sondern auch unser politisches Ach und Weh begreifen.

Eine Ergänzung zu diesem Bilde des Magnatenlandes Ungarn bieten folgende Daten: In der Kategorie bis zu 100 Joch Besitz, die 52·34 Prozent des gesamten Bodens umfasst, beträgt jede Wirtschaft im Durchschnitt 8·1 Joch, in der Kategorie von 100 bis 1000 Joch Besitz fällt auf jede Wirtschaft im Durchschnitt 285 Joch, in der Kategorie über 1000 Joch Besitz aber schon 3158 Joch.

Wie man das Bild auch dreht und wendet, überall starrt einem die mittelalterliche Fratze des Magnatenlandes entgegen. Ich könnte noch 50 verschiedene statistische Daten anführen und immer würde aus denselben nur das Magnatenland herausblicken.

Ueberhaupt die Statistik! Sie ist der ärgste Feind unserer Feudalagrarier, weil sie sie in ihrer widerlichsten Splitternacktheit zeigt. Sie haben aber auch die ungarische Agrarstatistik tüchtig gemassregelt. Unsere statistischen Jahrbücher verraten nichts, aber auch gar nichts von dem, was für eine Orientierung der Agrarpolitik wichtig wäre. Ja im Jahre 1895 erfolgte eine grosse agrarstatistische Aufnahme im ganzen Land, die viele Hunderttausende von Gulden gekostet hat, aber auch in dieser Statistik sind die unsere

Feudalagrarien kompromittierendsten Fragen mit verständig-zartem Stillschweigen übergegangen. Trotzdem lassen sich auf Umwegen einige dieser kompromittierenden Fragen klären.

Die Konzentration im ungarischen Gutsbesitz ist eine andauernde. Den besten Beweis hierfür bietet die Tatsache, dass allein im Jahrzehnt 1890 bis 1900 die Zahl der Grundbesitzer von 1,613.742 auf 1,537.092, also um 76.656 zurückgegangen ist. In neuerer Zeit ist aber die Verminderung der Grundbesitzer noch rascher vor sich gegangen. Dafür spricht das ungeheure Anwachsen der Auswanderung im Zusammenhang mit dem fast noch ungeheuerlicheren Wechsel im Grundbesitz.

Während von 1886 bis 1890 durchschnittlich 25.723 Menschen jährlich aus Ungarn auswanderten, von 1891 bis 1895 durchschnittlich 25.006, von 1896 bis 1900 durchschnittlich 32.056, wuchs dieser Durchschnitt in dem Jahrfünft von 1901 bis 1905 schon auf 110.187, während sowohl 1906 wie 1907 schon weit über 200.000 Menschen aus Ungarn wegwanderten. Die grosse Masse dieses Auswanderungsstromes flutet nach den Vereinigten Staaten. Dorthin können aber die völlig mittellosen landwirtschaftlichen Lohnarbeiter nicht hin, weil sie bei den berüchtigten Hungerlöhnen, die in Ungarn gezahlt werden, selbst wenn sie sich das Essen gänzlich abgewöhnen und Methusalems Alter erreichen würden, nicht jene Summe erübrigen könnten, die für die Ueberfahrt und zur Ausweisung bei der Landung in Amerika nötig ist.*

Die bäuerliche Auswanderung rekrutiert sich also zumeist, ja fast ausschliesslich aus dem bäuerlichen Mittel-, Klein- und Zwergbesitz. Wenn dieselben sehen, dass sie hier nicht mehr fortkommen können, verkaufen sie ihren ohnehin schon verschuldeten Besitz und suchen mit den letzten Resten desselben sich über dem Wasser jene Lebensmöglichkeit zu schaffen, die vor ihnen in Ungarn abgeschlossen war.

Daher der enorm wachsende Grundverkehr, wenigstens was die Stückzahl betrifft, wie folgende Daten beweisen.

Die Zahl der Grundstücke, die ihren Besitzer grundbücherlich wechselten, betrug:

Jahr	durch Vertrag	durch Pfändung	durch Todesfall
1891 bis 1895 (durchschnittlich)	310.866	15.082	78.096
1896 " 1900	347.309	18.220	101.602
1901	387.004	19.932	140.104
1902	402.734	21.121	139.933
1903	441.777	21.193	129.974
1904	440.873	19.178	125.928
1905	449.120	16.626	126.264

Dass aber dieser Besitzwechsel zum überwiegenden Teil den bäuerlichen Besitz betraf, beweist der Durchschnittswert der hier in Frage kommenden Grundstücke. Derselbe betrug:

Jahr	durch Vertrag Kronen	durch Exekution Kronen	durch Todesfall Kronen
1896 bis 1900 (durchschnittlich bei Besitzwechsel)	1115	1637	1323
1901 " 1905	1344	2436	2199
1905	1697	2356	2598

Welchen Kategorien des Grundbesitzes die Konzentration zufällt, lässt sich bei der mangelhaften Agrarstatistik nicht genau feststellen, doch dass eine Konzentration stattfindet und dass diese zum grossen Teil dem Grossbesitz über 500 Joch zugute kommt, wird selbst von agrarfeudaler Seite nicht geleugnet. So zum Beispiel finde ich in einem erst vor ganz kurzem erschienenen Büchlein eines Anonymus,** in dem ich wohl nicht mit Unrecht einen von seinem Minister beauftragten hohen Beamten des Ackerbau-

* Es geschieht wohl öfters, dass einer der wohlhabenderen Bauern auf seinen Besitz ein Darlehen nimmt, um mit demselben einem besitzlosen Bauern zur Auswanderung zu verhelfen. Der Auswanderer sendet die geliehene Summe fast stets schon nach einigen Wochen zurück, diese wird dann wieder einem anderen Auswanderungslustigen geliehen und so geschieht es manchenmal, dass mit einem Darlehen eine ganze Reihe von Familien zur Auswanderung kommen. Doch sind dies nur die selteneren Fälle.

** Porszem: A kié a föld, azé az orszóg. Budapest 1908.

ministeriums vermute und der seinem Büchlein den kennzeichnenden agrarfeudalen Titel: „Wessen der Boden, dessen das Land“ gab, folgende Daten für die Jahre 1880 bis 1885:

In jener Zeit betrug	das Gebiet der Güter von 500 bis 1000 Joch	1,617.446 Katastraljoch
1895 betrug laut amtl. Statistik	und „ „ „ „ „ über 1000	10,736.464
„ „ „ „ „	500 bis 1000	2,238.905
„ „ „ „ „	über 1000	11,901.380

Gleichzeitig finde ich in diesem Büchlein einen artigen Stossseufzer darüber, dass dieser Zuwachs des Grossgrundbesitzes nicht der Klasse der heimischen ungarischen Gentry und Magnaten zufällt, ja nicht einmal heimischen ungarischen Christen, sondern Ausländern, Leuten von nichtungarischer Nationalität, unter denen überdies noch Industrielle, Kaufleute und Juden in überwiegender Zahl sind.

Nach den Angaben dieses Anonymus besaßen

	Katastraljoch		nur mehr Katastraljoch
1880 bis 1885 die ungarische Gentry	4,990.053	1895 bis 1900	3,965.093
1880 „ 1885 „ ungarischen Magnaten . . .	6,249.630	1895 „ 1900	5,468.174
1880 „ 1885 „ ungarländischen Christen . .	12,756.290	1895 „ 1900	11,046.686

Hingegen besaßen

	Katastraljoch		schon Katastraljoch
1880 bis 1885 Geschäftsleute (zum Teil Ausländer)	1,249.138	1895 bis 1900	1,766.274
1880 „ 1885 die ausländische Mittelklasse . .	411.846	1895 „ 1900	906.791**
1880 „ 1885 „ ausländischen Magnaten . .	954.218	1895 „ 1900	1,695.964

Der Besitz dieser drei Kategorien, die ja durchwegs zum Grossgrundbesitz gehören, erhob sich also von 2,615.202 Katastraljoch auf 4,369.029 Katastraljoch.

Wuchs in dieser Weise der Grossgrundbesitz, der ja viel beständiger ist als der Kleingrundbesitz und der im grossen und ganzen als dem Verkehr entzogen betrachtet werden kann, so wuchs in noch grösserem Masse der fideikommissarisch gebundene Besitz, der gänzlich dem Verkehr entzogen ist.

Da durch das schon erwähnte Avitizitätsgesetz der Grundbesitz für das Geschlecht gesichert war, konnte sich während der Gültigkeit desselben das Fideikommisswesen in Ungarn nicht recht einbürgern und nur einzelne, gänzlich höfisch gewordene Familien errichteten in jener Zeit in Nachahmung der österreichischen Sitte Familienfideikommisse. So wurden denn auch in Ungarn vor dem 18. Jahrhundert nur 6, im 18. Jahrhundert 10 und vom Jahre 1800 bis 1850 insgesamt 10 Fideikommisse errichtet. Da aber 1848 das Avitizitätsgesetz aufgehoben wurde, ging es von da ab in rascher Progression mit der Errichtung von Fideikommissen, besonders aber, seitdem 1867 die Adelsklasse wieder die unbeschränkte Herrschaft über das Land gewonnen hatte. Von 1850 bis 1870 wurden 11, von 1870 bis 1893 aber sogar etwa 54 Fideikommisse errichtet,*** so dass im Jahre 1893 in Ungarn 91 Fideikommisse bestanden. Wenn unsere österreichischen Genossen uns darob beneiden sollten, dass wir in Ungarn nur 91 Fideikommisse, sie in Oesterreich aber 292 haben (diese Angabe stammt aus dem Jahre 1882), so möge bemerkt sein, dass die 91 Fideikommisse in Ungarn sowohl relativ als absolut ein grösseres Gebiet umfassen als die 292 österreichischen. Bei uns umfassen die Fideikommisse 4·7 Prozent, in Oesterreich nur 3·8 Prozent des gesamten Gebietes, bei uns umfassen sie insgesamt 2,353.210 Katastraljoch, in Oesterreich aber nur 1,140.193 Hektar.

Die Konzentration des Grundbesitzes und die zunehmende Bindung desselben haben nun eine ganz ungeheuerliche Preissteigerung des Bodens zur Folge. Seit 30 Jahren sind die Bodenpreise auf das Doppelte, ja in einzelnen Gebieten sogar auf das Dreifache gestiegen. Aber durchaus nicht infolge der Verbesserung des Bodens und der erhöhten Ergiebigkeit desselben. In einigen ganz kleinen Gebieten ist man wohl zur

* Der genannte Verfasser gibt für das Jahr 1895 etwas geringere Daten für den Grossgrundbesitz als die amtliche Statistik.

** Unter Geschäftsleuten versteht dieser Autor Juden, unter Mittelklasse aber Christen.

*** Die Fideikommissbildung hat auch seither nicht geruht.

intensiven Gartenkultur übergegangen, einzelne Gutsbesitzer haben auch Betriebsverbesserungen eingeführt, aber im grossen und ganzen wird noch immer nach Altväterart gewirtschaftet. Dies beweist am klarsten die Tatsache, dass das Durchschnittsertragnis des landwirtschaftlichen Hauptartikels, des Weizens, sich seit 30 Jahren nicht gehoben hat, sondern ganz ebenso wie damals sich zwischen um 100 Prozent verschiedenen Grenzen bewegt. Dieses Ertragnis hängt eben ganz so wie damals auch heute noch einzig und allein nur von der Laune des Wetters ab.

Die Preissteigerung des Bodens hat allein den Grund, dass trotz des immensen Güterverkehrs zufolge der ungeheuren Latifundien und des gebundenen Besitzes noch immer viel zu wenig Boden auf den Markt gelangt, um das Bedürfnis zu befriedigen. Ja der auf den Markt gelangende Boden genügt kaum, um die fortwährende Neubildung von Latifundien und die Vergrösserungssucht der bestehenden Latifundien zu befriedigen, so dass natürlich die Bauernkäufer meist nur das Nachsehen haben. Nehmen diese aber die Konkurrenz mit dem Grosskäufer auf, dann müssen sie Preise zahlen, die sie schon binnen wenigen Jahren zugrunde richten.

Der fortwährende Rückgang des Bauernstandes, der sich aus all diesen Verhältnissen ergab, blieb natürlich auch den agrarfeudalen Kreisen kein Geheimnis, zumal er ja auch sein gut Teil zur wachsenden Leutenot beitrug. Seit einem Vierteljahrhundert steht auch deshalb die Schaffung eines kräftigen „nationalen“ Bauernstandes auf allen agrarischen Wunschzetteln, einerseits um in ihm ein Arbeiterreservoir zu bekommen, andererseits um sich in ihm für die Zukunft, wenn einmal das Proletariat in der politischen Arena vorrücken sollte, einen verlässlichen Bundesgenossen zu schaffen, ähnlich wie ihn die deutschen und österreichischen Agrarier haben.

Anfangs versuchte man dies Ziel durch staatliche innere Kolonisation zu erreichen. Bei der Unzulänglichkeit der wirtschaftspolitischen Kenntnisse, mit der diese Kolonisation betrieben wurde, der Misswirtschaft, die in allen staatlichen Betrieben herrscht, der Willkür und Korruption der Komitatsverwaltung gingen alle diese Kolonien zugrunde und anstatt den „nationalen“ Bauernstand zu kräftigen, vermehrte man durch die Kolonisation nur das bäuerliche Proletariat.

In neuerer Zeit verfielen dann die beutelustigen Feudalagrarier auf ein anderes Mittel zur Schaffung eines kräftigen „nationalen“ Bauernstandes. Nachdem es mit der Kolonisation nicht gegangen, versucht man es mit gross angelegten Parzellierungen.

Weshalb diese Wendung erfolgte, wird sofort verständlich sein.

Seitdem alljährlich 100.000 und in den letzten Jahren sogar 200.000 Menschen aus Ungarn nach Amerika wandern, beginnen für unsere Verhältnisse höchst respektable Summen als Ersparnisse von Amerika hierher zu wandern. Nach fachmännischer Schätzung dürften jetzt schon diese amerikanischen Geldsendungen an die 100 Millionen Kronen und darüber jährlich betragen. Diese Summen haben denn auch sofort unsere Feudalagrarier nicht nur mit der Auswanderung versöhnt, sondern ihnen sogar die Erkenntnis abgepresst, dass die Auswanderung für Ungarn eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei.

Die verlorenen ungarischen Arbeiter ersetzen sie sich nämlich durch billigere polnische, ruthenische und russische Arbeiter (auch der Import von chinesischen Kuli wurde schon in Aussicht genommen), den amerikanischen Goldstrom aber haben sie verstanden sofort in ihre eigenen Taschen hinüberzuleiten.

Das Mittel hierzu sind die Parzellierungen.

Dem Bauern, dem auch nach seiner Auswanderung als höchstes Ideal der Erwerb eines Stück heimischen Feldes vorschwebt, wird nun Feld in grossen Massen angeboten. Um dieses Bauernfeld zu schaffen, wird aber eine Güterschlächtereier in grossem Stil betrieben. Der Staat kauft von zugrunde gegangenen Aristokraten grosse Güter zu horrenden Preisen und parzelliert sie; unter der Patronanz von Feudalagrariern gegründete Banken tun dasselbe und ein ganzes Heer von verschuldeten Aristokraten und Adeligen, von Advokaten und Spekulanten eifert diesen edlen Beispielen nach. All das jagt nach dem amerikanischen Gold, ohne auch nur je einen Fuss breit amerikanischen Bodens gesehen zu haben, und jagt dem ungarischen Arbeiter seine amerikanischen Ersparnisse ab, oft schon, ehe er noch zurückgewandert ist. Kommt aber der „Amerikaner“ heim und nimmt das aus seinen Ersparnissen erworbene Feld in Besitz und beginnt es zu bewirtschaften,

voller Stolz, dass endlich sein Ideal in Erfüllung gegangen und er nicht mehr ein landloser Habenicht, kommt bald der Katzenjammer und die Notwendigkeit, neuerdings zurückzuwandern.

Denn sind in Ungarn alle bäuerlichen Kleinbesitzer — bis auf seltene Ausnahmen — unrettbar der Proletarisierung verloren, so der „Amerikaner“ noch mehr, weil er für den Grund und Boden direkte Liebhaberpreise zahlen muss. Ich habe Kenntnis davon, dass ein bis über den Kopf verschuldeter Kammerherr in einem der oberungarischen Gebirgskomiteate von den „Amerikanern“ für Feld allerschlechtesten Qualität 1600 K per Joch herauspresste. Im allgemeinen aber ist es üblich, dass bei Parzellierungen auf die ohnehin schon überhohen Bodenpreise noch 50 Prozent und darüber aufgeschlagen wird.

Auf der ganzen Linie findet so der Bauer in Ungarn die Feudalagrarien sich feindlich gegenüber.

Er muss es zusehen, wie der Besitz seiner verarmten oder auswandernden Klassengenossen in die Hände der „Herren“ übergeht. (Dem Bauern ist es gleichgültig, ob seinen Besitz ein Adeliger, ein Kaufmann, ein Ungar oder ein Ausländer kauft, ihm ist jedermann, der nicht den Bauernkittel trägt, ein „Herr“, und zwar ein hassenswerter Herr.) Will er einmal den Besitz seines verarmten oder auswandernden Klassengenossen kaufen, so findet er als schier unüberwindlichen Konkurrenten sich gegenüber diesen „Herren“.

Lässt ihm aber schon einmal dieser „Herr“ durch Kolonisation oder Parzellierung ein Stück Feld zukommen, dann zieht er ihm hierbei die Haut über die Ohren und ruiniert ihn.*

Treibt all dies auch noch nicht die Bauernschaft der Sozialdemokratie in die Arme, so lässt es doch in derselben den traditionellen Herrenhass nicht erlöschen, sondern peitscht denselben vielmehr zu neuer Wut empor.

*

Die Agrarkrise des ungarischen Herrenstandes ist ein wahres Eldorado gegenüber der Agrarkrise des ungarischen Bauernstandes. Die beiden Agrarkrisen haben auch ganz verschiedene Ursachen. Verschwendungssucht und niedere Preise der Agrarprodukte verursachen die erstere, Steuerraub, Wucher und Verwaltungselend die letztere. Die Herren haben sich zu helfen gewusst. Mit Hilfe der Schutzzölle, des Zuckers, des Branntweins und anderer Liebesgaben schufen sie sich reichlichen Ersatz für den durch niedere Preise verursachten Entgang. Die Agrarkrise des Bauernstandes aber hat sich verschärft, weil der Steuerraub, der Wucher und das Verwaltungselend nur immer ärger wurden.

Es würde sich wohl verlohnen, das ungarische Steuerwesen einmal Europa vorzuführen, um zu zeigen, wessen agrarische Beutesucht fähig ist. Hierfür gebracht es mir hier aber an Raum, so müssen denn einige Daten genügen, um zu zeigen, wie schamlos degressiver Natur dieses Steuerwesen ist. Zwergbauern, die nur eine Hütte und dazu weniger als ein Joch Boden haben, zahlen hierfür durchschnittlich 30 bis 40 K, Kleinbauern mit etwa fünf Joch 60 bis 70 K, mit etwa zehn Joch 90 bis 100 K Steuer.

Nach den Berichten, die dem vom Landesagrikulturrein veranstalteten Auswandererkongress in Miskolcz vorgelegt wurden, also nach einer feudalagrarischen Quelle, kann ein Bauernbesitzer von fünf bis zehn Joch, wenn er sie ohne fremde Beihilfe nur mit den Familienmitgliedern bearbeitet, bei gutem Boden und in einem guten Jahr, wenn kein Unfall dazwischen kommt, etwa 53 K Gesamtwert aus dem Joch herauswirtschaften.

* Im Monat März hat wohl Ackerbauminister Darányi dem Abgeordnetenhaus einen neuen Gesetzentwurf über Kolonisation und Parzellierung unterbreitet. Derselbe wird aber kaum eine andere Aenderung bringen, als dass die Profitritter der Kolonisation und Parzellierung nun nicht bloss die Bauern, sondern alle Steuerzahler ausbeuten werden. Diese neue Vorlage schafft nämlich einen Kolonisationsfonds von 120 Millionen Kronen, und wenn in Ungarn weiter fort geraubwirtschaftet wird, wie in den letzten drei Jahren, so werden die 120 Millionen bald in den Taschen notleidender und sonstiger beutegieriger Politiker verschwinden. Soweit sich eine solche Riesenvorlage mit 368 Paragraphen und einem Motivenbericht von 175 Folioseiten beim Durchblättern beurteilen lässt, ist dieselbe mit feudal-zünftlerischem Geist durchtränkt. Das einzige beruhigende ist, dass bei der gegenwärtigen politischen Situation diese Vorlage nicht allzuviel Aussicht hat, bald Gesetzeskraft zu erlangen.

Hält man dem gegenüber die Steuerlast und die Zinsenlast,* so wird man be- greiflich finden, dass der Bauer mit fünf Joch Besitz durchaus nicht, und selbst der mit zehn Joch Besitz kaum noch von dem Ertrag dieses Besitzes leben kann. Er muss auch noch auf fremden Gütern Lohnarbeit verrichten. Dadurch aber leidet nicht nur seine Wirtschaft, auch er verfällt unrettbar der Proletarisierung.**

Den letzten Rest gibt aber der Bauernschaft die korrupte, willkürliche Verwaltung, die den Bauern mit allerlei Schikanen die Zeit stiehlt, sie an der Arbeit verhindert und ihnen mit den willkürlichsten Strafen das Geld wegnimmt. Ich habe vor etwa drei Jahren der Generalversammlung des Südungarischen Bauernvereines beigewohnt, der unter Führung der feudalagraren Anhänger des derzeitigen Unterrichtsministers Grafen Albert Apponyi steht. Nachdem die Herren vom Präsidium die verschiedenen agrarischen Führer und die Komitatsgewaltigen gepriesen, erhoben sich etwa ein Dutzend bäuerliche Redner, die in immer heftiger werdender Erregung die schwersten Klagen gegen die agrarischen Führer und die Verwaltung erhoben, so dass das Präsidium grösste Mühe hatte, durch allerlei feierliche Versprechungen die Revolte zu besänftigen. In West- ungarn wieder passierte es mir während des Streiks der Verwaltungsbeamten unter dem Regime Fejérváry, dass eine Deputation der nichtsozialdemokratischen gut nationalen Bauern mich aufsuchte mit der Bitte, ich möge bei der Regierung dahin wirken, dass der Beamtenstreik weiter dauere, denn seit Beginn des Streiks erst, seitdem die ewigen „Sekkaturen“ der Beamten aufgehört, gehe alles in Ordnung, sei es möglich, ungestört zu arbeiten und sei das Leben erträglich.

*

So zeigt denn die Agrarfrage in Ungarn ein ganz anderes Gesicht als in den bourgeois-kapitalistischen Staaten des Westens.

Hier steht nicht der feudalagraren Adel in einer Kampfesreihe mit dem Bauern- besitz gegenüber dem Proletariat, sondern hier steht das Proletariat in einer Kampfes- reihe mit dem Bauernbesitz gegenüber dem feudalagraren Adel.

Deshalb vermochten wir in der Vergangenheit, ohne gesondertes Agrarprogramm, ohne Versprechungen von Bauernschutz, einfach nur auf Grundlage unseres Parteipro- gramms, Zehntausende von kleinen und mittleren Bauernbesitzern für die Sozialdemo- kratie zu gewinnen. Es lebt eben in ihnen das Bewusstsein, dass sie unrettbar der Proletarisierung verfallen sind, und dass ihnen als Proletariern nur eine Partei offen steht: die sozialdemokratische Partei.

Dass es der Koalitionsregierung durch schamlose Gesetzesverletzungen und schmach- volle Gewalttaten gelungen ist, die sozialdemokratische Organisation dieser Bauernbesitzer an vielen Orten zu vernichten und dass sie durch einen selbst alle russischen Beispiele hinter sich lassenden Terrorismus viele dieser Bauernbesitzer geradewegs zwang, den Verkehr mit der sozialdemokratischen Partei abzubrechen, hat an den für uns günstigen Verhältnissen nichts geändert, höchstens hat es den Herrenhass noch gesteigert.

Die Koalitionsschmach wird verschwinden, und dann werden zweifellos die bäuer- lichen sozialdemokratischen Organisationen in Ungarn zum Trutz gegen die „Herren“ kräftiger, zahlreicher und auch rascher erstehen, als die Koalition sie unterdrückt hat.

* Unverschuldete Klein- und Mittelbauern gehören zur grössten Seltenheit. Wie Genosse Julius Rác einmal in einer sehr instruktiven Studie über den Verfall des Grundbesitzes in Ungarn gezeigt, belastet hier jedes Joch Kleinbesitz eine nachweisbare Hypothekarschuld von durchschnittlich 103 K. Die tatsächliche Verschuldung des Bauernstandes ist selbstverständlich grösser.

** Ich habe dieses Thema ausführlicher behandelt in einem Artikel „Die Bauernschaft und die Sozialdemokratie“, der in dem von der deutschsprachigen Sozialdemokratie Ungarns heraus- gegebenen „Volksstimme-Kalender für 1908“ erschien.

Emmy Freundlich: Frauenrecht und Kinderschutz

Abgeordneter Pernerstorfer hat in seiner Begrüßungsansprache an die III. sozialdemokratische Frauenkonferenz gesagt, dass kommenden Jahrhunderten zwei Dinge in unserer heutigen Gesellschaft unverständlich sein würden, das ist die Rechtlosigkeit der Frau und die Schutzlosigkeit des Kindes. Beide Dinge hängen nun innerlich zusammen, ja sie bedingen sich gegenseitig.

Unsere Gesellschaft ist mit ihren Gesetzen und Einrichtungen nur für die Männer und nach den Bedürfnissen der Männer eingerichtet. Die Rechtlosigkeit der Frau war von Anfang an mit der kapitalistischen Gesellschaft verbunden, nicht mit Unrecht sagt Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“, die erste Sklavin war die Frau. Die Frau aber wurde zur Sklavin nur wegen ihrer Kinder. Für den polygamisch veranlagten Mann wäre das freie und abwechslungsreiche Liebesverhältnis eine viel angenehmere Einrichtung gewesen, als die monogamische Ehe sein kann. Sein Privatbesitz verlangte aber die Erzeugung von legitimen Erben und die sind nur durch die streng monogamische Ehe der Frau zu haben gewesen. Diese Knechtschaft der Frau, die in den Sitten der Vergangenheit noch schroffer zum Ausdruck kam als heute, wurde ihr allerdings abgekauft. Der Mann übernahm dafür die Pflicht, für ihren Unterhalt zu sorgen. Allerdings nur in den besitzenden Klassen. Die arbeitende Frau des Volkes musste immer, trotz der monogamischen Ehe und der Unterhaltungspflicht des Mannes, mitarbeiten. Die Sklavinnen des Altertums und die leibeigenen Bauersfrauen des Mittelalters hatten die Rechtlosigkeit ohne die Unterhaltungspflicht durch ihre Männer. Sie mussten schwer und weit über ihre Kräfte arbeiten, nur galt ihre Arbeit nicht als gesellschaftliche Arbeit, trotzdem sie für einen fremden Herrn geleistet wurde, sie wurde als Familienarbeit eingeschätzt und die Frau galt einfach als die Gehilfin ihres Mannes. Erst die moderne industrielle Arbeit der Frauen lässt die Arbeit der besitzlosen Frauen als das erscheinen, was sie immer war, als gesellschaftliche Arbeit für Fremde, durch die sie sich erhält. Die Unterhaltungspflicht hat für die arbeitenden Männer immer mehr dem Gesetze nach als den Tatsachen nach bestanden und besteht heute, trotz der Gesetze, für Millionen Männer überhaupt nicht mehr. Nicht nur die gewerbliche und die Heimarbeiterin muss heute sich und ihre Kinder teilweise ernähren, auch in kleinbürgerlichen Kreisen und im Handwerksstand lebt die Familie heute nur noch in besseren Verhältnissen, weil die Frauen mitarbeiten müssen. Der kleinbäuerliche Besitz würde vom Grossgrundbesitz viel schneller verdrängt, wenn die kostenlose und aufopfernde Tätigkeit der Frau nicht die Wirtschaft erhalten würde. Auch in dem „neuen Mittelstand“, in der Beamtschaft, nimmt die Arbeit der verheirateten Frauen ständig zu und die Unterhaltungspflicht wird immer weniger wirksam. Nun könnte es scheinen, als ob es vollständig nebensächlich wäre, ob in diesem Falle das Gesetz den tatsächlichen Verhältnissen entspricht oder nicht. Leider ist dies nicht der Fall. Durch diese Verpflichtung des Mannes bleibt die Frau zu Gehorsam verpflichtet, bleibt er der Herr, der nicht nur ihr, sondern auch den Kindern gegenüber mehr Rechte genießt als die Mutter. Viele Frauen, auch solche, die mitverdienen müssen, ertragen heute nur die Qual einer unglücklichen Ehe, weil sie sich an den Mann gebunden fühlen. Die Frau kann nur selbständig werden durch die volle eheliche Gleichberechtigung.

Wenn die in Vorbereitung befindliche Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuch nicht den Mut aufbringt, diese Gleichberechtigung zu statuieren, so wird sie immer nur ein Stückwerk bleiben. Das deutsche bürgerliche Gesetzbuch hat zwar diese Formel belassen, aber das eheliche Rechtsgebiet des Mannes um ein Bedeutendes eingeschränkt. Es heisst im § 1354: „Die Frau ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des Mannes Folge zu leisten, wenn sich die Entscheidung des Mannes als ein Missbrauch seines Rechtes darstellt.“ Das deutsche Gesetzbuch berechtigt die Frau ausserdem noch zur Leitung des gemeinschaftlichen Hauswesens und zur Vertretung des Mannes in seinem häuslichen Wirkungskreis. Sogar Rechtsgeschäfte, die den häuslichen Wirkungskreis betreffen, darf die Frau

in Vertretung ihres Mannes ausüben. Wenn auch diese Bestimmungen ausserordentlich vorsichtig sind, so sind sie doch ein Schritt nach vorwärts. Wenn man heute schon nicht für alle Frauen die Gleichberechtigung in der Ehe anerkennen will, aus der die Ansicht der weiblichen Inferiorität fliesst, für alle erwerbenden Frauen, die nachweisen können, dass sie ihren Unterhalt selbst verdienen müssen, könnte und müsste die volle Gleichberechtigung und das gegenseitige Vertretungsrecht in allen rechtlichen Geschäften und Verrichtungen bestimmt werden. Eingeschlossen müssten alle jene Frauen werden, die nachweislich durch ihre geschäftliche oder berufliche Mitarbeit zum Unterhalt ihrer Familie beisteuern. Es wäre dies nicht nur die Anerkennung der erreichten Mündigkeit der Frau, es wäre dies auch ein neues Rechtsniveau, von dem aus viel für die Kinder geschehen könnte.

Die Mutter steht dem Kinde nicht nur seelisch näher, sie hat für das Leben des Kindes eine ganz andere und viel tiefere Bedeutung als der Mann. Die Frau empfindet immer das Kind als einen Teil von sich selbst, als etwas, von dem sie sich nie ganz lösen kann. Wenn unser bürgerliches Gesetzbuch heute dem Vater im Falle der Ehescheidung mehr Rechte zugesteht als der Mutter, so ist dies einfach Unverstand, der nur möglich war, weil man in der Pflicht, die Kinder zu erhalten, nur eine väterliche Verpflichtung sah, die wichtiger ist als alle anderen. Das umgekehrte Verhältnis wäre das allein richtige und natürliche. Nur wenn die Mutter durch einen leichtsinnigen Lebenswandel, durch Verschwendungssucht oder andere Charaktermängel nicht die Fähigkeit besitzt, ihre Kinder zu erziehen, dürfen sie dem Vater zugesprochen werden, sonst gehören sie immer der Mutter. Die Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuch stellt die Verteilung der Kinder der Vereinbarung der Eltern anheim und macht diese nur von der Zustimmung der Vormundschaftsgerichte abhängig. Diese Bestimmung ist gewiss ein Schritt nach vorwärts, immerhin aber nur ein Schritt. Heute, wo die Frau sich im wirtschaftlichen Kampfe allein durchhelfen muss, kann man keinen triftigen Grund finden, der den Frauen das Recht an ihren Kindern nehmen könnte. Nach der Volkszählung von 1890 gab es 900.000 Witwen in Oesterreich, von denen der grösste Teil gewiss der mittellosen Klasse angehört, die meisten müssen sich allein durchs Leben finden. Diese Bestimmungen bringen es mit sich, dass man den Wert der Mutter für das Kind unterschätzt. Wenn man heute dem Kinde einen Vormund beistellt, wenn der Vater stirbt, ihm aber keine Vormünderin gibt, wenn es die Mutter verliert, so zeigt dies deutlich, wie man den Wert der Mutter unterschätzt. Nun ist es aber so, dass Kinder, wenn die Mutter sie erhalten kann, den Vater viel leichter entbehren können als die Mutter. Die Frau mit ihrem praktischen Sinn, ihrem unermüdlichen Fleiss, ihrer Selbstlosigkeit im Dienste der Familie kann heute eine Familie ohne männliche Hilfe leichter durchbringen, als der Mann. Den Kindern der Besitzlosen erwächst durch die persönliche Rechtlosigkeit ihrer Mutter sehr schwerer Schaden.

Man anerkennt heute die staatliche Verpflichtung, die Waisen und Witwen zu unterstützen, wenn der Vater stirbt, man findet eine Unterstützung der mutterlosen Waisen und der Witwe nicht notwendig. Und doch kann der Vater, der im Haushalt nicht alle Arbeiten selbst verrichten kann, die Mutter in materieller Beziehung weit schwerer entbehren als die Frau den Mann. Eine einseitige Versorgung der Witwen und Waisen durch die Gesellschaft ist für die Arbeiterfamilie immer nur eine halbe Hilfe, die nur gewährt werden kann und die nur den Schein der Berechtigung erhält, weil das Gesetz dem Mann die Verpflichtung, für die Familie zu sorgen, allein überträgt. Es ist dies gewiss für den Staat eine Ersparnis, die auf Kosten vieler Tausender Proletarierkinder gemacht wird. Bemerkenswert ist, dass eine österreichische Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen, von diesem allgemein üblichen Grundsatz abgegangen ist. In einem Memorandum, das im vergangenen Jahre in allen Fabriken den Direktionen überreicht wurde, wird die gleiche Versorgung für die Witwer wie für die Witwen, für die vaterlosen wie für die mutterlosen Waisen verlangt. Hier trat der Widersinn einer einseitigen Unterstützung besonders krass zutage, denn unter den 38.000 Arbeitern, die die österreichische Tabakregie beschäftigt, sind nicht einmal 1500 Männer. Die Anerkennung der ehelichen Gleichberechtigung der Frau bedeutet für die Kinder ein sehr wichtiges Recht und eine Erweiterung ihres Schutzes. Selbstverständlich müsste die Erhaltungspflicht den Kindern gegenüber bei einer Ehescheidung auch weiterhin gemeinsam für beide Eltern bestehen bleiben.

Bei dem legitimen Kinde ist die Erweiterung der Rechte der Mutter eine Erweiterung seines Schutzes, bei dem illegitimen müssen die Pflichten des Vaters in grösserem Umfang festgestellt werden, wenn der Schutz des Kindes ein weitgehender werden soll. Gerade hier tut die Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuch einen Schritt zur Besserung, wenn sie auch nicht zu jener einzig gerechten und einzig vernünftigen Bestimmung kommt, die vollständige Gleichstellung des legitimen mit dem illegitimen Kinde zu verfügen. Die Novelle setzt die Zahlungspflicht des Vaters für die Entbindungskosten und die Erhaltungspflicht der ledigen Mutter durch sechs Wochen nach der Niederkunft fest. Das Erbrecht erfährt insofern eine Aenderung, als das uneheliche Kind der gleichberechtigte Erbe nicht nur nach der Mutter, sondern auch nach deren Verwandten wird. Diese Bestimmungen sind gewiss geeignet, die Lage der unehelichen Kinder zu verbessern und so manchen Kindesmord zu verhindern. Trotzdem müsste ihnen noch eine Bestimmung im Strafgesetzbuch beigefügt werden, wodurch der Vater bei einem Kindesmord der Mitbestrafung anheimfallen würde. Diese Bestimmung würde die unehelichen Väter gewiss mehr zur Erfüllung ihrer Pflichten anhalten, als alle anderen gesetzlichen Bestimmungen.

Die Neuregelung der gesetzlichen Bestimmungen in diesem Sinne ist gewiss eine wertvolle Erweiterung der mütterlichen Rechte und eine Erweiterung des Schutzes der Kinder. Die Frauen sind Sklavinnen geworden wegen ihrer Kinder, sie müssen heute gleichberechtigt und selbständig werden für ihre Kinder. Eine der wichtigsten Institutionen hierfür wäre die Anerkennung der Mutterschaft als soziale Funktion, die nicht nur private das heisst Familieninteresse hat und ausschliesslich privatrechtlicher Natur ist. Die Frau ist als Mutter nicht nur Privatperson, sie leistet einen so wichtigen Dienst für die Gesellschaft, dass diese alles tun muss, um die Erfüllung von jeder nachteiligen Schranke zu befreien. Professor Mayet, einer der Führer der deutschen Mutterschutzbewegung, hat die Erhaltens- und Erziehungspflicht des Staates gefordert. Eine Forderung, die sich mit dem kapitalistischen Staat von heute nicht verträgt. Nicht die Erziehungspflicht des Staates kann der heutige Staat geben, nur die ersten Schritte hierzu kann er machen, die staatliche Versorgung und Unterstützung von Wöchnerin und Säugling. Natürlich nicht ein Wöchnerinnenschutz, wie ihn die Neuregelung zur Krankenversicherungsvorlage vorsieht. Sollte der Wöchnerinnenschutz wirklich eine tiefere Wirkung ausüben, dann müsste er die Mutter durch drei bis vier Monate vor und nach der Niederkunft unterstützen und dem Kinde eine billige, teilweise kostenlose Versorgung in Krippen und Säuglingsheimen gewähren. Diese Institutionen würden das Leben Tausender Proletarienkinder schützen und den Eltern eine grössere persönliche Freiheit gewähren. Darunter müsste die enge Zusammengehörigkeit der Familie keineswegs leiden, sie würde nur aller fesselnden materiellen Zwangsmittel ledig und würde das, was sie sein soll, eine seelische Gemeinschaft. Möglich ist eine Gesundung unserer Familienverhältnisse, die heute weit mehr eine materielle Genossenschaft als eine ideelle Gemeinschaft darstellen nur wenn wir die rechtliche Stellung der Frau revidieren. Der Zustand jener vorgeschichtlichen Epoche, wo im Mutterrecht die freie und gleichberechtigte Existenz der Frau zum Ausdruck kam, soll wiederkehren, nur den differenzierten Verhältnissen einer gefühlsreicheren Epoche angepasst. Diese Neuorganisation unseres Rechtes würde vor allem eine Förderung der Persönlichkeit zur Folge haben. Je grösser die soziale Unabhängigkeit, um so notwendiger die persönliche Selbständigkeit, um so leichter eine Entwicklung des einzelnen zu seiner eigenen Individualität. Um so grösser aber auch der Reichtum an schaffenden Kräften, die aus der reichen Fülle ihres persönlichen Lebens befruchtend, anregend und vorwärtsdrängend wirken. Die nach tieferen Einsichten organisierte Gesellschaft ist nicht notwendig für den Mann, der seiner psychischen Konstitution nach für eine Gesellschaft des Kampfes geboren ist, nicht für die Frau, die als Individuum mit dieser Gesellschaft fertig werden könnte, sondern für das Kind, weil es nur gedeihen und blühen kann unter dem Schutz und im Frieden. Die Keime, die sich regen und entfalten wollen, streben alle dem einen Ziele zu: das Kind, diesen kostbaren Schatz der Gesellschaft, zu schützen und zu bewahren. Deshalb ist der Kampf um Frauenrechte, ob nun privatrechtlicher oder politischer Natur, doch zuletzt ein Kampf um den Schutz des Kindes.

E. Deinhardt: Die Konzentrationsbestrebungen innerhalb der deutschen Gewerkschaften

In den deutschen Gewerkschaften vollziehen sich jetzt organisatorische Wandlungen, die weit über den Rahmen der deutschen Arbeiterbewegung hinaus Interesse verdienen. Ich meine die Bestrebungen einer weitgehenden Konzentration der organisatorischen Kräfte, die sich sowohl in dem Anschluss der sogenannten lokalistischen gewerkschaftlichen Vereinigungen an die Zentralverbände, wie in den Diskussionen innerhalb der Zentralverbände über den Zusammenschluss dieser Organisationen zu grossen, festgefügt und leistungsfähigen Industrieverbänden äussern. Keine Gewerkschaft in Deutschland ist wohl von dieser Bewegung verschont geblieben; mehrfach schon haben Zentralverbände in den letzten Jahren die Konsequenzen aus dieser Bewegung gezogen und haben sich bestehenden Industrieverbänden oder leistungsfähigeren zentralistischen Organisationen eines verwandten Berufes angeschlossen, andere Verbände dürften diesem Beispiel bald folgen. So sehr aber in einigen grösseren und wohl in den meisten kleineren Zentralverbänden jetzt noch bei einem Teil der Mitglieder und teilweise auch bei den Organisationsleitungen ein Widerstand gegen die weitgehende Konzentration der Berufsorganisationen zu einigen grossen, alle verwandten Berufe umschliessenden und festgefügt Interessenverbänden zutage tritt, so kann man jetzt schon voraussagen, dass es in absehbarer Zeit in Deutschland nur noch wenige grosse gewerkschaftliche Industrieverbände geben wird. Schon jetzt lässt die rege Diskussion über diese Frage die künftige Gruppierung der deutschen Gewerkschaften in je eine grosse Organisation für das graphische Gewerbe, das Baugewerbe, die Metallindustrie, die Holzindustrie, die keramische Industrie, die Lederindustrie, die Nahrungsmittelgewerbe, das Bekleidungs- und das Transportgewerbe erkennen.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Sie ist ebenso sehr ein Ausdruck für die geistige Reife der gewerkschaftlichen Bewegung wie für die gewaltige Entwicklung der deutschen Industrie und ihre Interessenorganisation, der Unternehmerbewegung, welche die Arbeiter zur Schaffung grösserer Widerstandskräfte, zur Konzentration ihrer organisatorischen Kräfte nötigt. Es sei mir gestattet, diese für alle Gewerkschaftsfreunde interessante Entwicklung hier kurz zu skizzieren.

*

In Deutschland ist seit zwei Jahrzehnten schon die vorherrschende gewerkschaftliche Organisationsform die Berufsvereinigung auf zentralistischer Grundlage. Von den Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkvereinen abgesehen, die überhaupt nur zentralisierte Berufsvereine und Industrieverbände kennen, kommen für die sozialdemokratischen Gewerkschaften allerdings noch drei Formen der Organisation in Betracht: Der reine lokale Fachverein, ein Organisationsgebilde, das man als ein Ueberbleibsel aus einer früheren Epoche der gewerkschaftlichen Entwicklung bezeichnen kann. Zahl und Einfluss dieser Vereine sind aber nur gering. Sie werden kaum mehr als 3000 Mitglieder in sich vereinigen. Denn von den rund 15.000 Mitglieder zählenden Organisationen der früher rein lokalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ waren die bedeutendsten und grössten seit Jahren schon, dem Zuge der Zeit folgend, zur Durchführung der Zentralisation geschritten. Und gerade diese Verbände haben vor Jahresfrist zumeist ihren Anschluss an die Zentralverbände vollzogen. Dann diese zentralistischen Berufsverbände selbst, die zahlenmässig die grösste Bedeutung haben; zählten sie doch im Jahre 1907 1,360.619 Mitglieder. Dann zwei grosse Industrieverbände, die der Metallarbeiter und Holzarbeiter, mit zusammen 504.887 Mitgliedern, zwei Organisationen, die gewissermassen den Organisationstyp der Zukunft darstellen. Bemerkenswert muss werden, dass die zentralistischen Berufsverbände und die Industrieverbände mit- und nebeneinander wirken, in der General-

kommission der Gewerkschaften Deutschlands miteinander vereinigt sind. Irgend welche grundsätzliche Gegensätze gibt es zwischen beiden Organisationsrichtungen nicht.

Schon in den oben wiedergegebenen Zahlen zeigt sich die grosse Bedeutung und die erfolgreiche Entwicklung und Konzentration der zentralistischen Berufsverbände für die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahrzehnten. Nicht immer waren die Zentralverbände in Deutschland die vorherrschende Organisationsform.

In den Siebzigerjahren bildete die gewerkschaftliche Bewegung ein buntes Chaos aller möglichen Organisationsformen. Die gegensätzlichsten Tendenzen und Interessen machten sich in ihr breit, rein zünftlerische und modern-wirtschaftliche, dazu politische Interessen aller Art. Es sei nur daran erinnert, dass sowohl von bürgerlich-fortschrittlicher, wie von christlichsozialer Seite der Gewerkschaftsbewegung ein gewisses Interesse entgegengebracht wurde, wie dass auch die damals gespaltene sozialdemokratische Partei die gewerkschaftliche Bewegung stark beeinflusste und förderte. Die Folge dieses Einflusses zeigte sich in der Gründung von Hirsch-Dunckerschen, von christlichsozialen Gewerkvereinen, von internationalen Gewerksgenossenschaften, Eisenacher, wie Arbeiterschaften Lassallescher Richtung. Daneben gab es noch einige Organisationen, die sich frühzeitig schon dem Einfluss politischer Parteien entzogen, wir erinnern nur an den Buchdruckerverband und den deutschen Tabakarbeiterverein, ferner aus der Zunftzeit noch bestehende und durch die Ende der Sechzigerjahre anbrechende gewerkschaftliche Bewegung erneut konservierte Gesellenorganisationen und schliesslich sogenannte „blaue“ Vereine, Vereinigungen reichstreuer Arbeiter. Die erbitterten Kämpfe innerhalb der politischen Arbeiterbewegung fanden bei der grossen Abhängigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung von den Arbeiterparteien naturgemäss auch ihren Widerhall in der gewerkschaftlichen Bewegung. Diese war im ersten Jahrzehnt ihres Wirkens fast ganz von Erörterungen grundsätzlicher Art beherrscht. Das hinderte die Schaffung einheitlicher Organisationen. Auch die Rückständigkeit der Industrie und die mehr auf das Fachliche gerichtete, am Zünftlerischen hängende Auffassung der grossen Masse der organisationsfähigen Arbeiterschaft standen einer auch nur beschränkten Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte entgegen. So bildete die gewerkschaftliche Bewegung ein buntes Sammelsurium aller möglichen Formen der Organisation, von lokalen Fachvereinen bis zur Zentralisation durch Vertrauensmänner, der festen zentralistischen Berufsorganisation, dem Industrieverband und der sogenannten „Internationalen Gewerksgenossenschaft“, die teilweise auch österreichische und schweizerische Organisationsgruppen mit in sich vereinigte. Einige der bestehenden Organisationen, wie die Metallarbeitergewerksgenossenschaft und die von Theodor York gegründete Holzarbeitergewerkschaft, zeigten auch in der Form ein durchaus modernes Gepräge. Waren doch in der Holzarbeitergewerkschaft beispielsweise sogar die Perlmutterknopfmacher vereinigt, die zu den Holzarbeitern damals sicher nur wenig Beziehungen hatten. Von derartig fortschrittlichen Organisationsgebilden abgesehen, dominierten aber die lokalen Vereinigungen. Auch die bestehenden Zentralverbände waren oft genug nichts anderes als lokale Vereine, die nur am Sitz der Organisation Einfluss und Anhang hatten.

Von namhaften Arbeiterführern ist dieser Zersplitterung schon frühzeitig entgegengewirkt worden. Diese Bestrebungen mussten so lange ohne Erfolg bleiben, solange nicht die mit den Gewerkschaften eng verbundene sozialdemokratische Partei ihre Einigung vollzogen hatte, und solange nicht den Gewerkschaften selbst im wirtschaftlichen Kampf das Ungenügende ihrer so weit verzweigten und differenzierten gewerkschaftlichen Bewegung klar gemacht war. Die Siebzigerjahre brachten den Gewerkschaften wirtschaftliche Kämpfe in grosser Zahl und damit den nötigen Anschauungsunterricht zur Erkenntnis der Notwendigkeit der besseren Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte; der Gothaer Einigungskongress der Eisenacher und Lassalleaner im Jahre 1875 räumte das andere Hindernis der gewerkschaftlichen Einigung und Konzentration hinweg.

Am 12. Juni 1875 bereits fand in Gotha eine von Gewerkschaftern Eisenacher wie Lassallescher Richtung einberufene Gewerkschaftskonferenz statt, deren ausschliesslicher Zweck die Einigung unter den rivalisierenden Organisationen gleichen Berufes war. Die Konferenz beschloss unter anderem:

„Sofern in einem Geschäftszweig mehrere gewerkschaftliche Organisationen, lokale Fachvereine etc. bestehen, ist es Pflicht derselben, sich zu einigen, respektive der etwa bestehenden zentralisierten Organisation ihres Gewerbes sich anzuschliessen.“

Zu diesem Zwecke empfiehlt die Konferenz den Gewerkschaften, bei welchen verschiedene Organisationen bestehen, baldmöglichst einen gemeinsamen Kongress behufs der Vereinigung einzuberufen, soweit solches nicht schon geschehen ist.“

Die hier gegebene Anregung einer grösseren Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte hat in den folgenden Jahren gute Früchte getragen, um so mehr, als führende Personen, besonders der sozialdemokratischen Partei, immer wieder der gewerkschaftlichen Einigung und Zentralisation das Wort redeten. Hier muss besonders auf das Wirken August Geibs, des Vorsitzenden der Partei, hingewiesen werden, der durch eine im „Pionier“ im Jahre 1877 veröffentlichte Privatenquete auf die grossen Mängel der gewerkschaftlichen Zersplitterung nachdrücklich hinwies.* Er plaidierte mit warmen Worten für eine Zusammenlegung zunächst der 15 Gewerkschaftsblätter in zwei gewerkschaftliche Hauptorgane, eines für die Gruppe der Bau-, Holz- und Metallarbeiter, eines für die übrigen Berufe. Dadurch solle Geld erspart und die gewerkschaftliche Presse ausgestaltet werden. Darüber hinaus empfahl Geib zunächst noch eine Zusammenfassung, eine Zentralisation der Agitation. Denn „jeder Erfahrene weiss, dass in der richtigen Zusammenfassung und Direktion der vorhandenen Agitationskräfte das Geheimnis durchschlagenden Erfolges enthalten ist. Und der Erfolg, der Fortschritt tut uns not“.

In der bescheidenen Beschränkung dieser Vorschläge auf das Zunächstliegende zeigt sich der gute Kenner der Verhältnisse und kluge Taktiker. Sicher würden die Bestrebungen Geibs auf Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte, die übrigens von anderen namhaften Parteiführern unterstützt wurden, zu einer einheitlichen Gestaltung der Gewerkschaften zu zentralistischen Berufsorganisationen und darüber hinaus zu Industrieverbänden geführt haben, wenn diese Entwicklung nicht durch das Ausnahmsgesetz gegen die Sozialdemokratie gewaltsam gestört worden wäre. Dem Sozialistengesetz fielen bekanntlich die meisten Gewerkschaften zum Opfer. Nur wenige Zentralverbände, die der Buchdrucker, Handschuhmacher, Weissgerber, Lithographen, Kupferschmiede und Xylographen und wohl einige lokale Vereine blieben von der Auflösung verschont.

Unter dem Sozialistengesetz gewann die gewerkschaftliche Bewegung begreiflicherweise nur langsam Boden, sie musste sich zunächst nur auf lokalen Rahmen beschränken. Die interlokalen Verbindungen der Gewerkschaften waren vollständig zerstört worden. Die führenden Genossen waren genötigt, um nicht die wenigen Ansätze zu neuen Organisationsbildungen zu gefährden, sich bei Gründungen von Organisationen möglichsste Beschränkung und Zurückhaltung aufzuerlegen. Deshalb schritt man zunächst nur zur Gründung lokaler Fachvereine. Das rein Fachliche wurde in diesen Vereinen stärker betont, um der Gefahr der Auflösung möglichst zu entgehen. Lokal liess sich, allen Unterdrückungsmassregeln zum Trotz, immerhin leicht eine Verbindung schaffen. Im Falle einer Auflösung eines lokalen Vereines waren auch die Folgen für die Gesamtbewegung nicht derartig verhängnisvoll wie bei Auflösung einer Zentralorganisation. So kam man aus ganz naheliegenden Gründen zunächst zur Gründung von lokalen Fachvereinen. Da sich in diesen Organisationen auch am zweckmässigsten und mit der geringsten Gefahr für die Gesamtbewegung ein Ersatz für die politischen Arbeiterorganisationen schaffen liess, behaupteten die lokalen Fachvereine auch in der Folge unter dem Sozialistengesetz gegenüber den immer mehr aufkommenden gewerkschaftlichen Zentralverbänden ihre dominierende Stellung, obwohl sie gewerkschaftlich immer mehr an Bedeutung verloren.

In den Berufen, die unter dem Sozialistengesetz in grössere wirtschaftliche Kämpfe verwickelt wurden, zeigte sich bald das Unzureichende der rein lokalen Organisation. Ein lokaler Fachverein, der einen grösseren Kampf zu führen hatte, war von vornherein auf die Unterstützung der auswärtigen lokalen Vereine angewiesen. Umgekehrt

* Siehe „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, 3. Jahrgang, Nr. 30 von 1893.

wurde durch solche Kämpfe unter den beteiligten Arbeitern nicht nur die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des zentralen Zusammenschlusses der bestehenden lokalen Vereine gefestigt, sondern auch gleichzeitig die nötige Verbindung mit anderen Lokalvereinen des gleichen Berufes und der nötige geistige Kontakt mit denselben geschaffen, was wiederum der Schaffung von Zentralverbänden die Wege ebnete. Jedenfalls verdient besondere Beachtung, dass auch hier die Konzentration der Gewerkschaften durch die wirtschaftlichen Kämpfe gefördert wurde.

Schon im Anfang der Achtzigerjahre wurde mit der Gründung von Zentralverbänden vorgegangen. So kam es zu Pfingsten 1881 zur Gründung des „Unterstützungsvereines der Bildhauer Deutschlands“, im August 1883 zur Gründung des „Deutschen Zimmererverbandes“, zu Weihnachten des gleichen Jahres zur Gründung des Deutschen Tischlerverbandes, Organisationen, die sich in der Hauptsache auf bestehende lokale Fachvereine aufbauten. Nannte sich doch beispielsweise der Tischlerverband zunächst nur „Zentralverband von Vereinen der Tischler Deutschlands“. Im Jahre 1884 kamen dann noch Zentralisationen der Manufakturarbeiter, Schneider, Steinmetze, Schuhmacher, Tabakarbeiter und eine Vereinigung der Metallarbeiter hinzu. Bis zum Ablauf des Sozialistengesetzes sind wohl die meisten Berufe von der Zentralisationsbewegung ergriffen worden. Einige Zentralisationen fristeten allerdings nur eine bescheidene Existenz, andere, wie die der Metallarbeiter, verfielen der Auflösung. Immerhin gelangten am Ausgang des Ausnahmegesetzes die Zentralverbände in der deutschen Gewerkschaftsbewegung immer mehr zu leitender Stellung.

Daneben behaupteten sich, aus den oben angegebenen Gründen, allerdings auch die lokalen Fachvereine. Es fehlte auch nicht an Versuchen, diese Vereine kampftüchtiger zu machen durch eine allerdings lose — Zentralisation. Im Mittelpunkt dieser Bestrebungen stand der Regierungsbaumeister ausser Dienst Kessler, der bis zu seinem vor fünf Jahren erfolgten Tod die Führung der Lokalisten hatte. Bezeichnend für den Einfluss, den Kessler seinerzeit unter den deutschen Gewerkschaften hatte, ist es, dass die „Metallarbeiterzeitung“ die Kesslerschen Organisationsvorschläge ohne Vorbehalt veröffentlichte.* Unter den Metallarbeitern war man überhaupt in jener Zeit der Zentralisation nicht sonderlich geneigt, wohl infolge der trüben Erfahrungen, die man mit der 1884 gegründeten zentralen Vereinigung gemacht hatte. Sprach sich doch Anfang des Jahres 1888 die „Metallarbeiterzeitung“ selbst gegen die Abhaltung eines Metallarbeiterkongresses aus, und zwar wegen des „jetzigen scharfen Windes“. „Das Zweckmässigste, was unter den jetzigen Verhältnissen geschehen kann, ist, die vorhandenen Lokalvereine zu kräftigen und dafür zu sorgen, dass weitere gegründet werden.“ Auch die Berliner Metallarbeiter waren gegen die Einberufung auch nur eines Kongresses, weil dieser unnütz sei und man an der Lokalorganisation festhalten müsse. Dagegen traten die Hamburger, wohl gewitzigt durch einen verloren gegangenen Schlosserstreik, Mitte 1888, für Gründung einer Zentralisation, die sich allerdings in Branchen gliedern sollte, ein, sie befürworteten die Branchenzentralisation selbst noch bis zur erfolgten Gründung des Metallarbeiterverbandes. Dabei hatte die lokal gegliederte Metallarbeiterbewegung am Ausgang des Sozialistengesetzes doch schon eine verhältnismässig grosse Bedeutung erlangt. Zählte man nach einer sicher nicht erschöpfenden Erhebung doch schon Anfang 1889 208 Metallarbeiterfachvereine mit 34.611 Mitgliedern.

Sicherlich waren die der Zentralisation gegensätzlichen Ansichten der Metallarbeiter durch Rücksichten auf das Sozialistengesetz erheblich beeinflusst. Das beweist allein die Tatsache, dass von ihrer Seite, von den fünf für das Reich eingesetzten Vertrauensmännern mit Ablauf des Ausnahmegesetzes bei den Gewerkschaftsvorständen beantragt wurde, im Anschluss an den Halleschen Parteitag der sozialdemokratischen Partei, im Oktober 1890, in einer Gewerkschaftskonferenz die Frage zu behandeln:

„Wie können die Arbeiter den Unternehmerkoalitionen am wirksamsten entgegen-treten?“

Die Konferenz fand auch Mitte November des Jahres 1890 unter Beteiligung der

* „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 46 und 47 vom Jahre 1888.

Metallarbeiter in Berlin statt. Sie sprach sich rückhaltlos für Schaffung von Zentralisationen aus. Der dahingehende Beschluss lautet:

„In Erwägung, dass die lokale Organisation als erste Form derselben den heutigen Produktionsverhältnissen nicht mehr entspricht, die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter vielmehr die Zusammenfassung aller Kräfte dringend erheischt, erklärt die Konferenz die zentralistische Organisationsform als die zurzeit allein richtige. Die Konferenz empfiehlt daher allen bestehenden Lokalvereinen, sich der betreffenden Zentralisation anzuschliessen....“

Die Konferenz beschloss ferner unter anderem ein gemeinsames Vorgehen der Zentralverbände gegen die Unternehmerorganisationen und traf die Vorbereitungen zur Einberufung eines Gewerkschaftskongresses, der dann auch im Jahre 1892 in Halberstadt abgehalten worden ist.

Auch die Partei griff, nun die Schranken des Ausnahmsgesetzes gefallen waren, aktiv zugunsten der gewerkschaftlichen Bewegung wie der Zentralisation der Gewerkschaften ein. Der erste Kongress nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der in Halle, beschäftigte sich eingehend mit der Gewerkschaftsfrage. In welcher Weise, zeigen die zwei zum Beschluss erhobenen Resolutionen, deren eine es als Pflicht der Parteigenossen bezeichnete, sich „den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen anzuschliessen und, wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen“. Die andere bezeichnete es als „zwingende Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe (der Streiks und Boykotts) sich gewerkschaftlich organisiert, und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können“. Dieser Haltung zugunsten der Zentralverbände ist sich die Partei stets treu geblieben, wie ihre wiederholte Stellungnahme zu gewerkschaftlichen Fragen auf späteren Parteitag beweist. Bezeichnend für diese Haltung der Partei ist der Schlusssatz einer Denkschrift des Parteivorstandes in Sachen des Leipziger Buchdruckerkonfliktes aus dem Jahre 1901, in dem es heisst:

„Die Absonderung kleiner Gruppen, die Aufrechthaltung kleiner, widerstandsunfähiger Lokalorganisationen sind Krebschäden in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die, je eher je lieber, aus der Welt geschafft werden sollten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat in ihren Beschlüssen und auf ihren Kongressen sich stets für die Organisation in grossen zentralisierten Verbänden ausgesprochen. Heute, wo das Koalitionsverbot für politische Vereine gefallen ist, liegt für lokale Sonderorganisationen kein verständiger Grund mehr vor. Besondere Verhältnisse lassen sich auch in den Zentralorganisationen durch Kartellverträge regeln und berücksichtigen. Fort mit der Sonderbündelei!“

Schliesslich ist noch der auf dem letzten Parteitag in Nürnberg gefasste Beschluss zu erwähnen, durch den die Parteimitglieder verpflichtet werden, aus den lokalistischen Vereinigungen aus- und in die Zentralverbände einzutreten.

Sicher handelte die Partei nur im eigenen organisatorischen Interesse, wenn sie für die Zentralverbände Stellung nahm. Auch die Partei kann nur erfolgreich wirken, wenn sie einig und geschlossen dasteht. Nun begründeten die lokalistischen Vereine ihre Existenz unter anderem auch mit der politischen Mission, die sie zu erfüllen hätten. Diese politische Betätigung der lokalistischen Fachvereine durfte der Partei aber nun keineswegs gleichgültig sein, sie wirkte zersplitternd auf die Parteitätigkeit und schädigte auch sonst die Parteientwicklung. Deshalb nahm die Partei, sobald das Koalitionsverbot für politische Vereine gefallen war, gegen das Fortbestehen der lokalen Sonderorganisationen Stellung. Selbstverständlich geschah diese Stellungnahme auch in Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, die, das wussten die weitblickenden Führer der Partei gut genug, nur in starken Zentralverbänden eine ausreichende Vertretung finden.

Innerhalb der Gewerkschaften ist der Gedanke einer weitgehenden Zentralisation seit 1890 immer wieder eingehend diskutiert worden. Martin Segitz, der Vertrauensmann der deutschen Metallarbeiter, war der erste, der, und zwar in der „Metallarbeiter-Zeitung“* rückhaltlos für Schaffung von Zentralisationen, und zwar nicht in Branchenorganisationen, sondern in Industrieverbänden eintrat. Nach seinem Plan sollte die

* Siehe „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 35 1890, ferner Nr. 41 1890 und 15 1891.

Organisation in der Weise erfolgen, „dass für die Metallindustrie, die Holzindustrie, das Baugewerbe, die Textilindustrie, Fuss- und Körperbekleidungsindustrie, Transportindustrie, Papierindustrie etc. je eine über ganz Deutschland zentralisierte Organisation ins Leben gerufen wird, und diese Organisationen durch Kartellverträge sich gegenseitig verpflichten, unter bestimmten Voraussetzungen einander finanziell zu unterstützen“.

Segitz betrieb dann auch in der Folge sehr energisch die Zentralisierung der Gewerkschaften und vor allem der Metallarbeiter. Von ihm stammt wohl auch in der Hauptsache der in Nr. 14, Jahrgang 1891 der „Metallarbeiterzeitung“, veröffentlichte Entwurf eines Statuts für eine „Metallarbeiter-Union“, der dem Statut des zwei Monate später in Frankfurt am Main gegründeten „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ zugrunde gelegt wurde. Der Statutenentwurf trug den bestehenden Organisationsverhältnissen Rechnung, sah aber die Zentralisation der Metallarbeiter auf Grundlage des Industrieverbandes vor. Nur im lokalen Rahmen war den bestehenden lokalen Fachvereinen eine gewisse Selbständigkeit eingeräumt. In erster Linie handelte es sich für Segitz darum, eine in der Verwaltung sparsame, aber leistungsfähige, alle Kräfte zusammenfassende und deshalb auch kampffähige Organisation zu schaffen. Die Gründung des Metallarbeiterverbandes und damit des ersten Industrieverbandes in der nachsozialistengesetzlichen Zeit wurde dann auch von dem Metallarbeiterkongress in Frankfurt am Main (vom 1. bis 6. Juni 1891) beschlossen, nicht ohne bei den Hamburger Metallarbeitern, die für Schaffung zentralistischer Branchenorganisationen eintraten, entschiedenen Widerspruch auszulösen.

Gerade in jener Zeit wurde über die Organisationsform in den deutschen Gewerkschaften lebhaft diskutiert. Dabei kam es nicht nur zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Zentralisten und Lokalisten, die erst mit dem Halberstädter Gewerkschaftskongress einen gewissen Abschluss fanden: auch innerhalb der Zentralverbände selbst war über die Form der Organisation keineswegs eine Klärung erzielt. Es wurden da die verschiedensten Vorschläge gemacht, von denen keiner verwirklicht worden ist. Wir wollen nur auf den Vorschlag der Generalkommission verweisen, der dahin ging, sämtliche Gewerkschaften in einer Organisation zu vereinigen. Grundlage dieser Organisation sollte der Zentralverein der einzelnen Berufe bilden, dessen Aufgabe es sei, eine Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, die Mitglieder zu bilden, Herbergen und Arbeitsnachweise zu unterhalten, die Berufsstatistik zu pflegen, die Mitglieder auf der Reise, bei Streiks etc. zu unterstützen. Die verwandten Zentralverbände sollten sich zu Gruppenorganisationen, sogenannten Unionen vereinigen. Ihre Leitung sollte aus den Vorstandsmitgliedern der beteiligten Verbände gewählt werden. Als ihre Aufgabe wurde bezeichnet Betreuung einer planmässigen Agitation, Herausgabe eines gemeinsamen Pressorgans, Unterstützung gewisser Streiks u. s. w. Als Spitze des Ganzen war die Generalkommission gedacht, deren Aufgabenkreis ungefähr der gleiche war, wie er für die jetzt bestehende Generalkommission festgesetzt ist. Der Mitgliederbeitrag in den Zentralverbänden sollte 15 Pf. per Woche betragen. Davon sollten 10 Prozent an die Union als Beitrag abgeführt werden, und diese sollte wiederum 20 Prozent ihrer Einnahmen an die Generalkommission abführen.

Dieser Organisationsplan fand innerhalb der deutschen Gewerkschaften nur wenig Zustimmung. Bei seiner Kompliziertheit hätte er sich wohl auch kaum durchführen lassen. Auf dem Gewerkschaftskongress in Halberstadt (1892) liess denn auch die Generalkommission ihren Organisationsplan fallen und empfahl nur die Annahme einer Resolution, die einen mehr vermittelnden Standpunkt einnahm. Aber auch diese Resolution fand beim Kongress keine Gegenliebe. Dagegen wurde mit 148 gegen 37 Stimmen bei elf Stimmenthaltungen eine Resolution der Holzarbeiter angenommen, deren grundsätzliche Bestimmungen lauten:

„Der Kongress erklärt sich für die Annäherung der Zentralisationen verwandter Berufe durch Kartellverträge, überlässt jedoch die Entscheidung über die Frage, ob die spätere Vereinigung der Branchenorganisationen zu Unionen oder Industrieverbänden stattzufinden hat, der weiteren Entwicklung der Organisationen infolge der Kartellverträge.“

Der Kongress erklärt, dass in all denjenigen Berufsgruppen, wo die Verhältnisse den Industrieverband zulassen, dieser vorzuziehen ist, dass jedoch in all denjenigen Berufsgruppen, wo infolge

der grossen Verschiedenheit der Verhältnisse die Vereinigung in einem Industrieverband nicht durchführbar ist, durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden soll.

Der Kongress erklärt, dass die Zentralorganisation, als Grundlage der Gewerkschaftsorganisation, am besten befähigt ist, die der letzteren zufallende Aufgabe zu lösen, und empfiehlt allen Gewerken, welche bisher lokal organisiert oder durch ein Vertrauensmännersystem verbunden waren, sich den bestehenden Zentralverbänden anzuschliessen, respektive solche zu bilden.“

Man kann diese Resolution als den Willensausdruck der überwältigenden Mehrheit der zentralistisch organisierten Gewerkschafter auffassen. In dieser Hinsicht hatte die dem Kongress voraufgegangene Auseinandersetzung klärend gewirkt.

Wer nach diesem Kongressbeschluss geglaubt hatte, dass sich innerhalb der Gewerkschaften entscheidungsvolle Aenderungen vollziehen würden, der wurde durch den Gang der Entwicklung schwer enttäuscht. An Industrieverbänden wurde im Jahre 1893 nur noch einer gegründet, der Holzarbeiterverband, welche Gründung aber seit Jahren schon in der Luft lag. Zur Gründung von Unionen kam es überhaupt nicht. Dagegen wurden die lokalistischen Fachvereine immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Besonders in Berlin schlossen sich die grösseren Lokalvereine in den nächsten Jahren nach dem Halberstädter Kongresse zumeist den Zentralverbänden an. In der Folge hat die lokalistische Bewegung keine bedeutsame Rolle gespielt. Wurde ihr des öfteren auch aus dem zentralistischen Lager Sukkurs durch Beitritt von Elementen, die den Zentralverbänden aus diesem oder jenem Grunde, zumeist wegen Einführung von Unterstützungseinrichtungen untreu geworden waren, so erfuhren sie oft genug doch auch eine empfindliche Schwächung durch Uebertritt ganzer Organisationen in die Zentralverbände. Diese Entwicklung hat im letzten Jahre durch Verschmelzung der noch bestehenden grösseren Lokalvereine mit ihren Zentralverbänden ihren vorläufigen Abschluss gefunden.

Haben sich aber in den zentralistischen Gewerkschaften grosse Veränderungen in der äusseren Form der Organisationen seit den Halberstädter Verhandlungen auch nicht vollzogen, so ist doch von Jahr zu Jahr die Konzentration der Gewerkschaften mehr gefördert worden. Eine ruhige, unauffällige Entwicklung, die aber für die Gewerkschaften um so bedeutungsvoller gewesen ist. So saugte der Holzarbeiterverband, der aus den Verbänden der Bürstenmacher, Drechsler, Tischler und Stellmacher gegründet worden war, neben mehreren Lokalvereinen nach und nach die Verbände der Holzhilfsarbeiter, Korbmacher, Musikinstrumentenarbeiter, die Vergolder und die im Werftarbeiterverband organisierten Holzarbeiter auf, der Metallarbeiterverband zog die Verbände der Mechaniker, Schlosser, Goldarbeiter, Former, Werftarbeiter und Graveure an sich. Der Hafentarbeiter- wie auch der Porzellanarbeiterverband verdanken ihre Existenz dem Zusammenschluss mehrerer Verbände. Der Lederarbeiterverband ging aus den Organisationen der Lohgerber und Weissgerber hervor. Die Bergarbeiter vereinigten ihre Organisationen im Ruhrgebiet, im Saargebiet und in Sachsen zu einem einheitlichen Verband. Den Verbänden der Maler, Müller und Zimmerer traten süddeutsche Organisationen, dem Buchdruckerverband eine elsass-lothringische Organisation bei. Die Seiler und Posamentierer schlossen sich den Textilarbeitern an, die Masseure den Gemeindearbeitern, die Konditoren den Bäckern, die Wäscharbeiter den Schneidern, die Formstecher den Lithographen. Das sind Verschmelzungen und Uebertritte, die ohne jeden Zwang von aussen, ganz aus freier Entschliessung der beteiligten Verbände sich vollzogen haben. Es waren die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse, die zu dieser Konzentration der Kräfte nötigte.

Es sind die gleichen Gründe, die jetzt seit über Jahresfrist schon zu einer regen Diskussion über Verschmelzung verwandter Organisationen und Gründung von Industrieverbänden die Veranlassung gegeben haben. So wurde der Zusammenschluss der Verbände der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Stukkateure und Dachdecker zu einer einheitlichen Organisation erwogen. Die Schaffung dieses Bauarbeiterverbandes ist nur eine Frage der Zeit. Ebenfalls die Schaffung eines Industrieverbandes für das Ledergewerbe. Hier kommt es vorerst zur Verschmelzung der Verbände der Portefeuller und Sattler einer-, der Handschuhmacher und Lederarbeiter andererseits. In den Organisationen der Hafentarbeiter, Seeleute, Eisenbahner und Handels- und Transportarbeiter wird seit Jahren schon über die Schaffung einer einheitlichen Organisation für das Transport- und Verkehrsgewerbe ver-

handelt. Auch diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Verbände der Bäcker, Brauer, Fleischer und Müller sind wiederholt zusammengetreten, um die Schaffung eines Industrieverbandes für das Nahrungsmittelgewerbe zu besprechen. Hier ist es zum Abschluss weitgehender Kartellverträge gekommen. Weiter wird über Beratungen der Verbände der Glasarbeiter, Porzellanarbeiter und Töpfer zwecks Schaffung eines keramischen Industriearbeiterverbandes berichtet. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. In den Verbänden der Bildhauer und Glaser wird zurzeit der Anschluss an den Holzarbeiterverband diskutiert. Der Zusammenschluss der Verbände der Hoteldiener und der Gastwirtsgehilfen dürfte sich demnächst vollziehen.

Schon diese Uebersicht beweist, dass sich in dem äusseren Bilde der Gewerkschaften in den nächsten Jahren ganz bedeutsame Aenderungen vollziehen werden. Es ist sicherlich nicht die Liebe zu den Industrieverbänden, die diese ganze Konzentrationsbewegung verursacht hat. Es sind in der Hauptsache ökonomische Gründe, die zur Konzentration der Gewerkschaften nötigen. Im ganzen wirtschaftlichen Leben drängt alles auf Konzentration, die Gewerkschaften würden schwere Enttäuschungen erfahren, wenn sie angesichts dieser auf die Konzentration gerichteten wirtschaftlichen Tendenzen die Zersplitterung in den eigenen Reihen bestehen lassen wollten. Eine Verminderung der Erfolgfähigkeit der Gewerkschaften und schwere organisatorische Rückschläge wären für die gewerkschaftliche Bewegung die Folge dieser Gleichgültigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber. Für die Gewerkschaften muss als Grundsatz gelten, dass ihre Widerstandskräfte sich stets mehr steigern müssen, als die Angriffskraft der Unternehmer wächst. So wird die Konzentration der Gewerkschaften zur zwingenden Pflicht selbst da, wo die wirtschaftliche Entwicklung die verwandten Branchen und Berufe noch nicht näher gebracht hat.

Daneben spielen bei den Diskussionen und Verhandlungen der Organisationen auf weitgehenden Zusammenschluss auch rein organisatorische Gründe eine grosse Rolle. Grosse Organisationen sind sehr viel billiger in der Verwaltung und viel leistungsfähiger. Sie können bei jeder Aktion grössere Kräfte einsetzen und deshalb mit grösserer Aussicht auf Erfolg arbeiten als kleinere Organisationen, die dafür, dass sie eine sehr kostspielige Existenz führen, auch noch bei grossen Aktionen und in Zeiten der Krise mit der Möglichkeit des Zusammenbruches rechnen müssen. Diese Erwägungen, die sich zumeist auf praktische Erfahrungen stützen, sind es, die schliesslich zur Durchführung einer weitgehenden Konzentration der Gewerkschaften führen werden, mag man sich zunächst auch noch gegen den Gedanken der Aufgabe der so lieb gewordenen kleinen Branchenorganisation sträuben, so viel man will.

Max Winter: Wirkungen der Krise in der Hohlglasindustrie von Haida-Steinschönau

Ueber die Hohlglasindustrie in Nordböhmen sind wieder einmal schwere Zeiten gekommen. Die amerikanische Geldkrise, die nachfolgende Spannung wegen der Präsidentenwahl, die Baumwollkrise in Indien und ihre Begleiterin, die Hungersnot, hatten schon im Jahre 1908 im Haida-Steinschönauer Industriegebiet grösseren Arbeitsmangel zur Folge und was den überseeischen Einflüssen auf dem so überempfindlichen Glasmarkt nicht gelang, das vollendete glücklich die Aehrenthalsche Annexionspolitik, als deren erste Folge der Boykott österreichischer Erzeugnisse in der Türkei zu verzeichnen war. So haben denn die Glasarbeiter dieses Industriebezirkes ein böses Jahr und einen durch seine Strenge und durch die Arbeitslosigkeit doppelt schlimmen Winter hinter sich und, was noch niederdrückender ist, eine böse Zeit vor sich. Noch lange nicht ist die Krise überwunden, und glaubt man den Schwarzsehern, so wird sie noch weit in den Sommer hineindauern und dem einen mageren Jahr ein zweites anreihen.

Es war im Februar, als ich in dem so schwer heimgesuchten Gebiet weilen und einige Blicke in die Industrie machen konnte, in die altgerühmte Hohlglasindustrie von Haida-Steinschönau, von deren hohem Rang als österreichisches Kunstgewerbe das vom Fachverband der Arbeiter errichtete Museum im Haidauer Amtsgebäude Kunde gibt. Ein kunstfertiges Volk, begabt und ideenreich, unermüdet nach Neuem sinnend, zähe in dem Gedanken, durch Vervollkommnung der Industrie in dem Ringen auf dem Weltmarkt einen vornehmen Platz zu sichern — so treten uns in diesem Museum die Glasdekorateure, die Maler, Graveure, Kugler und Schleifer entgegen. Und was haben die Mittler zwischen den Arbeitern und dem Weltmarkt — die „Raffineure“, die selbst nichts raffinieren — aus diesen gemacht? Kraftlose Proletarier, die früh dahinsiechen, die zu Tausenden der Tuberkulose aufgeopfert werden, die nie satt werden können, deren Begabung nicht gepflegt, im Gegenteil zu gewissenloser Schleuderarbeit gezwungen und dadurch zugrunde gerichtet wird; kraftlose Proletarier, die, gleichwohl sie denkende Menschen sind und wissen, wie ihnen und der Industrie zu helfen wäre, dennoch ausserstande sind, im Wege der Vereinigung aller den selbstsüchtigen Mördern dieser Industrie Schranken zu setzen. Der Staat aber, der das höchste Interesse hätte, diesem System ein Ende zu machen und eine leistungsfähige Kunstindustrie zu erhalten, sieht tatenlos zu, er gewährt wohl den Prozess, der aus kräftigen, kunstgeübten Arbeitern kraftlose, in den Trott der Massenarbeit gezwungene Proletarier macht, der aus einer konkurrenzfähigen Kunstindustrie eine Hungerindustrie billigster Massenartikel macht, der die Besten ausser Landes treibt und die Reihen der an die Scholle Gebundenen lichtet, er gewährt den Prozess, er forscht durch seine Gewerbeinspektoren seinen Ursachen nach, lässt diese nach Mitteln sinnen, wie doch zu helfen wäre — weiss er aber das Mittel, dann lässt er alles beim alten und nur in Zeiten besonders schlimmer Not greift er in die Notstandskasse und wirft den Verhungerten einen Bettel hin. So ist denn die Haida-Steinschönauer Industrie eigentlich seit zwei Jahrzehnten in einer dauernden Krise, die nur ab und zu durch eine gute Saison unterbrochen ist, die aber kaum die Schäden der knapp vorhergegangenen Zeit der Arbeitslosigkeit wettmachen kann.

Einige Ziffern beweisen dies schlagend. Nach einer von der Arbeiterorganisation, dem Fachverband, vorgenommenen Betriebs-, Arbeiter- und Arbeitslosenzählung waren 1891 im Haida-Steinschönauer Industriegebiet noch 4677 Arbeiter beschäftigt; 1902 nur mehr 3659 oder rund 80 Prozent der früheren Zahl. Von diesen waren 1312 arbeitslos oder 35·8 Prozent aller. Im Jahre 1908 wurden abermals, leider nur teilweise, Arbeitslosenzählungen vorgenommen. Eine vom Jahrbeginn bis Mitte August, die andere von Mitte August bis Ende Dezember. Beide Zählungen umfassten die Orte Steinschönau, Blottendorf, Schaiba, Haida, Arnsdorf, Langenau, Ober-Preschkau, Meistersdorf, Ullrichthal, Pihl und Johannesdorf und erstreckten sich auf 72·8 Prozent aller 1902 gezählten Arbeiter. Die Zählung nahm die alte, seit 1902 aber durch Tod, durch Abreise und durch Aufgeben des Hungerberufes wieder wesentlich verminderte Arbeiterzahl als Basis an und zählte nur die Arbeitslosen. Dadurch ist das wahre Bild zu ungunsten der Arbeiter verschoben. Dennoch ist es weit schlimmer als bei der letzten akuten Krise im Jahre 1902. Von 2447 (laut Zählung von 1902 als vorhanden angenommenen) Arbeitern waren in der ersten Hälfte 1439 oder 58·7 Prozent aller Arbeiter in diesen Orten arbeitslos. Zusammen mussten sie 66.282 Tage feiern. In der zweiten Hälfte feierten 1679 oder 68·6 Prozent aller und insgesamt verloren sie 100.302 Arbeitstage. In Falkenau-Kittlitz nahm neben der Organisation die Gemeinde eine ganzjährige Arbeitslosenzählung vor. Dort wurden 1902 im ganzen 217 Arbeiter, nun 179 Arbeitslose gezählt oder 82·5 Prozent aller und diese feierten 21.480 Tage. Zusammen ergibt sich folgendes Bild der

Zählung der Organisation und der Gemeinde Falkenau

	Vorhandene Arbeiter	Davon arbeitslos		Verlorene Arbeitstage
		im Jahresdurchschnitt	in Prozenten	
Jänner-August	2447	1439	58·7	66.282
August-Dezember		1679	68·6	100.302
	217	179	82·5	21.480
	2664	—	1738	188.064

2664 Arbeiter sind nach der Zählung von 1902 72,8 Prozent aller, die Arbeitslosen-zählung von 1908 erstreckte sich also auf etwa drei Viertel aller Arbeiter. Diesen gingen 188.064 Arbeitstage 1908 verloren, nach diesem Schlüssel also allen 3659 Arbeitern 258.329 Arbeitstage oder jedem $70\frac{1}{2}$ Tage von 300 Arbeitstagen im Jahre, somit war jeder gezwungen, ein Viertel der Arbeitszeit zu feiern.

Um den Gesamtverdienstverlust zu ermitteln, den die Arbeiter 1908 erlitten haben, müssen wir mangels neuer Erhebungen hierüber die Ziffern von 1902 zur Grundlage nehmen. Damals wurden 19.802 verlorene Arbeitstage mit einem Gesamtverdienstentgang von 39.604 K oder ein Tag mit 2 K bewertet. Seither sind die Verhältnisse nicht besser, eher etwas schlechter geworden. Der Arbeitstag musste ausgedehnt werden, um denselben Durchschnittsverdienst zu erzielen. Wir können also den Tagesverdienst nach wie vor mit 2 K annehmen. War er geringer, um so schlimmer! Demnach aber haben die Arbeiter im Steinschönau-Haidaer Industriegebiet 1908 eine Gesamteinbusse an Lohn von 516.658 K erlitten, mehr als eine halbe Million Kronen, jeder einzelne büsste von seiner in normalen Zeiten durchschnittlich 600 K betragenden Jahreseinnahme 141 K ein. Die Grösse des Verlustes vermag ganz nur der zu erfassen, der weiss, wie gedrückt die Lebenshaltung der Glasarbeiter schon in krisenfreien Zeiten, also bei voller Arbeit ist.

Einiges darüber lässt sich aus dem 1900 erschienenen Gewerbeinspektorenbericht über die „Heimarbeit in Oesterreich“ herauslesen. So schreibt Herr Gewerbeinspektor Karl Hauck zum Beispiel über die Glasschleifer in diesem Gebiet:

„Lungenleiden sind unter den Schleifern allgemein verbreitet und deren häufigste Todesursache, so dass unter den Schleifern selbst das dreissigste Lebensjahr als die normale Altersgrenze, die sie bei regelmässiger Ausübung des Berufes erreichen, angesehen wird. Das stete Zusammensein tuberkulöser Arbeiter mit den gesunden Personen leistet der Verbreitung dieser Krankheiten immer neuen Vorschub. Leider stehen die Organe der Gewerbeinspektion diesen traurigen Zuständen ganz machtlos gegenüber, solange nicht auch die Heimarbeit, wenigstens bis zu einem gewissen Masse unter die gewerbegesetzlichen Bestimmungen gestellt wird.“

Zu all den nachteiligen Einflüssen kommt noch, dass die tägliche normale Arbeitszeit je nach dem Geschäftsgang 12 bis 15 Stunden beträgt, ab und zu (namentlich Donnerstag und Freitag) sogar noch überschritten wird. Bei einer derartig langen Arbeitszeit können Wasserschleifer einen Durchschnittsverdienst von 5 bis 6 fl. erzielen, während Trempler, die (weil sie nicht Wasser, sondern Fussantrieb haben) weniger schnell vorwärts kommen, zwei Drittel dieses Einkommens erreichen.“

Von den Kuglern erzählt Herr Hauck unter anderem:

„Die Wohn- und Werkstätten der Kugler gleichen jenen der Schleifer, insbesondere auch darin, dass ihre Reinhaltung bei dem immerwährenden Manipulieren mit Wasser, Sand und Einbindstroh schwer möglich ist. Die Wohnungen aber noch verschlechternd ist der Umstand, dass abends meist nicht bei Petroleum, sondern bei zylinderlosen Oellämpchen (Grubenlichtern) gearbeitet wird, welche den Raum mit dichtem Qualm erfüllen und die Decken und die Wände schwärzen. Die meisten Kugler halten an diesem alten Gebrauch fest, angeblich, weil durch das unvermeidliche Spritzen des Schleifrades bei Petroleumlampen zu viel Zylinder springen.“

Von den „Einbohrern“, jenen Arbeitern, welche die Glasstöpsel in die Flaschen einpassen, einbohren, einschrauben, berichtet derselbe amtliche Gewährsmann, dass sie, eine 12- bis 15stündige tägliche Arbeitszeit vorausgesetzt, Wochenverdienste von 2 fl. 50 kr. bis 5 fl. erreichen können, dass aber „der mittlere Verdienst höchstens mit 1 fl. 50 kr. bis 2 fl. per Woche bemessen werden kann“. Und weiter: „Durch die Art der Beschäftigung leidet die Gesundheit der Einbohrer nicht nennenswert, viel mehr durch die bittere, oft monatelange Not, welcher diese Leute ausgesetzt sind.“

Dabei ist es nützlich, ein Geschichtchen zu erzählen, das uns die Wirkungen der Aehrenthalschen Politik zeigt. Die Türken sind höfliche Leute. Kommt ein Gast zu ihnen, so empfangen sie ihn in allen Ehren und besprengen ihn — ganz im Gegensatz zu dem bei uns landesüblichen derben Spruch vom Rosenwasser, der schon manch einem unliebsamen Gast zum Abschied nachgerufen worden ist — mit Rosenöl. Dieses haben sie in Spritzflaschen aufbewahrt, die etwa die Form von aufgestellten Rüben haben. Damit beim Besprengen des Gastes nicht der Stöpsel aus dem engen Hals der Flasche fliege, ist dieser mit einem Gewinde eingedreht und seiner Höhe nach fein durchbohrt.

Durch dieses Bohrloch spritzt das Oel. Diese „türkischen Spritzflaschen“ werden im Haida-Steinschönauer Industriegebiet erzeugt und die Einbohrer sind es, die diese Flaschen zweckmässig herrichten: unter schlimmsten Arbeitsbedingungen, wie der zitierte Bericht ausführt. Zur Illustration ein Beispiel: „Ein diese Spritzflaschen behandelnder Arbeiter verdiente mit seinem Gehilfen und mit seiner Frau, welche das Transportieren und Waschen der Ware sowie das Heraussuchen der am besten zueinander passenden Flaschen und Stöpsel besorgte, zusammen bei 14stündiger täglicher Arbeitszeit rund 6 fl. wöchentlich, wovon er seinem verheirateten Gehilfen 2 fl. als Wochenlohn wegzahlen musste.“ Eine der Wirkungen der Annexion Bosniens war es nun, dass sich die Türken als unhöfliche Leute zeigten, dass sie die aus Oesterreich kommenden Waren boykottierten, auch die Spritzflaschen, und so sind denn gerade diese, normal schon schlimmster, ans Leben gehender Not ausgelieferten Arbeiter dank der Aehrenthalschen Politik den ganzen Winter über zum Hungern verurteilt gewesen.

Kaum viel besser geht es den Graveuren und Glasschneidern, den Mattierern und Aetzern, deren Beruf so gesundheitsschädlich ist, dass sie, so gern sie den Sonntag auch zur Arbeit heranziehen wollten, nach ihrer Aussage Sonntags immer im Freien sein müssen, „weil sonst die Atemnot unerträglich würde“, und natürlich auch den Malern. Die besten Malergehilfen verdienen bei voller Beschäftigung 18 K wöchentlich, während die minderen, besonders die „Kaltmaler“, welche die billigste Ware, die für die Marktfahrer, dekorieren, „mit 1 fl. 50 kr. bis 2 fl. zufrieden sein müssen“. Kaltmaler mit etwas besserer Arbeit kommen auf 6 bis 8 K wöchentlich, die Kaltmalermmeister etwas höher. Auch unter den Kaltmalern sind viele Brenner, aber da sie bei der Brennmalerei von der Bleikrankheit heimgesucht wurden, dank dem Bleigehalt der Farben, mussten sie sich der Kaltmalerei zuwenden, die wohl diese Gefahr nicht in sich birgt, die aber die Menschen zum langsamen Hungertod verurteilt.

Nur von einem solchen sei erzählt. Auch ihn zwang in das Joch der Kaltmalerei die Bleikrankheit, die nach Hauck „nicht nur bei den Unsaubersten, sondern hauptsächlich wieder bei den Aermsten oder Fleissigsten darum auftritt, weil sich diese nicht Zeit nehmen, vor den Mahlzeiten die Hände und den Bart entsprechend zu reinigen“. Wir treffen ihn in der einzigen Stube, welche ihm und seiner Familie den Winter über zur Verfügung steht — im Sommer kann auch eine Dachbodenkammer zum Schlafen benützt werden — in voller Arbeit. Er bemalt Vasen billigster Sorte. Längs der fünf kleinen Fenster der länglichen Stube ist der Arbeitstisch des Malers, farbenbekleckte Bretter, die hie und da durch einen Fuss unterstützt sind. Darauf hat er seine „Arbeit“ stehen. 190 etwa 20 Zentimeter hohe Vasen aus ordinärem grünen Glas, deren oberer Rand unecht vergoldet werden muss und auf deren Aussenfläche ein schon mehr als primitives Bukett gemalt werden muss. Jahrmarktware für die weltabgeschiedensten Dörfer. Sie zu bemalen ist sein Tagespensum. Er bringt es fertig, wenn er von 6 Uhr morgens bis in die sinkende Nacht, bis 10 und 11 Uhr abends darüber sitzt, wenn er also 14 bis 16 Stunden arbeitet, „was ne in Ordnung ist“, wie er selber meint, oder in 12 Stunden, wenn die Frau und die Kinder mit-helfen. Die Frau holt die Vasen in ihrem Rückenkorb vom „Verleger“, dem Mittler zwischen Arbeiter und Markt, und liefert sie wieder ab und die Kinder müssen die „Kanteln“ — die oberen Ränder — vergolden, oder sie schablonieren Blumen auf die Vasen, Vorarbeit für den Vater, der dann mit der „Handmalerei“ das Werk vollendet. Jedes Stück muss vier- bis fünfmal durch seine Hände, ehe es fertig ist. Und der Lohn? 1 h für das Stück, K 1'90 also für 190 Stück, und davon muss er noch das Gold, die Farben, die Pinsel kaufen und die Arbeitsstube so warm halten, dass das ölbemalte Zeug rasch trocknet. Ohne Kohle hat er 50 bis 60 h Auslagen auf diesem Auftrag. Es bleiben ihm rein für eigene 12stündige Arbeit, für die Mitarbeit seiner Kinder und seiner Frau K 1'30 bis K 1'40. Und die Kohlen? „Wie es heuer gerade ist,“ sagt darauf die blutlose Frau des Malers, „jetzt muss man alle Tage einen halben Zentner heizen. Die Kohlen fressen aus dem Briefftaschl. Alle Tage 26 Kreuzer.“

„So bleibt also reiner Verdienst 82 bis 92 h im Tag?“

„Es ist ne mieh,“ sagt der Mann fast tonlos, „und das ist's nicht alle Tage. Ich

musste auch schon Vasen dekorieren 3 Stück um einen Heller, und oft gibt's überhaupt keene Arbeit.“

„Wie leben Sie denn da? Was bekommen Sie denn Wirtschaftsgeld?“ frage ich die Frau.

„Wie die Kreuzer kommen, da gibt's keen Wirtschaftsgeld. Man muss halt zu elende laben, zehn Gülden möchten alle Woche sein.“

Dann rechnen wir und wir erhalten folgende Haushaltsrechnung einer siebenköpfigen Familie, die aus Vater und Mutter und fünf Kindern, 17, 13, 10, 7 Jahre und 20 Wochen alt, besteht. Der Verbrauch dieser Familie in einer Woche ist:

7 3-Kilobrote à 82 h	K 5·74
am Sonntag Semmeln	—20
Bohnenkaffee	—36
Kneippkaffee (Malzkaffee)	—20
3 ¹ / ₂ Liter Milch (¹ / ₂ Liter täglich) à 18 h	—63
2 Kilogramm Zucker à 82 h	1·64
1 Viertel Kartoffeln	1·20
1 Pfund Unschlitt	—64
¹ / ₂ „ Margarine	—50
¹ / ₂ „ Ceres	—16
¹ / ₄ „ Speck	—25
	<hr/>
	K 11·52

Der den Winter über beobachtete Durchschnittsverdienst dieser Arnsdorfer Familie beträgt nach Abzug der Auslagen für Farben und Kohle 3 bis 5 K. Es muss sich also selbst bei dieser allerbescheidensten Lebenshaltung, die bei der Ermittlung der Haushaltsrechnung einigemal höchst drastisch illustriert wird, Woche für Woche ein namhaftes Defizit ergeben. Zu beachten ist bei dieser Haushaltsrechnung, dass nicht ein Heller für Miete gerechnet ist — diese beträgt 15 K monatlich und die Familie ist drei Monate im Rückstand. Samt der Miete sind dem Maler, der höchstens drei bis vier Tage in der Woche überhaupt Arbeit hat, seit dem Herbst 260 K Schulden erwachsen, die sich auf den Bäcker und Hausbesitzer und auf den „Laden“ — den Kaufmann — verteilen. Ohne diesen Kredit hätte die Familie schon verhungern müssen.

Die Wohnung ist feucht und dumpf und so niedrig gelegen, dass bei einem Hochwasser die Fluten bei einem Fenster hereinkamen und beim anderen abflossen. Wir stellen das fest.

Die Antwort der Bewohner: „Man muss ock froh sein, wo zu sitzen. Es ist viel Schweinerei mit der Kaltmalerei. Es gibt kein langsames Arbeiten. Aus dem Stroh herauswickeln und dann wieder einpacken. Das verschmutzt das ganze Haus. Kein Hausherr nimmt gerne einen Kaltmaler.“

Wir forschen nach dem Kaffeerezept.

Die Antwort der Frau: „Der reisst einem nicht üm, es ist gerade, dass das Wasser braune wird.“

„Und einen halben Liter Milch für Sieben und so wenig Zucker!?“

„Da sind manchmal Tage, da ass'n ma'n schwarz, da ass'n ma'n bitter, wie jetzt die Tage sind. Das Kind muss laben.“ Damit meint die Frau den Säugling.

„Wie oft trinken Sie Kaffee im Tag und wie viel?“

„Früh', Mitt'ch und Abend, wenn keine Suppe ist. Jedem ein ‚Seidel‘.“

„Ein böhmisches Seidel,“ mengt sich mein Führer ein, „fast ein halber Liter.“

Das sind also $3 \times 7 = 21$ Seideln im Tag oder 147 in der Woche oder rund 70 Liter Kaffee, geschwärzt von Bohnen um 36 h und Gerste um 20 h und gesüsst von zwei Kilogramm Zucker?

„Wenn gute Zeiten sind, sonst muss er bitter getrunken werden. Zucker kostet ein Sündengeld.“

Die Kartoffeln. Täglich ein Häfen voll.

Die Erläuterung der Frau: „Wenn man keine Kreuzer hat, macht man alle Tage etwas von Arep'ln. Wenn Kreuzer sein, macht man etwas von Mahle (Mehl), von Reis, verschieden. . .“

In der Haushaltsrechnung ist kein Heller für den „Luxusartikel“ Mehl eingestellt. „Fleisch?“

„Jesus Maria, Fleisch! . . . Davon ist halt nicht die Rede. Sonst haben wir zweimal Fleisch in der Woche. Jetzt hat man eine Inslichttunke. . . . Um fünf Kreuzer Inslicht und ein paar Arep'l.“

Da wir vom Fett reden, muss der Mann mit seinen Weltmarktkenntnissen aus-
helfen. Die Frau kennt nur den Preis der Margarine und des „Ceres“.

„Was kostet denn die Naturbutter?“

„Butter kann ich nicht kaufen.“

„Aber den Preis werden Sie kennen.“

„Nein.“ (Zum Mann gewendet:) „Was kostet denn die gute im Laden?“

Der Mann: „38 Kreuzer das Halbpfund.“

Der Wärme wegen schläft die Familie im Arbeits- und Kochraum. Ein Bett steht darin. Darin liegt die Mutter mit drei Kindern, der Säugling schläft im Kinderwagen, der Vater und der älteste Bub' liegen auf einem Strohsack auf dem schmierigen, halb-
morschen Fussboden.

Dieses Bild, dem viele andere gleich schlimme, gleich furchtbare angereicht werden könnten, möge als Typus die Schilderungen der normalen Zustände durch den Gewerbe-
inspektor ergänzen und zeigen, wie dringend hier Staatshilfe ist und wie gross sie sein muss.

Diese Not hat den „Fachverband der Arbeiter von der Glas- und Keramikwaren-
branche in Nordböhmen, Steinschönau“ bestimmt, schon nach der Augusterhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit der Statthalterei in Prag Kunde zu geben, dass in diesem Industriegebiet die Menschen buchstäblich hungern. Das war am 16. September 1908. Der Verband schilderte, dass er bis Mitte August 6000 K Arbeitslosen-
unterstützung ausbezahlt habe. Wie unzulänglich diese Summe solcher Not gegen-
über sei, zeigte richtig die nächste Zukunft, deren Jammer nur durch das bosnische Abenteuer noch verschärft wurde. Man forderte: 1. Beschaffung ausreichender anderer Arbeitsgelegenheiten; 2. eine entsprechende Summe zur Arbeitslosenunterstützung; 3. Nach-
lass der Erwerbsteuer. Dann aber vorbeugende Massregeln für die Zukunft, als solche: 1. Stärkung, eventuell Subventionierung der Gewerkschaften als Versicherungs-
institute gegen Arbeitslosigkeit; 2. Hebung der Leistungsfähigkeit der Industrie; 3. Er-
weiterung der Absatzgebiete für die Erzeugnisse; 4. Ansiedlung neuer Industrien in dieser Gegend. Die Statthalterei hat auf die „ergebenste Bitte, diesen Ausführungen ihre gütige Aufmerksamkeit zu schenken“, zunächst den Amtsweg beschritten, sie hat die Zentralbehörden aufmerksam gemacht. Zwei Monate später, am 9. November fand in Haida eine Konferenz der Gemeindevorsteher und der Reichenberger Handels-
kammer statt, als deren Frucht eine private Wohltätigkeitsaktion durch Samm-
lungen und Verteilung der Sammelgelder herauskam. Diese vom Bezirksobmann zusammen-
getrommelte Beratung mag dem Mitgefühl mit den Hungernden ebenso wie der Furcht vor den kommenden trostlosen Zuständen zu danken gewesen sein. Aber diese Bettel-
sackaktion liess die Arbeiter fürchten, dass damit der Regierung eine Möglichkeit geboten sei, der unbequemen Pflicht, zu helfen, zu entschlüpfen.

Das veranlasste den Verband im Dezember zu einer zweiten Eingabe an die Statt-
halterei, in der er, das Korrumperende privater Wohltätigkeit richtig darstellend, „auf das entschiedenste dagegen protestierte, dass die Not der Arbeiter, wie im vorliegenden Falle, zu politischen und demagogischen Zwecken missbraucht wird. Verschiedene politische Parteien haben sich der Sache bemächtigt, veranstalteten Sammlungen für ihre Gesinnungs-
genossen und benützten diese Gelegenheit, der Arbeiterpartei nach Möglichkeit eins zu versetzen. Es ist ein frevles Spiel, die Lage noch dadurch zu verschlimmern, dass zu der Not noch die Erbitterung dadurch in die Arbeiterschaft getragen wird, dass man ihnen zumutet und sie indirekt veranlassen will, um ein Stück Brot charakterlos zu werden und ihre Gesinnung zu verleugnen“. Dann fordert der Verband, dass sich der Staat durch seine Organe sofort an die Spitze der Hilfsaktion stelle und dass er während der Wintermonate den betroffenen Familien allwöchentliche Unter-
stützungen von 6 bis 10 Kronen zukommen lasse. Diese Forderung sei ein moralisches Recht. „Der Staat verpflichtet jedermann, also auch die Arbeiter, dass sie zu seinem Bestand und seinem Unterhalt das ihrige beitragen, sei es durch

direkte oder indirekte Abgaben oder durch Leistung der Militärpflicht. Schon aus diesem Grunde sind die Arbeiter berechtigt, vom Staate zu fordern, dass er Zustände schaffe, welche es ihnen ermöglichen, ihre Arbeitskraft, die Grundlage ihrer Existenz, jederzeit verwerten zu können.“ Unverbindlich schätzt schliesslich der Verband die Kosten der momentan notwendigen Hilfsaktion auf 40.000 bis 50.000 K, er musste jede weitere Verantwortung ablehnen.

Was geschah nun?

Am 28. Dezember wurde in Steinschönau eine mündliche Umfrage, eine Enquete veranstaltet und nachdem die Delegierten der Handelskammer und der Staatsbehörden die vielen dabei laut gewordenen Wünsche gehört hatten, wurde ein Vollzugsausschuss eingesetzt, der gewissermassen das Exekutivorgan der für den Moment und für die Zukunft nötigen Hilfshandlungen sein soll. Für den Moment machten zwei Ministerien, das Handelsministerium aus dem Exportförderungsfonds und das Ministerium für öffentliche Arbeiten aus dem Gewerbeförderungsfonds je 20.000 K flüssig, über deren Verteilung endlich in der dritten Februarwoche, nachdem schon die Not aufs allerhöchste gestiegen war, beraten wurde. Angelangt sind übrigens erst 20.000 K und auch diese waren am 20. März noch nicht verteilt. Die Verteilung soll durch die Gemeinden erfolgen. Diese müssen zuerst eine Liste der Unterstützungsbedürftigen ermitteln, der Vollzugsausschuss prüft die Listen und folgt dann den Gemeinden die prozentuell entfallenden Beträge aus. Für die Zukunft aber sollen, soweit die Wiener Zentralbehörden informiert sind, Massnahmen getroffen werden, erstens um die fachliche Qualifikation zu heben (dies durch Einführung neuer Artikel, Schaffung neuer Muster, Ausgestaltung der Schulen, Angliederung eines Versuchsofens an die Fachschule in Haida); zweitens durch wirtschaftliche Organisierung der Heimarbeiter. Aehnlich wie in Sonneberg soll für die Schleifer durch den Gewerbeförderungsdienst eine Musterbetriebsstätte geschaffen werden, es sollen auch den Heimarbeitern des Haida-Steinschönauer Kreises Arbeitsheime ermöglicht werden. Wie wäre es, wenn man in den Kreis dieser Organisationsarbeit jene einbezöge, die ohne jedes Risiko, auch ohne das Risiko des Kapitalisten, heute die Geschäfte machen und in guten Zeiten Reichtümer sammeln, die Verleger, die sich den Kunden gegenüber Raffineure nennen, ohne je etwas selbst zu raffinieren, die nur das Glas von der Hütte kaufen und es dann zur Dekoration an die Heimarbeiter weitergeben? Wären sie, was ihr Name sagt, was sie auch nach aussen hin scheinen wollen, dann müssten sie ja die Werkstätten erstellen und dadurch allein wäre von den Heimarbeitern die schlimmste Plackerei genommen. Ihr Heim könnte ihnen Wohnung sein und sie brauchten ihre Frauen nicht zu schwer ausgebeuteten Lasttieren zu erniedrigen; auch ihre Kinder wären davor gefeit, in zartem Alter schon in den Bannkreis der mörderischen Industrie gezogen zu werden. Ist es dem Vollzugsausschuss und den Zentralbehörden ernst um die altberühmte Haida-Steinschönauer Glasindustrie, dann werden sie nicht nur die Heimarbeiter versuchen, wirtschaftlich zu organisieren, sondern sie werden auch die „Raffineure“ verhalten müssen, ihren Teil der Pflichten zu tragen. Erst dann sind auch diese lebendige Glieder dieser Industrie, erst dann werden auch sie Interesse haben, diese Industrie zu erhalten.

Johann Polach: Das Gesetz der natürlichen und der gesellschaftlichen Auslese

Die Entwicklung des wissenschaftlichen Erkennens zeigt im allgemeinen zwei Tendenzen, die bisweilen parallel gehen, bisweilen einander ablösen, die man andeutungsweise als differenzierende und als konzentrierende bezeichnen könnte. Der ersteren dankt man alle Fortschritte des positiven, exakten Wissens, die Verselbständigung der wissenschaftlichen Disziplinen überhaupt, das Entstehen besonderer Arbeitsmethoden; die konzentrierende Tendenz hingegen sucht die Resultate der auseinanderstrebenden Wissenschaften zusammenzufassen, sie sucht nach Aussichtspunkten, von denen aus ein Gesamtbild über alle und

aus allen spezialwissenschaftlichen Erkenntnissen gewonnen werden soll. In früheren Zeiten konnte man mit Recht diese konzentrierende Tendenz mit der philosophischen identifizieren. Denn die Philosophie war in ihrer Vieldeutigkeit und Unbestimmtheit Ausgangs- und Zielpunkt von Fragen, deren ernstere Behandlung die Entstehung der besonderen Disziplinen aus dem Schosse der „allgemeinen Wissenschaft“, Philosophie genannt, erst zeitigte. Diese im Interesse der Wissenschaftsentwicklung gelegene „Expropriation“ der Philosophie ist in unseren Tagen abgeschlossen, was in heiterer Weise sich auch darin dokumentiert, dass jeder Philosoph sich auf eine besondere Aufgabe der Philosophie besinnt und jeder auf eine andere. Aber trotzdem ist das Bestreben, aus den speziellen Resultaten verschiedenergerichteter Forschung allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen, geblieben; sei es, dass man aus den letzten Resultaten der Natur- und Geisteswissenschaften eine Art „Weltanschauung“ gewinnen will, sei es, dass man von ihnen eine Denkmethode abziehen, ein Instrument schaffen will, das nach beiden Richtungen funktioniert. Meistens sind es die grossen Theorien und Hypothesen, die auch den nüchternen pedantischen Forscher verleiten, die ihm durch die Natur seines Forschungsgebietes gebotenen Grenzen zu überschreiten.

So ist es denn gekommen, dass die Darwinsche Theorie, die in der Naturforschung die grosse Revolution bedeutete, aufgehört hat — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe hier unerörtert — ein Problem der Naturwissenschaft, der Biologie zu sein und begonnen hat, in den Geisteswissenschaften, besonders in den Sozialwissenschaften, herumzuspuken. In den Naturwissenschaften von Gegnern des Darwinismus als „Hypothese“ herabgewürdigt, wurde sie hier bezeichnenderweise nicht nur von ihren Anhängern zum anspruchsvollen „logischen Postulat“ erhoben. Es war nicht zu verwundern, dass man besonders Darwins Lehre von der natürlichen Auslese im Daseinskampfe sehr bald auf geschichtliche und soziale Tatsachen zu übertragen und zur Kritik des wissenschaftlichen Sozialismus anzuwenden begann. Von manchem wird es ja im guten Glauben geschehen sein. Mit dem durch bürgerliches Klassenempfinden geschürten Eifer und mit einer die Resultate vorwegnehmenden Eile behaupteten Schüler Darwins die Unverträglichkeit der Postulate des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Lehre von der natürlichen Zuchtwahl. Unter den Auspizien Ernst Haeckels und H. E. Zieglers erschien eine Reihe von Preisschriften zu der Frage: „Was lernen wir aus den Prinzipien der Deszendenztheorie in Beziehung auf die innerpolitische Entwicklung und Gesetzgebung der Staaten?“ die sich im Sinne der Preisausschreibung auch zur Sozialdemokratie zu äussern hatten. Nichts ist diesen Preisschriften so gemeinsam als die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie, was die Preisrichter zu der für brave Staatsbürger und fromme Gemüter erhebenden Bemerkung veranlasst, dass man die Deszendenzlehre mit Unrecht des politischen Radikalismus und der Auflösung der Moral beschuldigte.

In der Annahme, dass sich die Deszendenzlehre ohneweiters als Kritik für soziale Erscheinungen anwenden lasse, unterscheiden sich die Darwinisten unvorteilhaft von Darwin selbst, der in dem bekannten Briefe an Marx, in welchem er ihm für die Uebersendung des „Kapital“ dankt, es ablehnt, über soziale Tatsachen als Naturhistoriker zu urteilen. Auch in einem Brief an den Privatdozenten Dr. Thiel, der den Grundgedanken des Darwinschen Konkurrenzprinzips auf die Beziehungen der Menschen zueinander angewendet wissen will, äussert sich Darwin in einem Schreiben mit den Worten: „Es ist mir früher nicht beigefallen, dass meine Ansichten auf so weit abweichende und höchst wichtige Gegenstände ausgedehnt werden könnten.“* Bei ihrer Gegnerschaft zum Sozialismus verschmähten es die „naturwissenschaftlichen“ Gegner und Widerleger des Sozialismus, sich mit den Werken Marx' und Engels' zu beschäftigen, so dass die Kühnheit ihrer Behauptung durch keine ernste Sachkenntnis getrübt wird.

Machen wir uns vorerst klar, was wir von Darwin über die Gesetze des natürlichen Geschehens Neues erfahren. Schon im Jahre 1809 hatte der französische Naturforscher Lamarck in seiner „Philosophie der Zoologie“ gezeigt, dass die Formen der Tiere und Pflanzen aus einfachen Stammformen durch allmähliche Umbildung entstanden sind und dass dies durch Anpassung an die Umgebung und durch Vererbung geschehen sei. Zu dieser von Lamarck begründeten Deszendenzlehre (Abstammungslehre)

* Preyer, Darwin, sein Leben und Wirken. 1896. S. 168.

fügte Darwin die Selektionslehre (Züchtungslehre). Ausgehend von dem durch Malthus erkannten Streben der Individuen nach äusserster Vermehrung, durch welches, wie es in Darwins „Entstehung der Arten“ heisst, „die Erde bald von den Nachkommen eines einzigen Paares bedeckt wäre, wenn es keinerlei Vernichtung ausgesetzt wäre“, untersucht er die Gesetze der Auslese (Selektion). Er findet, dass von dem Nachwuchs eines Paares der grösste Teil lange vor der Geschlechtsreife, im Kampfe um die Nahrung zugrunde gehe; erhalten blieben bloss die Tüchtigeren, die besser Angepassten. (Die Anpassung selbst werde ermöglicht durch eine günstige Mischung der vom Elternpaar gegebenen Eigenschaften.) Zu dieser mörderischen natürlichen Auslese tritt zur Zeit der Geschlechtsreife eine besondere, die geschlechtliche Auslese. Nur ein Teil der von der natürlichen Auslese Verschonten wird zur Fortpflanzung der Gattung zugelassen. Je grösser das Missverhältnis zwischen der tatsächlichen Vermehrung und den vorhandenen Nahrungsmitteln, desto leidenschaftlicher der Kampf ums Dasein, desto besser aber auch die Auslese, desto fortschrittlicher im Sinne der Artverbesserung. „Aus Hunger und Tod geht das Höchste, was wir zu fassen vermögen, die Produktion höherer Organismen direkt hervor.“ (Darwin: „Entstehung der Arten.“) Hingegen führen allzu günstige Daseinsbedingungen, die den Kampf mildern oder gar ausschalten, in der Natur zur Entartung. Nahrungsgewinnung ohne Mühe, Genuss ohne Kampf haben eine artverschlechternde, eine antiselektorische Wirkung. Der Kampf ist Bedingung des Fortschrittes, der Fortentwicklung. Wichtig aber ist für den Daseinskampf der Gattung die Vererbung erworbener Eigenschaften. Darwins Annahme von der Vererbung aller erworbenen Eigenschaften (die Pangeneshypothese) ist heute von der Wissenschaft aufgegeben und Weismanns Ansicht, dass nur jene individuellen Erwerbungen, die auch den Keimern treffen (die plastogenen Veränderungen), auf die Nachkommen übergehen, auf Grund von Beobachtungen als richtig erkannt. Daraus folgt für den Daseinskampf, dass für die Erhaltung notwendige Eigenschaften von jeder Generation neu erworben werden müssen, der Kampf um die Anpassung immer wieder geführt werden muss. Treten in den Ernährungsbedingungen keine gewaltsamen Veränderungen ein, so verläuft das Leben mit einer gewissen Gleichartigkeit, der Kampf zeigt Ordnung und Gleichmässigkeit. Klimatische Verschiebungen und sonstige starke Veränderungen stellen die relative Sicherheit der bereits angepassten Gattungen in Frage, sie desorientieren die Instinkte und erschweren den Daseinskampf.

So etwa ist es in der Natur. Inwieweit lässt sich die hier skizzierte Selektionstheorie auf die in sozialen Verbänden lebenden Menschen anwenden? Der natürliche Ausleseprozess, der erst die Art schafft und sie gewissermassen stabilisiert, gehört, was die Gattung Mensch betrifft, einer weit zurückliegenden vorgeschichtlichen Epoche an. Im Kampf mit anderen Tieren hat sein Organismus Variationen durchgemacht und Fähigkeiten erworben und vererbt, die ihm die Artexistenz und die organisch-geistige Ueberlegenheit über die niedriger organisierten Lebewesen gesichert haben. Damals hat wie bei den anderen Gattungen von den Individuen das tüchtigste gesiegt und überlebt. In späteren Zeiten, die der historischen Deutung bereits zugänglich sind, tritt uns der Mensch bereits in sozialen Verbänden entgegen, deren Entstehung sicherlich auf ererbte soziale Instinkte zurückgehen, wie wir sie ja auch bei anderen Tiergattungen wirksam finden. Aber der soziale Instinkt des Menschen wird Wille und Bewusstsein und als Bewusstsein ein nach aussen organisierender Faktor. Mit Bewusstsein verbessert der Mensch seine Daseinsbedingungen, er schützt sich durch Verlängerung der Hand mittelst der Waffe gegen Zufälligkeiten im Kampfe, durch Herstellung von Höhlen und Behausungen gegen die Ungunst der Witterung, er mildert den Daseinskampf für Individuen und Art. Die Gattung Mensch beginnt sich aber zu Klassen zu differenzieren, sobald der ursprüngliche naturgemässe Kommunismus durch das gebundene Eigentum abgelöst wird. Für das einzelne Mitglied der an der Futterkrippe befindlichen Klasse entscheidet unter der Herrschaft des Privateigentums den Kampf seine Klasse; für die Stabilisierung der eigenen Existenz ist nicht die individuelle, durch natürliche Ueberlegenheit zustande gebrachte Anpassung ausschlaggebend, sondern die Zugehörigkeit zur besitzenden und herrschenden Klasse; individuelle Vorzüge bestimmen höchstens in den Zeiten der noch unentwickelten Privateigentumsordnung die Grösse des Nahrungs- und Machtanteils inner-

halb der in ihrer Existenz gesicherten Klasse, bedingen aber nicht das Lebensminimum. Die Ersetzung der natürlichen Daseinsbedingungen durch die sozialen, wie sie uns die historische, die in Privateigentumsordnung lebende Menschheit zeigt, hebt die ursprüngliche Bedeutung der individuellen natürlichen Ueberlegenheit für die Existenzsicherung auf. Nichts wäre unrichtiger, als den von der materialistischen Geschichtsauffassung statuierten Klassenkampf als einen Daseinskampf im Sinne der Darwinschen Lehre aufzufassen und in der Tatsache der Klassenherrschaft in der auf dem Privateigentum aufgebauten Gesellschaft einen notwendigen Ausdruck natürlicher Ueberlegenheit, in den Postulaten des Sozialismus ein Löcken wider Naturnotwendigkeit zu sehen.

Die wichtigste Annahme, von der der Darwinismus zum Beweise eines notwendigen Daseinskampfes ausging, ungenügender Nahrungsvorrat und darum mörderischer Kampf um die Nahrung, trifft in der Natur für die Gattung Mensch nicht zu. Nicht die Natur ist Ursache unterernährter, durch Hunger umkommender Menschen.* Den Wirkungen natürlicher Auslese ist das der besitzenden Klasse angehörige Individuum nicht ausgesetzt, es besteht im Gegenteil, soweit das Verhältnis der Lebensbedürfnisse und deren Befriedigungsmöglichkeit in Frage ist, die von der Darwinschen Lehre angenommene Gefahr der Degenerierung infolge Nahrungsüberschusses. Diese Degenerierung tritt auch wirklich ein, weil der Ueberschuss an Befriedigungsmitteln wichtige generative Lebenswerte verkümmern lässt. Der zu immer höheren und grossartigeren Organisationsformen fortschreitende Kapitalismus schaltet immer mehr Kapitalisten aus dem Produktionsgetriebe, aus dem persönlichen Kampfe aus und lässt Kampffertigkeiten und Fähigkeiten verkümmern. (Die Annehmlichkeit ihres Lebens leidet darunter nicht.) Die zunehmende politische Interesselosigkeit und Desorientiertheit, die wachsende Neigung, sich in wirtschaftlichen Kämpfen vom Staat schützen und bevormunden zu lassen, sind Symptome der Degeneration, Andeutungen kommender Götzendämmerung kapitalistischer Wirtschaft. Noch deutlicher wird es, wenn wir die geschlechtliche Zuchtwahl im Bürgertum betrachten. Weit entfernt von fortschreitender Auslese rebelliert hier im Gegenteil der soziale Brauch wider das natürliche Gesetz. Die geschlechtliche Auslese, die uns die bürgerliche Ehe darstellt, ist antiselektorisches; nicht die im Sinn fortschreitender Selektion passendste, sondern die reichste Frau wird gesucht; auch wird von den Söhnen des Bürgertums allgemein die Ehe später geschlossen, nach einem Leben des Genusses, das den Kindern der spät geschlossenen Ehe keinen kräftigen Organismus verspricht. Der Besitz ermöglicht es aber, dass die Kinder der Besitzenden dennoch eher am Leben bleiben, während die im allgemeinen aus gesünderen natürlichen Verhältnissen, unter Bedingungen, die gesündere Nachkommen versprechen, geborenen Kinder des Proletariats von der sozialen Not dezimiert werden; alle Krankheiten erfordern im Proletariat mehr Todesopfer als im Bürgertum, dank den sozialen, nicht den natürlichen Verhältnissen. Die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung verschlechtert die Auslesebedingungen bei den Besitzenden, steigert sie bei den Besitzlosen. Also gerade vom Standpunkt des Darwinismus und der Auslesebestrebungen darwinistischer „Sozialphilosophen“ ist die Auslese des Proletariats eine günstige, während die Bourgeoisie entartet. Die soziale Schichtung und staatliche Rangordnung aber entspricht keineswegs diesen natürlichen Tatsachen. Nicht das durch ein strengeres Selektionssieb getriebene Proletariat herrscht in Staat und Gesellschaft, bestimmt Sitte und Recht, sondern die der Pein des Daseinskampfes entzogene, im degenerierenden kampflosen Ueberfluss lebende Bourgeoisie. Aber auch innerhalb der herrschenden Klasse herrscht nicht Selektion. In der Beamtenhierarchie, wo doch die Bourgeoisie im eigenen Interesse die Besten und Geeignetsten an die passendste Stelle setzen könnte, tut sie dies nicht und trotzdem hier durch die grosse Zahl der Bewerber die Bedingungen der Auslese so günstig wären, entscheidet nicht Selektion, sondern — Protektion. Jene Pseudogelehrten, die so gern in der kapitalistischen Ordnung eine die obersten Gesetze der Auslese darstellende naturgewollte (in lieblicher Weise die gottgewollte der klerikalen Wissenschaft ergänzend) sehen, spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Auf der durch den Kapitalis-

* Man vergleiche das reiche Material, das dazu Bebel „Die Frau und der Sozialismus“ in seiner Polemik gegen Malthus beibringt.

mus erreichten hohen Wirtschaftsstufe hängt Sein oder Nichtsein nicht von angeborenen, vererbten Eigenschaften, sondern von ererbtem Besitz ab. Nicht nur die Auslese innerhalb der eigenen Klasse hemmt der Kapitalismus, sondern er versucht dies auch im Proletariat; er bevorzugt billige Arbeitskräfte und lockt sie an und fördert so die Fortpflanzung physiologisch Minderwertiger zu Ungunsten des Erhaltungswerteren. Umgekehrt wirkt die Sozialdemokratie durch die Organisation zugunsten fortschreitender Auslese, indem sie die Lebensbedürfnisse steigert und der durch Herabsetzung der Lebensanforderungen zustandekommenden Anpassung entgegenarbeitet, ferner durch Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Interesse des Organismus, durch Kampf um Lohnverbesserungen gegen Unterernährung, durch Aufklärung für Oekonomisierung aller Lebenskräfte wirkt.

Aber viel mehr als die natürlichen Gesetze sind für die Schicksale der menschlichen Gesellschaft bestimmend die sozialen Gesetze; diese sind aber andere als die natürlichen. Die Menschheit, die durch die Zivilisation den Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das einer bedingten Freiheit gemacht hat (in Wirklichkeit war es natürlich kein Sprung, sondern ein langsamer Prozess), regelte ihr Zusammenleben in Verbänden durch mehr oder weniger bewusste Abschwächung ursprünglicher Instinkte. „Sitte und Recht gehen Hand in Hand mit den Wandlungen des Wirtschaftslebens.“ (Hildebrand: „Recht und Sitte auf verschiedenen wirtschaftlichen Stufen.“) Unstreitig bestimmen Sitte und Recht innerhalb zeitlicher Grenzen mehr die gesellschaftliche Physiognomie der in Verbänden lebenden Menschen als die ursprünglichen natürlichen Bedingungen. Nicht dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung dem „ewigen, natürlichen“ Gesetz widerspricht, macht ihre Anfechtbarkeit (es muss nur von Fall zu Fall auch darauf hingewiesen werden, wenn von Nichtsalsnaturwissenschaftlern von der „Wider-natürlichkeit des Sozialismus“ gesprochen wird); denn vom Widerspruch zu den ursprünglichen Naturbedingungen ist keine durch bewusstes Wollen aus den ökonomischen Bedingungen heraus organisierte Gesellschaftsordnung frei, auch nicht die sozialistische. Es wäre sehr naiv, das aus ökonomischen und historischen Voraussetzungen kommende soziale Wollen seiner praktischen Möglichkeit nach messen zu wollen an Gesetzen der Ewigkeit.

Schon nach den zeitlichen Dimensionen sind geschichtlich-soziale Phänomene an naturgeschichtlich-unendlichen nicht messbar. Dass sich die in geschichtlich enger begrenzten Zeiträumen abspielende Gesellschaftsentwicklung ihre Gesetze von naturwissenschaftlichen Doktrinen vorschreiben lassen sollte, die sich der fürs richtige Denken verpflichtenden Grenzen innerhalb der besonderen Wissenschaft nicht bewusst sind, das wäre eine Art „naturwissenschaftlichen Kretinismus“. Das bewusste Wollen bestimmt innerhalb einer geschichtlich begrenzten Zeit, ausgehend von den ökonomischen Tatsachen, den Zielpunkt des sozialen Wollens, es ist ein zweckmässiges Wollen, für das die ökonomischen Tatsachen ein zwingender, die allgemeinen Naturtatsachen ein mehr oder weniger zufälliger, entsprechend auszunützendes Faktor sind. Was innerhalb der reinen Naturbetrachtung vom Standpunkt der Naturwissenschaft Gesetz und Notwendigkeit ist (wieviel blosse Denkökonomie auch in „Naturgesetzen“ noch steckt, hat Ernst Mach gezeigt), das ist, an den sozialen Gesetzen gemessen, Zufall und Mittel. Wenn mit Stammler die sozialwissenschaftliche Betrachtung als teleologische (Zweckmässigkeitsbetrachtung) von der kausalen der Naturwissenschaft unterschieden wird, so kann sich damit der Marxist einverstanden erklären. Wenn es das Sein der kapitalistischen Wirtschaft ist, das sein proletarisch-antikapitalistisches Bewusstsein hervorbringt, so ist es dieses Bewusstsein, das seinem sozialistischen Wollen die näheren und ferneren Ziele bestimmt. Dieses bewusste Wollen, das seine Kraft aus der Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge und aus der erkannten — ökonomisch betrachtet — notwendigen Bewegungsrichtung nimmt, strebt eine zweckmässige Gesellschaftsordnung an, welche die Wohlfahrt aller Menschen zum Inhalt hat. Wenn es nun von naturwissenschaftlich sich gebenden Gegnern des Sozialismus bewiesen wurde — in Wirklichkeit kann es gar nicht bewiesen werden, weil die Gesetze des fiktiven „natürlichen“ Menschen den sozialen nicht binden — dass die Sicherung der Existenz und die Garantie der Lebensmöglichkeit, dass der Sozialismus eine Degenerationsgefahr der Menschen bedeutete, würde doch

das durch ökonomische Notwendigkeit bestimmte Wollen des Proletariats kein anderes sein, es würde auch dann nicht den kapitalistischen Staat, der angeblich den „Zwecken der Natur“ dient, dulden oder gar im „Dienst der Natur“ verewigen wollen. Wenn die Gegner des Marxismus darin Fatalismus sehen wollen, so mögen sie es ruhig tun; richtig ist es ja nicht.

In Wirklichkeit wurde es, wie gesagt, niemals bewiesen, dass der Sozialismus auslesefeindlich im Sinne gesellschaftlicher Selektion wirken müsse. Die Kehrseite der „kapitalistischen Kultur“ ist deutlich genug. Im Zeitalter der ursprünglichen Akkumulation mag sie noch stimulierend gewirkt haben; im Zeitalter der Kartelle, Aktiengesellschaften und des Schutzzolles wirkt sie als Quietiv; sie nimmt den Kapitalisten Kräfte, statt sie zu steigern, sie macht kampfmüde und faul statt frisch und kampflustig, ihre von ihren Werkzeugen geübten Brutalitäten sind nicht Zeichen von Stärke, sondern Symptome beginnenden Untergangs. Umgekehrt beim Proletariat. Seine Kräfte wachsen, physisch und noch mehr geistig. Es lernt seine Kräfte der Besonderheit des Kampfobjekts anpassen, mit ihnen ökonomisch umgehen. Es wird immer bewusster in seinem Wollen und dadurch immer stärker. Die zunehmende Kultur wirkt auf das Proletariat nichts weniger als degenerierend. Es wird keinem ernsthaften Menschen einfallen, zu behaupten, dass bei Arbeitern der best organisierten Verbände, bei deren Mitgliedern das Bewusstsein der Notwendigkeit persönlichen Daseinskampfes ferngerückt oder ausgeschaltet ist, für die der Streik nicht mehr die tägliche Waffe ist, die Tendenz einer Ausleseverschlechterung zu bemerken ist. Was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft entartend wirkt, ist die durch den Ueberfluss hervorgerufene Untätigkeit. Die vom bürgerlichen Klassenempfinden in ihren Anschauungen bestimmten Pseudodarwinisten müssen die sozialistische Zukunftsordnung der Gesellschaft unnatürlich und auslesewidrig finden, weil sie, um ein Kantches Wort zu variieren, an ihr „ein Produkt ihres eigenen reflektierenden Verstandes anstaunen“. Unfähig, über die Vorstellung ihrer, der kapitalistischen, Zeit hinauszudenken, kritisieren sie eine Gesellschaft, die nicht die sozialistische, sondern die „Blüte“ der kapitalistischen wäre, in der die Menschen im Ueberfluss zwischen unvernünftigem Genuss und öder Langeweile hin und her pendeln. Dass die bürgerliche Weisheit nicht begreift, wie die Fortschritte materieller Kultur keineswegs wie heute einerseits Elend, andererseits Entartung schaffen, sondern gerade im Sinne gesellschaftlicher Auslese veredelnd wirken, und dass sie aus der menschlichen Natur alles zum Wetteifer und Wettbewerb Treibende ausgeschaltet denkt, wenn nicht mehr das Jagen nach dem Mammon die Triebfeder des Handelns ist, zeigt, wie tief sie die Lehren Darwins erfasst hat.

Bücherschau

Marx-Literatur

In der Sammlung „Kultur und Fortschritt“, die von Felix Dietrich in Gautzsch herausgegeben wird, schreibt Clara Linzen-Ernst über „Mehrwert, Zins und Unternehmergewinn bei Karl Marx“. Frau Linzen will Marx den bürgerlichen Lesern näher bringen: darum verwendet sie von den 16 Seiten, die ihr zur Verfügung stehen, nicht weniger als zehn für den Nachweis, dass auch Marx die „Existenzberechtigung“ des Kapitalisten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung „anerkannt“ habe. Zu den konstituierenden Merkmalen der kapitalistischen Gesellschaft gehört, dass in ihr eine Klasse von Kapitalisten existiert: diese Tatsache kann man nicht „anerkennen“, sondern nur feststellen. Marx interessiert vielmehr, dass die kapitalistische Gesellschaft den Kapitalisten allmählich aus der Produktion völlig ausschaltet, die Aufhebung des Daseins der Kapitalistenklasse möglich macht und

eine Klasse hervorbringt, die diese Aufhebung schliesslich vollziehen wird; diese Gedankenreihe aber würdigt Frau Linzen keiner Untersuchung. Sie glaubt vielmehr, die „Existenzberechtigung“ der Unternehmerklasse damit erweisen zu können, dass auch nach Marx in dem Einkommen des Unternehmers neben dem Unternehmergewinn und dem Kapitalzins auch ein Aufsichtslohn enthalten sei. Das kann gewiss zutreffen; aber in der Analyse des Aufsichtslohns vermengt Frau Linzen verschiedene ökonomische Begriffe.

Die ökonomische Analyse muss in der Aufsichtarbeit des Unternehmers zunächst zwei Teile unterscheiden: erstens die Arbeit der technischen Leitung des Betriebes, die einen Teil des Arbeitsprozesses bildet, in jeder Gesellschaftsordnung unentbehrlich und zweifellos wertbildend ist; der Entgelt für diese Arbeit ist, sofern der Kapitalist sie selbst leistet, von ihm selbst geschaffener Wert, dem Arbeitsentgelt des einfachen Warenproduzenten vergleichbar. Zweitens aber

enthält die Aufsichtsarbeit auch die Arbeit der ökonomischen Leitung der Unternehmung, die nur aus dem Konkurrenzverhältnis entspringt und heute schon eingeschränkt wird, wenn das Konkurrenzverhältnis ganz oder teilweise durch Kartelle, Syndikate, Trusts aufgehoben wird. Diese Arbeit braucht nur eine Waren produzierende Gesellschaft; sie ist nach Marx nicht wertbildend, ihre Entlohnung ist ein Teil des Mehrwerts. Schon durch diese Unterscheidung wären die Darlegungen der Frau Linzen einzuschränken.

Die kapitalistische Gesellschaft braucht nun sowohl die technische als auch die ökonomische Aufsichtsarbeit. Wenn der Kapitalist sie vollzieht, fungiert er als qualifizierte Arbeitskraft. Ueber den Wert der qualifizierten Arbeitskraft wurde vor einigen Jahren innerhalb der Marx'schen Schule lebhaft diskutiert; Frau Linzen hätte ihr Problem richtiger und genauer behandeln können, wenn sie die Ergebnisse dieser Diskussion beachtet hätte.

Von der Qualifikation der Arbeitskraft, die erlernt, erworben ist, ist aber ihre Qualität, die natürliche Begabung ihres Trägers zu unterscheiden. Die Qualifikation vermehrt den Wert der Arbeitskraft und, sofern es wertbildende Arbeit ist, der Wert der von ihr geschaffenen Waren, die Qualität gibt ihr die Macht, im Konkurrenzkampf von wem immer geschaffene Werte an sich zu ziehen, ähnlich wie Kapital- und Arbeitsaufwand dem Boden Wert gibt, seine natürliche Beschaffenheit dagegen seinem Besitzer die Macht einräumt, einen Teil der gesellschaftlichen Mehrwertmasse als Rente an sich zu ziehen. (Eine Darstellung der aus den Verschiedenheiten der Qualität der Arbeitskraft hervorgehenden ökonomischen Erscheinungen auf Marx'scher Grundlage hat Hans Deutsch einmal angekündigt.) Sofern nun die Ungleichheit der individuellen Profitraten von der „Schlauheit und Betriebsamkeit“, von der „Verschiedenheit in dem Geschäftsgeschick“ der Unternehmer abhängt, sind die auf diese Weise erzielten Extraprofite derjenigen Unternehmer, die mit grösserem als dem gesellschaftlich notwendigen Geschäftsgeschick arbeiten, eben auf die Qualität ihrer Arbeitskraft zurückzuführen — diese Frage ist also einerseits von der Frage nach der Funktion der qualifizierten technischen Aufsichtsarbeit im Wertbildungsprozess und andererseits von der Frage nach dem Werte der für die technische und ökonomische Aufsichtsarbeit erforderlichen qualifizierten Arbeitskraft schärfer zu scheiden, als Frau Linzen dies tut.

Ist also ihre Analyse des „Aufsichtslohnes“ an sich mangelhaft, so ist es noch schlimmer, dass sie um ihretwillen die Darstellung der Grundgedanken der Marx'schen Wertlehre in allzu engem Raume zusammengezwängt hat. Darum ist diese Darstellung keineswegs leicht verständlich, sie verfehlt also in einer populären Broschürensammlung ihren Zweck. Und indem die Aufmerksamkeit des Lesers sofort auf ein Problem zweiten Ranges abgelenkt wird, erhält er von dem Aufbau der Marx'schen Oekonomie ein falsches Bild.

Trotz dieser schweren Mängel dürfen wir uns freuen, in einer von einem bürgerlichen Verlag herausgegebenen Sammlung populärer Broschüren die Grundbegriffe der Marx'schen Oekonomie von einer Frau dargestellt zu sehen, die

Marx' „Kapital“ gut kennt und — trotz ihrer Absicht, Marx zu verbürgerlichen — mit redlichem Streben nach Wahrheit studiert hat. O. B.

Jugendfürsorge

Der bekannte Fachmann auf dem Gebiete der Jugendfürsorge Dr. Heinrich Reicher lässt im Manz'schen Verlage eine „Bibliographie der Jugendfürsorge“ erscheinen. Dieses Unternehmen ist um so mehr zu begrüssen, als die grosse Fülle der vorliegenden Kinderschutzliteratur einen Ueberblick von Jahr zu Jahr schwieriger werden lässt.

Das soeben erschienene erste Heft der Arbeit Dr. Reichers bringt eine ausführliche Bibliographie der Kinderschutzliteratur in Frankreich, der Schweiz, England, Belgien und Amerika. In einem Anhang werden die wichtigsten Publikationen Dänemarks, Hollands, Italiens, Schweden-Norwegens und Spaniens aufgezählt. In einem zweiten Heft soll, wie der Verfasser ankündigt, die Literatur Deutschlands und Oesterreichs besprochen werden.

Am vollständigsten und reichhaltigsten ist, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, in der vorliegenden Arbeit die Schweizer Bibliographie der Jugendfürsorge. In einem chronologisch geordneten Bilde wird uns die Schweizer Literatur über Kinderschutz und Jugendfürsorge im allgemeinen, Armenerziehung und Fürsorge für die verwaarloste Jugend, die Schwachsinnigenfürsorge, der Rechtsschutz des Kindes auf Grund der Ziviljustizgesetzgebung und die Behandlung der straffälligen Kinder und Jugendlichen auf Grund des Schul- und des Strafrechts, die Erziehungs-, Besserungs-, Rettungs- und Zwangserziehungsanstalten, die Erziehungs- und Fürsorgevereine, die Familienpflege, die Findelkinder, Kleinkinderschulen, Bewahranstalten, Ferienkolonien, gewerbliche Kinderarbeit, Milchversorgung und anderes mehr vorgeführt. Ein besonderer Abschnitt enthält die Gesetzgebung des Bundes und der Kantone.

An Vollständigkeit lässt diese Uebersicht nur insofern etwas zu wünschen übrig, als wir die Berücksichtigung der für die Entwicklung des Kinderschutzes so wichtigen älteren Schweizer Schulgesetzgebung vermissen. Diese annähernde Vollständigkeit der behandelten Literatur kann den Mangel der Uebersichtlichkeit nicht aufwiegen. Die Bibliographien von Frankreich und der Schweiz sind chronologisch, die von England und Belgien alphabetisch, die von Amerika teils sachlich, teils alphabetisch geordnet. Zweckmässiger wäre es gewesen, alle Teile der Bibliographie sachlich zu ordnen. Damit wäre ihre Benützung viel weniger umständlich gemacht, als dies nun der Fall ist.

Hoffentlich entschliesst sich der Verfasser, wenigstens im angekündigten zweiten Heft eine sachliche Ordnung der Bibliographie vorzunehmen. Im Interesse seiner, allen Forschern auf dem Gebiete des Kinderschutzes so wertvollen bibliographischen Arbeit wäre dies sehr wünschenswert. J. D.

Arbeiterleben

Acht Arbeiterbriefe, die Beiträge zur Seelenanalyse moderner Arbeiter sein sollen, wurden von Adolf Levenstein unter dem Titel: „Aus der Tiefe“ im Berliner Morgen-Verlag heraus-

gegeben. Die Briefe sind so geschrieben, wie nur Arbeiter sie schreiben können, die sich im harten Ringen, im nie ruhenden Kampfe, aus Elend, Schmutz und Niedrigkeit, zum Denken durchgerungen haben. Bergarbeiter und Weber erzählen in ungekünstelter Weise, wie sie im Elend geboren, im Elend herangewachsen sind. Geboren und herangewachsen, um elend zu bleiben. Die Tragödie eines unehelichen Kindes, das von einer gehetzten und verlassenem Mutter geboren, von den ersten Lebensregungen an herumgestossen und getreten wird, zeigt uns ein Bergmannsbrief. Die Erziehung im Waisenhaus, wo auch die „barmherzige Schwester“ in dem unehelichen Kind den Bastard sieht, für dessen Seelenregungen sie kein Empfinden hat. Von dieser Erziehungsstätte in die Lehre, verbittert und voll böser Regungen für jede Umgebung. Welch mühevoller Weg ist es, bis endlich der Gipfel erklommen ist, von wo es kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vorwärts gibt. Arbeit, nichts als harte, abstumpfende Arbeit, die so schlecht bezahlt wird, dass das Leben nicht menschlich genannt werden kann.

Ein anderer Bergarbeiter schildert die Folgen des Aufenthaltes in der Grube. Durch das Flimmern der Benzinlampe wird der Nerv des Auges übermässig angestrengt. Es stellt sich ein Zittern der Pupille ein und in diesem Zustand ist der Betreffende unfähig, in der Grube weiter zu arbeiten. Er wird unsicher im Griffe, und der Briefschreiber erzählt, dass er einen Arbeiter kennt, der täglich einen Schoppen Schnaps in die Grube nimmt. Stellt sich das Zittern der Pupille ein, dann macht er einen Schluck, was die Pupille kurze Zeit beruhigt.

In einem Zeitraum von 69 Jahren hat sich das Lebensalter der Bergleute um zwölf Jahre verringert. „Sind diese Zahlen nicht ein entehrender Schandfleck im Gesamtbilde der Zivilisation? Mir brennt der Kopf, wenn ich an diese Entehrung des Menschen durch den Menschen denke.“ So sagt einer der Briefschreiber.

Ein Weber erzählt aus seiner Kindheit: Der Vater, von Charakter gutmütig, hat die Mutter im Zustande der Volltrunkenheit seelisch gequält und körperlich misshandelt, weil sie neben der Wirtschaft und zwei Kindern mit Waschen und Plätten nicht genug dazuverdiente. — Als die Kinder in die Schule gehen, muss der Knabe im letzten Schuljahr ohne Lesebuch bleiben; der Vater kauft keines und aus öffentlichen Mitteln bekommt er auch keines. Vom Vater ist kein Groschen für ein Schreibheft zu erlangen. Die Mutter schaffte ab und zu Rat. Und aus eigener Kraft, unter den ungünstigsten Verhältnissen ringt er sich durch. Zuerst die Meisterlehre, dann die Wanderschaft und dann die Textilfabrik. Die Frau arbeitet auch am Webstuhl. „Die Lebenshaltung ist eben so teuer, dass der eine der Ehegatten mit dem Ertrag seiner Arbeit nicht alle Bedürfnisse beschaffen kann.“ „Den Frauen erwächst dadurch doppelte Arbeit, weil sie nach Arbeitsschluss noch die häusliche Arbeit zu besorgen haben.“

Ein anderer Weber erzählt: „Es ist 12 Uhr mittags, ehe ich meinen Webstuhl verlasse, werfe ich noch einen Blick auf meine Stuhluhr, um zu sehen, wieviel ich geleistet habe, es ist herzlich wenig. 15.000 Schuss, das Tausend zu 11 Pf.

gleich Mk. 1'65 in sechs Stunden. Niedergeschlagen verlasse ich die Fabrik und eile nach Hause, um im Kreise meiner Familie ein kärgliches Mahl einzunehmen und meiner Frau von meiner schlechten Arbeit zu erzählen, damit sie weiss, dass wir uns während der nächsten Woche noch mehr einschränken müssen. Diese Aussprache ist dann unser Kompott.“

Es sind Briefe „aus der Tiefe“, wo sich die Leute befinden, die getreten und geschunden ein freudloses Dasein dahinschleppen, ihre Lebenskräfte für die „auf den Höhen“ Wandelnden preisgebend, so lange, bis sie sich durchgerungen haben zum Erkennen, dass nur eine Erlösung möglich ist. Und die Zeichen, dass dieses Erkennen schon vorhanden ist, wehen aus den acht Arbeiterbriefen. Das ist das einzig Lichte in all der Freudlosigkeit und Not. A. P.

Ein Buch, das die seltene Eigenschaft besitzt, dass es mit jeder Seite, die man in ihm vordringt, mehr und mehr fesselt, ist „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“, von ihr selbst erzählt. Mit einigen Geleitworten von August Bebel. Verlag Ernst Reinhardt, München. Preis K 1'20. Mit schöner Einfachheit ist es hingeschrieben. In knappen, schlichten Sätzen enthüllen sich Bilder voll Wahrhaftigkeit und Plastik. Eine Frau schildert ihr Werden zur sozialdemokratischen Kämpferin. Wenn wir auch schon nach Aufnahme der ersten Seiten zur Ueberzeugung kommen, dass die Erzählerin, die uns einen so scharfen Blick in ihr Leben tun lässt, aus dem Borne ihrer Erinnerungen noch viel, viel mehr zu bieten wüsste, so haben wir doch, wenn wir die Schrift zur Seite legen, ein vollkommenes Gemälde ihrer Person. Sie bleibt uns keinen der interessanten Uebergänge, die das Bild eines solchen Werdens vollständig machen, schuldig. Es ist eine Kinderjugend, voll des unsäglichsten Jammers, die die Verfasserin als die ihre schildert. Mit acht Jahren ist das Mädchen Heimarbeiterin. Zwei Jahre später ist ihre Schulbildung, nachdem sie erst drei Volksschulklassen besucht hat, zu Ende und es beginnt für sie der hastende Lauf der Arbeitsuche von Werkstatt zu Werkstatt, von Fabrik zu Fabrik. Der aufgeweckte Sinn des Kindes sucht nach geistiger Nahrung. Kolportageromane bieten sie ihm. Im Spital bekommt sie Klassiker zur Hand. Und von da an sucht sie instinktiv nach dem Besseren, Höheren. Mit immer hellerem Blicke lernt sie die Ursachen der Not, von der sie und ihre Kameradinnen in den verschiedensten Arbeitsstätten umschlungen sind, beurteilen. Da ist es rührend zu lesen, wie die Schüchterne in einer Fabrik die Annäherung an einen Arbeiter mit „breitem Hute“ herbeisehnt. Zwar schlägt sie mit ihrem Ringen nach Erkenntnis ihrer Mutter, einer in gewisser Hinsicht ausgezeichneten, aber doch von den beschränktesten Gesichtskreisen beherrschten Frau, förmlich ins Gesicht. Neben dem Kampfe mit der Kümmerlichkeit des Proletarierinnenseins führt sie mit ihrer Mutter einen Kampf um ihr Recht auf Entwicklung. Dieser stille Kampf wird natürlich um so intensiver, je mehr die Aufstrebende die Ideen des Sozialismus in sich aufnimmt. Das Buch enthält aber auch eine Fülle intimer Reize, die das Leben in den Werdegang der Erzählerin gewoben hat. Sie schieben sich in die von bitterster Herbheit umschattete Kind-

heit wie auch in ihre späteren Jahre. Immer wieder stossen wir auf Details, die uns diese Kämpfende als ein Wesen zeigen, dem ein selten starker Wille und grosse geistige Kraft innewohnen. Dass die Verfasserin aber auch solche Feinheiten ihres menschlichen Erlebens in der Erinnerung behielt, offenbart sie dem Leser ihres Buches auch als eine Frau, die tiefes Gemüt beseelt. Diese zarten Erinnerungen wirken zum Beispiel gerade dort ungemein köstlich, wo sie sich der Schilderung ihres Losringens vom Kirchenglauben ergibt. Diese Köstlichkeiten neben der packenden Art, in der das Buch von prächtigster Ueberwinderarbeit erzählt, verleihen ihm ergreifende Wirkung. Man kann die Schrift, deren Verfasserin sich leider nicht nennt, nur mit tiefen Eindrücken aus der Hand legen. Mit scharfen Linien zeichnet es, wie aus der ökonomischen Not, in die der Kapitalismus die Menschen wirft, tatkräftiges Widersachertum erstet. —ig—

Gewerkschaftliche Literatur

Während im Deutschen Reiche die Literatur über die Tarifverträge in wenigen Jahren so stark angewachsen ist, dass es gar nicht mehr möglich ist, alle Veröffentlichungen über den kollektiven Arbeitsvertrag zu kennen, ist in Oesterreich nur sehr wenig über diese Form der Arbeitsvertragschliessung erschienen. Eine wertvolle Bereicherung erfuhr die Literatur durch ein kleines Schriftchen von Dr. Julius Deutsch: „Der Tarifvertrag in den österreichischen Brauereien und Fassbindereien“. (Wien 1909. Kommissionsverlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. 64 Seiten Oktav.) Wesen und Bedeutung des Tarifvertrages sind kurz und klar im einleitenden Kapitel behandelt. Hierauf folgt ein Abriss der wichtigsten Daten aus der kurzen Geschichte der Organisation und insbesondere aus der des Tarifvertrages in den österreichischen Brauereien und Fassbindereien, worauf die Verbreitung der Brauer- und Binderverträge seit 1905 in sehr übersichtlicher und klarer Weise dargestellt wird. Die so interessante Frage, warum die Brauer nach späten Anfängen organisatorischer Wirksamkeit rasche und bedeutungsvolle Erfolge erringen können, wäre auch zu untersuchen gewesen. Vermutlich sind diese Erfolge nicht bloss ein Ergebnis der gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Brauer, wenn wir auch deren Bedeutung nicht im mindesten unterschätzen wollen, die Erfolge sind auch zurückzuführen auf die gesamte Entwicklung der Arbeiterbewegung, auf das Machtgefühl der Arbeiterschaft als Konsumenten und auf die vielleicht nur unbewusste Berücksichtigung des kollektiven Willens der Arbeiterklasse durch die Brauereibesitzer. Diese Rücksicht führt auf der einen Seite zu Boykottschutzverbänden, auf der anderen Seite zum Abschluss von Tarifverträgen. Freilich ist dieser Abschluss nur dann denkbar, wenn eine ernsthafte Organisation der Brauer als eine vertragsschliessende Partei, die sich die Anerkennung errungen hat, vorhanden ist.

Eingehend wird in der Schrift von Deutsch der Inhalt der Tarifverträge in logisch richtiger Scheidung und in tabellarischer Uebersichtlichkeit dargestellt. So wird erörtert die Vertragsdauer, die Vertragskündigung, das Schiedsgericht, die

Arbeitszeit, der Arbeitslohn, die Ueberstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, Erholungsurlaub, Kranken- und Reservistenunterstützung, das Freibier und seine Ablösung, Sonderbestimmungen für Lehrlinge und Hilfsarbeiter, die Arbeitskündigung, die Entlassung und Wiederaufnahme, die Arbeitsvermittlung, die Anerkennung der Organisation, die Freigabe des ersten Mai. Aus diesen Kapitelüberschriften ersieht man schon, wie stark die kollektiven Arbeitsverträge der Brauer nicht nur auf die Regelung der Arbeitsbedingungen, sondern auch auf die Schaffung von ganz neuen Voraussetzungen für den Verkauf der menschlichen Arbeitskraft gewirkt haben. Als Beispiel wollen wir die Bestimmung des Wiener Kollektivvertrages anführen, dass während seiner Dauer in den ihm unterworfenen Brauereien keine Lehrlinge aufgenommen werden dürfen. Die Urlaube, der Uebergang zum reinen Geldlohn, die Verpflichtung der Reservistenunterstützung sind bedeutungsvolle Bestimmungen der Brauer- und Fassbindertarifverträge, die allein schon zeigen, wie notwendig auch für die Vertreter anderer Organisationen das Studium des hier besprochenen Buches sein muss. Mit einem Kapitel „die nächsten Ziele“ und mit der Wiedergabe des Wiener Kollektivvertrages schliesst die verdienstvolle Arbeit.

Wie stark unsere Gewerkschaftsorganisation vorgeschritten ist, ersieht man aus der Art, wie ihre Verbandstage vorbereitet werden. So ist der Tätigkeitsbericht für die Verwaltungsjahre 1907 und 1908, den der Zentralverband der Maurer Oesterreichs seinem Verbandstag von 1909 vorgelegt hat, ein 115 Seiten starkes Buch, das jedem Kenner der Gewerkschaftsbewegung Lob abringen muss. In klarer, nichts beschönigender, sachlicher, zahlenmässiger Darstellung wird der Bericht über die Tätigkeit des Verbandes, über die Mitgliederbewegung in ihm, über seine finanziellen Leistungen, über die Fachpresse und das Unterstützungswesen, über den Rechtsschutz, insbesondere über die hervorragenden Erfolge in Bezug auf die Arbeitszeitverkürzung und auf die Lohnerhöhung, über die sie festlegenden Kollektivverträge und über die sie erringenden Lohnbewegungen und Streiks gegeben, auch die internationalen Bewegungen werden dargestellt und alles mit mannigfachen und eindringlichen Tabellen belegt.

Entsprechend ihrem höheren und grösseren Umfang besitzt natürlich die reichsdeutsche Gewerkschaftsbewegung eine viel umfangreichere und noch mehr spezialisierte Literatur als die österreichische. Es ist nicht Aufgabe dieser Monatsschrift, mit dem Streben nach Vollständigkeit über diese Literatur zu berichten, bloss auf einzelne Erscheinungen soll hingewiesen werden, auf die die Aufmerksamkeit unserer Gewerkschaften zu lenken vielleicht nützlich sein kann. Durch besonders schöne Ausstattung zeichnen sich die gewerkschaftlichen Notizkalender aus, so der Metallarbeiter-Notizkalender für das Jahr 1909 und der Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für dasselbe Jahr. Gefälliges Format, eigenartiger Einband, eine Fülle von wertvollen Daten machen diese kleinen Bücher zu einem Schatz der Arbeiter, der sicherlich vielfach auch nach Ablauf des Jahres nicht achtlos weggeworfen, sondern als Bereiche-

rung der kleinen Bibliothek des Arbeiters erhalten wird. Wer zum Beispiel die ganze Reihe der zehn Bände des Holzarbeiter-Almanachs vor sich stehen hat, der besitzt schon darin eine kleine Bibliothek, die ihm vieles Wertvolle bietet und die er oft um Rat befragen kann. So finden wir in diesen zehn Bänden, die schon an sich Bausteine für eine Geschichte des Verbandes sind, viele Abhandlungen über die Entwicklung des Holzarbeiterverbandes. Aus dem Inhalt des letzten Almanachs, dessen Illustrationen vor allem dem Gedächtnis von Karl Kloss gewidmet sind, heben wir hervor alte Urkunden aus der Geschichte der Zunftzeit, Dokumente für die Gründungsgeschichte des Tischlerverbandes und für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, mannigfache statistische Daten, nicht bloss über die Gewerkschaften und über die Sozialversicherung, sondern auch über die Bevölkerungsstatistik, Zollstatistik u. s. w. Als gleichwertig stellt sich der Metallarbeiter-Notizkalender an die Seite, auch er enthält Illustrationen. Sie knüpfen an den 25jährigen Bestand der Metallarbeiterzeitung an, wir stossen auf ein reichhaltiges Adressenmaterial, auf mannigfache Angaben über die Organisation, auf viele statistische Angaben, technische Artikel, unter vielem anderen finden wir auch einen Artikel zur Budgetfrage, in dem der merkwürdige Satz vorkommt, dass die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung eine Politik des Entgegenkommens gegenüber der Sozialdemokratie treibe. Viel Beifall dürfte dieser Satz nicht finden, doch ist hier nicht der Ort, gegen diesen Artikel zu polemisieren. Trotz des erwähnten Schönheitsfehlers wird der Kalender viele Freunde finden, weil er seinen Benützern mannigfache Dienste leisten wird.

Neben diesen Kalendern geben die erwähnten Verbände und auch andere alljährlich weit umfangreichere Handbücher heraus, so ist das schön ausgestattete „Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder. Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1907“ hier hervorzuheben. Wer in die mannigfachen Zweige der Verwaltung eines grossen Verbandes Einblick finden will, findet reiches Material in diesem und ähnlichen Jahrbüchern. Was in den Verbandsstatuten enthalten ist, wird mannigfach illustriert durch die Darstellungen in diesem Jahrbuch, auch die imponierende Entwicklung der Organisation, ihre grossen Leistungen und ihre mannigfachen Bestrebungen lernt man durch dieses Jahrbuch würdigen. Ein kleineres Jahrbuch, das aber auch hohes Interesse beanspruchen kann, ist der Jahresbericht der Filiale Hamburg des Verbandes der Maler, Lackierer u. s. w. für das Jahr 1908. Das reiche Leben in einer einzelnen Verwaltungsstelle eines gewerkschaftlichen Zentralverbandes im Deutschen Reich lernt man aus dieser Arbeit erkennen. Endlich sei erwähnt das 320 Seiten starke Buch *Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie, Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom November 1906*. In musterhafter Ausstattung, in vortrefflicher Uebersichtlichkeit erhalten wir da in zahlreichen wohlgedachten Tabellen Aufschluss über die Grössen-

verhältnisse der Betriebe, über die Arbeitszeit, über Geld- und Naturallohn, über die Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter.

Mit grosser Energie wird in Deutschland der Kampf gegen die gelben Gewerkschaften geführt. Wir haben die Literatur über die gelben Organisationen schon im I. Band des „Kampf“ (Seite 516 bis 528) erwähnt. Eine wichtige Ergänzung dieser Literatur sind die Briefe des Herrn Rudolf Lebius, die unter dem Titel: „Der gelbe Sumpf, ein Blick hinter die Kulissen der gelben Arbeitervereine durch Einsichtnahme in einige Lebius-Briefe“ vom Verlag von Alexander Schlicke & Co. in Stuttgart veröffentlicht wurden. Da auch die Bemühungen des Herrn Lebius, auf Oesterreich hinüberzuwirken, in diesem Schriftchen dargestellt werden, dürfte es auch für österreichische Leser von nicht geringem Interesse sein.

Kurz erwähnen wollen wir noch, dass eben das Protokoll über die Verhandlungen des VI. internationalen Transportarbeiterkongresses sowie der Konferenzen der Eisenbahner und Seeleute erschienen ist. Der Kongress fand in Wien Ende August 1908 statt. Dem wertvollen Protokoll sind angefügt der Bericht des Zentralrates für die Jahre 1906 und 1908. Bei dem steigenden Interesse, das die internationalen Beziehungen der Gewerkschaften beanspruchen, ist auf diese Schrift als eine wichtige Quelle hinzuweisen. ad. br.

Dramatik

Bergarbeiter. Schauspiel in einem Akt von Lu Märten. Stuttgart. J. H. W. Dietz' Nachfolger. — Im kahlen Heim eines führenden Bergarbeiters liegt die sterbenskranke Tochter, wandelt der sterbenskranke Sohn. Es ist Streikzeit. Den Vater, der das langsame (für die Bühne allzu langsame!) Sterben seiner Kinder mit ansehen muss, fasst dumpfe Resignation. Als Mensch so tief besiegt, wird er stumpf für den Kampf der Klasse. Nun richten ihn die Sterbenden auf. Die grosse Erregung bezahlen sie mit dem Tode. Der alte Bergmann aber bricht nicht zusammen, sondern es ist, als wären die Kräfte seiner Sprossen wieder zu ihm zurückgekehrt, die Verzweiflung des Vaters befeuert das Blut des Kämpfers aufs neue und so schliesst das kleine Drama mit einem wahren Schlachtgesang des Hasses. — Dem kleinen Werk sind, wie man aus der kargen Inhaltsangabe sieht, dichterische Qualitäten nicht abzuspüren. Freilich, auf diesem mit Blut getränkten Boden erwachsen die tragischen Probleme von selbst. Verglichen mit anderen Bergarbeiterdichtungen ist Lu Märten's Stück ein revolutionäres Idyll. Von der eigentlichen Poesie des Bergarbeiterschicksals wird leider nur geredet. Ein Dichter von grösserem Wuchs müsste kommen und uns das Drama derer malen, die, je tiefer sie in der Finsternis rackern, um so brennender eine Sehnsucht nach der Lichtwelt fühlen. Lu Märten streift gelegentlich diese Dichtung; was sie im ganzen bietet, ist doch leider nur eine besondere, verklärtere Art Krankenstubenpoesie. st. gr.